



AIB
DRITTE
WELT
ZEITSCHRIFT



Schuldenkrise

**Bezahlt
wird nicht.**



Inhalt

<i>Peter Wahl</i> Die Verschuldung ist kein Modethema	II
<i>Heidi Czapek</i> Das verlorene Jahrzehnt Lateinamerikas	IV
<i>Christoph Sodemann</i> Die moderne Geißel Afrikas heißt Verschuldung	VIII
<i>Rainer Falk</i> Die Schulden der Dritten Welt als Problem der Ersten Welt	XI
<i>Ute Kampmann</i> Die Rolle von IWF und Weltbank	XIV
<i>Peter Imbusch</i> Alternative Lösungsansätze zur Schuldenkrise	XXIII
DOKUMENTATION Vorschläge zur Lösung der Schuldenkrise Wilhelm Hankel Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik SPD-Bundestagsfraktion ASK Ludger Vollmer (GRÜNE) Fidel Castro	XXVII
Rezension Neuerscheinungen zur Schuldenkrise	XXXII
Plattform der IWF/Weltbank-Kampagne	XXXIV
Aktions- und Materialspeigel Bücher, Materialien, Film, IWF/Weltbank-Kampagne	XXXV

Impressum

Dritte Welt Zeitschrift, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 0 64 21 / 2 46 72

ASK (Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika), Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069 / 70 90 60. Sprecher: Prof. Dr. Erich Wulff.

Verantwortlich für dieses Heft: Wolfram Brönnert (Dritte Welt), Peter Wahl (ASK)

MitarbeiterInnen: Nico Biver, Heidi Czapek, Rainer Falk, Peter Imbusch, Ute Kampmann, Charles Pauli, Christoph Sodemann, Peter Wahl

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221 / 36002-0

Druck: Plambeck & Co., Neuss

Konten: Postgiro Köln 6514-503 (BLZ 370 100 50), Stadtspar-kasse Köln 10652238 (BLZ 370 501 98)

Redaktionschluss: 6. Mai 1988

Titel: Gestaltung von Udo Tremmel

Fotonachweis: Kommentar, AIB-Archiv, N. Biver, Le Monde, South, Time, Newsweek, USN&WR, Der Überblick

Peter Wahl

Die Verschuldung ist kein Modethema

Jahrelang waren Entwicklungspolitik und die politische Ökonomie der Dritten Welt kein Thema. Auch nicht in der Solidaritätsbewegung. Der Nord-Süd-Dialog war tot, die sozialreaktionäre Variante kapitalistischer Wirtschaftspolitik, die Reaganomics, beherrschte alternativlos die Weltwirtschaft.

Die Gegenkräfte hatten alle Hände voll damit zu tun, wenigstens die schlimmsten Bedrohungen der militarisierten Konfrontationspolitik der Washingtoner Administration abzuwehren: Nicaragua, El Salvador, der Libanon usw. Da blieb für Anderes nicht viel Luft.

So wie es jetzt aussieht, könnte das aggressive Roll-back des Imperialismus von einer weltpolitischen Entspannungsphase abgelöst werden. Das gibt Raum, andere Probleme anzupacken, und erfreulicherweise tut sich auch einiges. Die Verschuldungskrise der Dritten Welt kommt auf die Tagesordnung; eine Kampagne rollt an. Von Kirchenkreisen bis zu den Autonomen, von Robin Wood bis zu den Kommunisten — dazwischen die Grünen und die SPD — ist Bewegung aufgekommen.

Es ist auch allerhöchste Zeit. Mit der Verschuldung der Dritten Welt in Höhe von 1.200.000.000.000 (1,2 Bio) \$ ist ein Problemstau entstanden, dessen Folgen mindestens so katastrophal sein können wie Kanonenbootpolitik und militärische Intervention. Schon jetzt sterben jährlich so viel Menschen an den Auswirkungen der Unterentwicklung wie im gesamten 2. Weltkrieg: 50 Mio. Daran wird sich nichts ändern können, solange die Schuldenkrise ungelöst ist. Sie ist das entwicklungspolitische Schlüsselproblem Nr. 1. Der Schuldenberg blockiert derzeit jeden Versuch, aus der Unterentwicklung herauszukommen. In den meisten Entwicklungsländern besteht Wirtschaftspolitik nur noch aus Krisenmanagement; die Regierungen handeln sich von Umschuldung zu Umschuldung.

Es ist ein epochaler Skandal, daß der Schuldendienst zu einem Nettokapitaltransfer von Süd nach Nord geführt hat. Dabei müßte es umgekehrt sein! In einigen afrikanischen Staaten führt die Krise schon zu regelrechter Auflösung der Gesellschaft. Da braucht niemand mehr in die Steinzeit zurückgebombt werden,



„Mehr nehmen als geben“ ist die Devise des BMZ-Ministers Klein

das funktioniert auch mittels Kreditkonditionen und IWF-Auflagenpolitik. Die Dritte Welt — und das sind 3 Mrd Menschen — treibt auf einen Abgrund zu, und es sind gewaltige Anstrengungen notwendig — auch und gerade hier in den Metropolen —, einen Absturz zu verhindern. Unerheblich ist es dabei, ob man dies mit christlicher Nächstenliebe, mit antiimperialistischer Solidarität, mit Humanismus oder proletarischem Internationalismus begründet. Obgleich alle diese Motive Respekt verdienen — Tatsache ist, daß die Überwindung der Unterentwicklung (und als Einstieg dazu die Lösung der Schuldenkrise) auch für die Metropolen perspektivisch zur Überlebensfrage wird.

Denn es geht ja nicht um ein finanzpolitisches Spezialistenproblem — auch wenn die Präsentation der IWF-Kampagne noch stark den Eindruck erweckt, daß man erst nach sieben Semestern Volkswirtschaft mitreden kann. Während der Schuldenberg wächst, wachsen die anderen Probleme der Dritten Welt mit: Bevölkerungsexplosion, Nahrungsmittelknappheit, fehlende Ressourcen, ökologische Katastrophen und, und, und...

Z.B. ist die Ausbreitung der Wüstengürtel nicht allein das Problem Malis und Äthiopiens; die Abholzung der tropischen Regenwälder ist nicht nur eine An-

gelegenheit Brasiliens; diese Probleme können zu einer globalen Klimakatastrophe führen, die den ganzen Planeten unbewohnbar macht.

Und die politische Instabilität, als notwendige Konsequenz aus dem Teufelskreis von Massenelend, Repression und Militärdiktatur, sie macht sich schon heute in unserem Alltag als Arbeitsimmigration, Asylfrage und Flugzeugentführungen bemerkbar. Ein harmloser Anfang im Vergleich zu den explosiven Konflikten aus dem Gemisch von sozial bedingter Verzweiflung, religiösem Fundamentalismus und ethnischen Widersprüchen, die kommen werden.

Niemand gebe sich der Illusion hin, daß derartige Eruptionen den historischen Fortschritt fördern. Vorherrschen wird der Konflikt vom Typus Golfkrieg und Sikh-Problem, und die Khomeinis und Husseins werden das Bild prägen, nicht die Che Guevaras und Amílcar Cabral. Ebenso ist es Illusion zu glauben, daß wir in unserer vergleichsweise heilen Welt von den kommenden Bürgerkriegen und Regionalkonflikten verschont bleiben könnten. Es ist kein Zufall, daß die meisten Szenarien, die die NATO für den Ausbruch eines Weltkrieges erstellt hat, vom Kriegsausbruch in der Dritten Welt ausgehen.

Man kann Zusammenhänge auch an den Haaren herbeiziehen, aber die Verbindung Rheinhausen und Schuldenkrise ist enger, als es auf den ersten Blick erscheint. Gemeint ist hier nicht nur der gemeinsame Gegner in Gestalt des großen Kapitals und dessen gleicher Variante von Kapitalverwertungsstrategie in Rheinhausen wie in Sao Paulo, in Völklingen wie in Lagos.

Vielmehr rückt immer deutlicher ins Blickfeld, daß fortschrittliche Alternativen zur herrschenden Wirtschaftspolitik nicht mehr diskutiert werden können, ohne die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen miteinzubeziehen. Und das heißt allemal, auch die politische Ökonomie der Nord-Süd-Beziehungen.

Eine ganze Reihe von unbeantworteten Fragen gilt es hier noch aufzuarbeiten: Z.B. wie die Zukunft der extremen Exportorientierung der BRD und wie eine alternative Rohstoffsicherung in diesem Lande aussehen soll, was unter einer demokratischen Entwicklungspolitik zu

verstehen sei und welche Auswirkungen ein massiver Ressourcentransfer in die Dritte Welt auf den Lebensstandard der Lohnabhängigen in den Metropolen hätte. Interessant ist auch der Zusammenhang von technologischer Umwälzung und Dritte Welt sowie der zwischen Konversion und Entwicklung.

Man sieht, Klassenkampf und internationale Solidarität stehen in einem bisher ungeahnten Wechselverhältnis. Es ist an der Zeit, daß die respektiven sozialen Bewegungen und ihre Organisationen sich dessen bewußt werden und dementsprechend kooperieren.

Im September d.J. werden in Westberlin der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank zu ihren Jahrestagungen zusammenkommen. Die Wahl des Tagungsortes ist an sich schon Programm. Die alte „Frontstadt“ soll international weiter aufgemöbelt und ein Signal gen Osteuropa gesetzt werden.

Gleichzeitig wird nach innen das politische Klima angeheizt, um Kritik an den Praktiken des internationalen Finanzkapitals schon im Frühstadium abzuwürgen. So versuchte z.B. der Senat, auf die Kirche Druck auszuüben, ein eigenes Forum über die Verschuldung abzusagen. Erfolglos zum Glück.

Auch Bonn hat sich eingeschaltet. Der Chef des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans Klein (CSU), und die Stahlhelmfraktion geben den Ton an. So wird gegen einen der Initiatoren der Anti-IWF-Kampagne, den Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), Stimmung gemacht, indem man das Gespenst der kommunistischen Steuerung und terroristischer Unterwanderung an die Wand malt. Gelder, die der BUKO in einem anderen Zusammenhang beantragte, wurden nicht bewilligt. Die gesamte Bewegung der Kritiker von IWF und Weltbank soll so diskriminiert und isoliert werden.

Und natürlich mischt die Springer-Journaille – in trauter Komplizenschaft mit Innensenator, Verfassungsschutz und BKA – kräftig mit, die rechte Hysterie



Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer 1981-87

	1981	1983	1985	1987
109 DRS-Länder ¹	672	808	949	1085
Langfristig	498	639	784	930
Öffentliche Quellen	181	222	296	375
Private Quellen	317	417	489	555
Kreditaufnahme	124	99	89	90
(davon privat)	91	67	57	49
Schuldendienst	89	92	110	119
Nettotransfer	35	7	-21	-29
Kurzfristig	159	138	128	113
Schulden beim IWF	15	30	38	43
Andere Länder	83	86	89	105
Gesamtschulden ²	755	894	1038	1190

1) Länder, die im Schuldnerberichtssystem (DRS) regelmäßig die Weltbank über ihre Verschuldung informieren

2) Schließt auch die europäischen Länder Rumänien, Portugal, Jugoslawien, Griechenland, Polen und Ungarn ein

(Quelle: The World Bank, World Debt Tables, 1987-88 edition, Jg. I, Analysis and Summary Tables, Washington 1988, S. viii und xii)

zu erzeugen. Offenbar soll damit der Boden bereitet werden, die Sicherheitsmaßnahmen zum Gipfel in eine Bürgerkriegsübung ausarten zu lassen, wie dies beim Reagan-Besuch in Westberlin 1987 schon einmal versucht wurde.

Das Thema hat also innenpolitische Brisanz gewonnen. An ihm wird ein Lehrstück Demokratie durchgespielt werden.

Die Kritiker von IWF und Weltbank lassen sich jedoch nicht beirren. Es wird eine ganze Reihe von Aktionen geben: einen Gegenkongreß mit internationaler Beteiligung, eine Tagung des Völkertribunals der Lelio-Basso-Stiftung sowie eine Demonstration/Kundgebung und ein halbes Dutzend Konferenzen, Symposien, Seminare.

Es ist gut, daß die beiden Spitzeninstitutionen des internationalen Finanzkapitals nicht ohne Protest tagen können. Aber eine Kampagne aus diesem Anlaß ist nicht genug. Die Verschuldungskrise darf kein Modethema sein.

Eine Lösung der Schuldenkrise wird nur im Ergebnis massiven Drucks aus der Dritten Welt wie innerhalb des metropoliten Kapitalismus durchzusetzen sein. Und selbst wenn dann eine Lösung im Interesse der Dritten Welt gefunden würde – sie wäre nur der Einstieg in eine neue gerechte internationale Wirtschaftsordnung, die nicht nur der Verschuldung, sondern auch den anderen Mechanismen neokolonialer Ausbeutung, wie dem ungleichen Tausch, den Praktiken der transnationalen Konzerne usw. ein Ende setzt und wirkliche Entwicklung ermöglicht. Der sprichwörtliche lange Atem ist dazu nötig, aber der ist – siehe oben – auch für uns eine Überlebensfrage.



Argentinien: Verschuldung und IWF-Programme führen zu wachsender Verarmung

Heidi Czapke

Das verlorene Jahrzehnt Lateinamerikas

Der lateinamerikanische Kontinent, Großschuldner der Dritten Welt, steckt seit Anfang der 80er Jahre in der „längsten und tiefsten Wirtschaftskrise der letzten 50 Jahre“.¹ Die sog. „Schwellenländer“ Argentinien, Brasilien und Mexiko, denen einst der baldige „take off“ zum Anschluß an die Industriestaaten prophezeit wurde, sind heute die Spitzenreiter der lateinamerikanischen Schuldentabelle.

Nach nunmehr sechsjährigem Krisenmanagement zeichnet sich in der gesamten Region keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ab. Die Weltbank, die im Verein mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) seit dem offenen Ausbruch der Verschuldungskrise 1982 bei Rettungsaktionen für die Forderungen der Gläubiger aktiv ist, kommt in ihren im Januar d.J. veröffentlichten „World Debt Tables“ zu dem ernüchternden Schluß, daß es seit 1982 keinem der 17 am höchsten verschuldeten Staaten (von denen 13 lateinamerikanische sind) gelungen ist, die Schuldenkennzahlen entscheidend zu verbessern.²

Der Schuldenberg hat Ende 1987 die astronomische Höhe von 410 Mrd \$ erreicht.³ Obwohl diese Staaten von 1980-87 (und besonders stark 1983-85) ihr Exportvolumen um 32% gesteigert haben, ist das durchschnittliche Verhältnis von Zinsendienst und Exporterlösen nur unwesentlich auf 30% gesunken.⁴ Der Nettokapitalexport beläuft sich seit 1983 auf mehr als 150 Mrd \$. Allein im vergangenen Jahr wurden knapp 25 Mrd \$ in die Industrienationen transferiert.⁵ 1987 mußten sich sieben lateinamerikanische Staaten für zahlungsunfähig erklären. Nach Ecuador erklärte sich An-

fang d.J. auch Kuba, das erstmals 1987 einen Wirtschaftsrückgang zu verzeichnen hatte, für unfähig, 1988 den Schuldendienst zu bezahlen.⁶

Hinter dem wirtschaftlichen Desaster verbirgt sich das soziale Elend der Bevölkerung. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner ist die Region auf das Niveau von 1978 abgerutscht. D.h. ein ganzes Jahrzehnt ging für die Entwicklung verloren. Einzelne Länder, wie El Salvador, Chile, Bolivien, Uruguay, sind sogar auf den Stand der 60er Jahre zurückgefallen. Angesichts der Austeritätspolitik (Sparpolitik) verbirgt sich hinter diesen Durchschnittszahlen jedoch ein stärkerer Einkommensrückgang für die Mehrheit der Bevölkerung.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) belegte 1987 in ihrem „World Labour Report“, daß für die Mehrzahl der Arbeiter auf dem Subkontinent in den 80er Jahren das Realeinkommen um 40% gesunken sei. Das Kinderhilfswerk der UNO (UNICEF) verwies im selben Jahr auf die Tragödie der Kinder, die im Vorschulalter zu einem Drittel schweres und zu 20% leichtes Untergewicht hätten. Auf 130 Mio bezifferte der Bericht die Zahl der Menschen, die 1980 in extremer Armut lebten, und rechnet bis

zum Jahr 2000 mit einem Anwachsen um weitere 20 Mio.

Die finanzielle Ausplünderung, die wachsende Armut und der durch die Verschuldungskrise zunehmende Verlust der wirtschaftlichen und politischen Souveränität provozierte die Gegenwehr vieler lateinamerikanischer Regierungen. Ihre gemeinsamen Appelle und einzelnen Konfrontationsversuche können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Region bisher nicht zu kollektiven Handlungen durchringen konnte. In ihren Konferenzen des Jahres 1984 betonten die in der Cartagena-Gruppe zusammengeschlossenen 11 wichtigsten Schuldner Lateinamerikas immer wieder ihre Zahlungsbereitschaft, forderten jedoch bessere Bedingungen, günstigere Umschuldungen und eine politische Lösung der Probleme.

Forderungen nach einer radikalen und kollektiven Gegenwehr erhielten erstmals 1985 verstärkten Auftrieb. Der Aufruf des kubanischen Staatschefs Fidel Castro, eine Schuldnerfront zu bilden, der auf mehreren Konferenzen von Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen aus Gesamt-Lateinamerika untermauert wurde, sorgte für Aufregung im Gläubigerlager.

Castro schlug ein allgemeines Schuldenmoratorium vor, um damit die Gläubiger zur Streichung eines Großteils der Schulden zu veranlassen, was durch eine Senkung der weltweiten Rüstungsausgaben um 12% finanziert werden solle. Eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung sei die Voraussetzung dafür, daß die Schuldenspirale nicht wieder in Gang käme.

Für einen Paukenschlag sorgte der peruanische Präsident García, als er im September 1985 ankündigte, Peru werde nur noch 10% der Exporterlöse für den Schuldendienst verwenden.

Um einer Radikalisierung der Schuldnerländer zuvorzukommen, wurde auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Seoul 1985 der Baker-Plan verabschiedet, der die Auszahlung von zusätzlich 29 Mrd \$ an Krediten unter den Auflagen des IWF vorsah. Die Cartagena-Gruppe beurteilte im Dezember 1985 bei einem Treffen in Montevideo (Uruguay) die Neukredite des Plans als nicht ausreichend.⁷ Brasilien, Peru und Kolumbien als potentielle Baker-Kandidaten lehnten jegliche neue Abkommen mit dem IWF ab.

Schützenhilfe erhielten die Schuldnerstaaten auch von der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL). Diese erarbeitete ein umfassendes Reformprogramm, das sich wirtschaftlich zwar an den ostasiatischen Schwellenländern orientiert, aber auch die Wichtigkeit von weitreichenden sozialen (und ökologischen) Kursände-

rungen betont sowie eine politische Dezentralisierung fordert.

Diese Strategie, als „CEPALISmus“ oder auch „Desarrollismus“ bezeichnet, lehnt sowohl die auf kurzfristige Erfolge zielende IWF- und Bankenpolitik als auch das bisher verfolgte Modell der binnenmarktorientierten Industrialisierung ab. Sie verlangt als ersten Schritt aus der Krise eine großzügige Um- und Entschuldung der Entwicklungsländer. Eine Erhöhung der Finanzierungsspielräume müsse folgen, um die Strukturreform zu ermöglichen.

Die Schuldnerländer seien ihrerseits verpflichtet, eine kontrollierte Ausgabenpolitik durch den Verzicht auf überdimensionierte Großprojekte und Subventionen für Großunternehmer zu betreiben. Bessere Zugangsbedingungen zu den Märkten der Industrieländer seien notwendig, um die Wirtschaften anzukurbeln und dadurch von ausländischen Finanzspritzen unabhängig(er) zu werden.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die CEPAL den Binnenmärkten der Schuldnerländer, die durch verschiedene Maßnahmen der Regierungen gefördert werden sollen. Eine langfristige Strategie fordert die Kommission auch für den sozialen Bereich, die Infrastrukturplanung und die Energiepolitik. Und sie verweist auf die Wichtigkeit der Stärkung der demokratischen Institutionen. Im Programm der CEPAL findet sich auch der Gedanke der regionalen Integration Lateinamerikas wieder, der die Strukturveränderungen extern absichern soll.⁸

Das Jahr 1987 zeigte erneut, daß die Schuldner weiterhin nicht fähig sind, sich gemeinsam zu wehren und die Gläubiger es verstehen, sie gegeneinander auszuspielen. Als der brasilianische Präsident José Sarney im Februar ein einseitiges Zinsenmoratorium verkündete, schien es kurze Zeit, als ob die übrigen lateinamerikanischen Staaten nur auf die Vorreiterrolle des Schuldenriesen gewartet hätten.

Argentinien drohte sich anzuschließen, Perus Präsident feierte den Akt als „historische Tat“, andere Schuldner zollten lautstark Beifall. Doch kein weiteres Land tat es Brasilien gleich. Viel-

Lateinamerika: Verschuldungs- und Wirtschaftskennziffern

	1981	1983	1985	1987
Verschuldung (in Mrd \$)	287,8	353,3	376,6	409,8
Zinsen/Exporte (in %)	28,0	36,2	35,2	30,5
Schulden/Exporte (in %)	247,0	345,0	346,0	387,0
BIP/Einwohner (1980 = 100)	98,4	90,4	92,7	94,5
Inflation (in %)	57,6	131,1	275,3	187,1
Exporte (in Mrd \$)	95,9	87,5	91,9	88,3
Importe (in Mrd \$)	97,8	56,0	58,5	65,5

(Quelle: CEPAL, Balance preliminar de la economía latinoamericana 1987, in: CEPAL, Notas sobre la economía y el desarrollo, Santiago, Nr. 455/456, Dezember 1987)

mehr nutzten Argentinien, Venezuela und Chile die Gunst der Stunde, um mit den verunsicherten Gläubigern einmalig günstige Umschuldungsabkommen auszuhandeln.

Die geringe Konfliktbereitschaft der Schuldner wurde auch auf dem Gipfel von acht lateinamerikanischen Staatsoberhäuptern (darunter Brasilien, Mexiko und Argentinien) in Acapulco (26.-29. November 1987) deutlich. In ihrer Erklärung, die sich auch mit der Schuldenkrise befaßt, beschränken sie sich darauf, eine Erhöhung des Kreditzuflusses und eine Obergrenze der Zinsrate zu fordern. Außerdem verlangten sie, der IWF solle eine Politik verfolgen, die zu Wachstum führt, Kredite von Privatbanken sollten nicht von Abkommen mit IWF oder Weltbank abhängig gemacht werden und der Schuldendienst solle an die Exportmöglichkeiten geknüpft werden.⁹ Schuldenstreichungen und eine gemeinsame Gegenwehr standen auch bei dieser Konferenz nicht auf dem Programm.

Hierzu können die jeweiligen Regierungen nur durch den verstärkten Druck derjenigen gezwungen werden, die mit Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit die Zeche bezahlen. Die meisten Gewerkschaften des Kontinents haben den Kampf gegen die Sparpolitik, für die Aussetzung der Schuldenzahlung und den Bruch mit dem IWF auf ihre Fahnen geschrieben. Neben spontanen sozialen Unruhen, den sog. „IWF-Aufständen“ kam es in mehreren Ländern auch zu organisierten Protesten und Generalstreiks gegen die Sparprogramme (Bolivien, Brasilien, Ecuador, Dominikanische Republik, Argentinien).

Seit 1985 versuchen die Gewerkschaften jedoch im Gegensatz zu ihren Regierungen, gemeinsam gegen die Verschuldungspolitik vorzugehen. Eine Konferenz, an der in Havanna vom 15.-18. Juli 1985 46 Gewerkschaftsverbände aus 29 Staaten teilnahmen, erklärte die Schulden für unbezahlbar. Die Teilnehmer forderten eine Annullierung der Schulden oder zumindest ein Moratorium für den Schuldendienst.

An einer weiteren Konferenz in Brasilien Ende Mai 1987 beteiligten sich bereits 57 Verbände. Auf beiden Konferenzen wurden kontinentalweite Aktionstage gegen die Verschuldung beschlossen.

Probleme bleiben jedoch weiterhin bestehen, weil etwa die reformistische Interamerikanische Regionalorganisation der Werktätigen (ORIT), die zwar die IWF-Politik ablehnt und ein Schuldemoratorium fordert, noch nicht zur Zusammenarbeit mit den Klassengewerkschaften des Ständigen Kongresses der Gewerkschaftseinheit der Werktätigen Lateinamerikas (CRUSTAL) bereit ist. Dennoch beteiligten sich Einzelgewerkschaften der ORIT an den o.g. Konferenzen.

Widerstand gegen die Verschuldung macht sich jedoch auch in anderen Bevölkerungsgruppen breit. So tagte Ende Januar d.J. in Lima (Peru) eine Verschuldungskonferenz, an der 200 Basisorganisationen aus ganz Lateinamerika teilnahmen. Frauen, Gewerkschafter, Sozialarbeiter, Entwicklungshelfer, Bauern- und Kirchenvertreter analysierten die sozialen Auswirkungen der IWF-Politik und erklärten: „Lateinamerika kann und soll seine Schulden nicht bezahlen.“ Noch aber reicht der Druck der Volksbewegungen nicht aus, um die Herrschenden zu einer härteren Haltung gegenüber den Gläubigern zu zwingen. Allenfalls konnten einzelnen Regierungen Teilzugeständnisse abgerungen werden, was auch seinen Niederschlag in ihrem Verhalten gegenüber den Kreditgebern findet.

Sieht man von den Staaten ab, die den Schuldendienst einstellen, weil sie zahlungsunfähig sind, lassen sich unter den lateinamerikanischen Ländern mehrere Verhaltensmuster in der Schuldenpolitik feststellen, deren Extreme die Konfrontation mit den Gläubigern und die vorbehaltlose Befolgung der IWF-Austeritätspolitik bilden. Exemplarisch hierfür stehen Peru und Chile.

Peru, dessen Präsident García den Schuldendienst offiziell auf 10% der Exporterlöse begrenzte und im August 1986 den IWF des Landes verwies, zahlt zwar

Selbsthilfe der Armen: Plünderung in Rio de Janeiro



in Wirklichkeit noch 29%.¹⁰ Er erhält aber aufgrund der „Kreditunwürdigkeitserklärung“ kein Geld mehr von IWF und Weltbank. Die USA verweigern ebenfalls den Zufluß von „fresh money“.

Die Regierung, die durch die Einsparungen beim Schuldendienst und durch Kaufkraftsteigerungen im Innern ein kräftiges Wirtschaftswachstum erzielen konnte, muß seit 1987 auf die einset-

sagenhafte Vergünstigungen gewährte. Die Banken erklärten sich nicht nur bereit, sämtliche Fälligkeiten von 1983-87 auf 15 Jahre mit 6 Freijahren umzuschulden, sondern auch einer Umschuldung der Fälligkeiten 1988-91 auf 13 Jahre bei 4 Freijahren zuzustimmen.¹⁴ Zwischen diesen beiden Extrempositionen bewegen sich die „Großen Drei“ (Mexiko, Brasilien, Argentinien), die zusammen mit 268,9 Mrd \$ verschuldet sind.¹⁵ Um zu verhindern, daß eines dieser Länder zahlungsunfähig wird oder sich weigert den Schuldendienst zu begleichen, legen die Gläubiger eine größere Flexibilität an den Tag und sind zu Teilzugeständnissen bereit.

Mexiko, das 1982 mit seiner Zahlungsunfähigkeit die lateinamerikanische Schuldenkrise einläutete, gilt seitdem als äußerst gefährdeter Schuldner. Ende 1985 mußte sich die Regierung de la Madrid erneut für zahlungsunfähig erklären. Sie wurde daraufhin im Sommer 1986 zum ersten und bisher einzigen Baker-Plan-Kunden. Im Windschatten des Brasilien-Moratoriums setzte ein Umschuldungsabkommen mit den Gläubigerbanken neue Maßstäbe. Erstmals verpflichteten sich die Banken, Kredite an die Entwicklung des Erdölpreises und des Wirtschaftswachstums zu koppeln.

In der Folgezeit erwies sich aber, daß auch diese Sonderbehandlungen die Schuldenkrankheit nicht lindern konnten. Ende 1987 erreichten die Wirtschaftskennzahlen einen neuen Negativrekord: die Verschuldung war auf 105 Mrd \$ und die Inflation auf 140% angestiegen. Mit einem „Pakt zur wirtschaftlichen Stabilität“ band die Regierung die Gewerkschafts-, Bauern- und Unternehmerverbände an einen Stillhaltevertrag, mit dem sie weitere drastische Sparmaßnahmen durchsetzen wollte.

In die Schlagzeilen geriet das Land im Dezember 1987 mit dem sog. „Mexiko-Deal“, der zusammen mit der US-Bank Morgan Guarantee Trust und dem US-Finanzministerium ausgehandelt worden war. Von ihm versprach man sich eine Reduzierung der Schulden um 10%. Der Plan sah vor, daß die Gläubigerbanken von Mexiko alte Schuldscheine mit einem Abschlag aufkaufen und die neu ausgegebenen Papiere von der US-Zentralbank garantiert werden.

Enttäuschung machte sich breit, als die Auktion beendet war. Im Tausch gegen alte Schuldverschreibungen für 3,5 Mrd \$ (und nicht 20 Mrd wie geplant) wurden neue Papiere im Wert von nur 2,5 Mrd \$ ausgegeben. Damit wird sich der Schuldendienst Mexikos in den nächsten 20 Jahren lediglich um etwa 2,6 Mrd \$ verringern.¹⁶ Die Regierung ist nun wieder gezwungen, auf hausgemachte Austeritätsrezepte zu vertrauen.

Die Zivilregierung Brasiliens unter Präsident Sarney laviert seit ihrem Amtsantritt im März 1985 in der Schuldenfrage zwischen Zahlungsstopps und fristgerechten Zahlungen, um – möglichst am IWF vorbei – mit den Banken günstigere Abkommen abzuschließen. Als sich 1985 immer deutlicher die Gefahr einer Hyperinflation abzeichnete, erließ die Regierung 1986 das Antiinflationsprogramm „Cruzado-Plan“ und, als dieser nach einigen Monaten noch immer keine Wende zum Positiven bewirkte, den verschärften „Cruzado-Plan II“. Angesichts der Erfolgslosigkeit auch dieses Konzepts wurden selbst innerhalb der Regierungspartei Rufe nach einseitigen Gegenmaßnahmen immer lauter.

Der Pariser Club¹⁷ zeigte sich jedoch zufrieden und vereinbarte im Januar 1987 mit Brasilien ein Umschuldungsabkommen und Neukredite, obwohl die Regierung zuvor kein Abkommen mit dem IWF abgeschlossen hatte. Schon einen Monat später brüskierte Sarney die Banken mit einem Zahlungsstopp, um den Weg für bessere Zahlungsbedingun-

Um die Zahlungsunfähigkeit Mexikos, Brasiliens und Argentinens zu verhindern, sind die Gläubiger zu Teilkompromissen bereit

gen und „fresh money“ zu ebnen.

Die Sanktionen der US-Banken folgten prompt. Die Bank of America stufte als erste die Brasilien-Kredite als notleidend ein und bildete Reserven. Andere Institute folgten. Der lateinamerikanische Schuldengigant war damit praktisch von Neukrediten abgeschnitten.

Seitdem geht das Pingpongspiel zwischen Brasilien und seinen Gläubigerbanken weiter. Das Land zahlte Teilbeträge, handelte Umschuldungen und Neukredite aus. Beim geringsten Anzeichen

Zeitungsschlagzeilen kündigen das Zinsmoratorium Brasiliens an



Straßenhändlerinnen in Arequipa (Peru)

zende Rezession und weiterhin steigende Auslandsverschuldung (1987: 16,7 Mrd \$) jedoch mit einer Sparpolitik reagieren, die in ihren Grundzügen der IWF-Politik ähnelt.

Ganz anders der Kurs des südlichen Nachbarn Chile, der sich nach dem Putsch 1973 als gehorsamster lateinamerikanischer IWF-Schüler erwies. Die tiefe Krise von 1981-83 konnte in den darauffolgenden Jahren überwunden werden, aber den Preis der respektablen Wachstumsziffern zahlt die Masse der Bevölkerung: Die Löhne fielen 1987 trotz des Aufschwungs nach offiziellen Angaben um weitere 1,6%, der gesetzliche Mindestlohn liegt derzeit um rund 50% unter dem von 1981.¹¹

Chile war auch als erstes Land des Subkontinents bereit, seine Schuldenlast durch den Verkauf von Unternehmen an ausländische Investoren zu verringern (debt-equity swaps). Seit 1985 verscherbelte die Pinochet-Diktatur Unternehmen im Wert von knapp 3 Mrd \$ und konnte die Verschuldung damit um fast 10% verringern.¹² Durch das Ansteigen der Abflüsse von Gewinnen transnationaler Konzerne (1987 allein 1,6 Mrd \$) dürfte die Verschuldung in absehbarer Zeit jedoch wieder ansteigen.¹³

Im Zuge des Brasilien-Moratoriums vereinbarte das Land Ende Februar 1987 ein Umschuldungsabkommen mit seinen Gläubigerbanken, das dem Regime

dafür, daß die Banken ihre Versprechungen nicht zu erfüllen gedenken, droht Finanzminister Mailson da Nobrega mit einem erneuten Moratorium. Die brasilianische Regierung macht sich damit in der internationalen Finanzwelt unbeliebt. Im eigenen Land wird ihr Konfrontationskurs zwar weitgehend unterstützt, die self-made-Sparpolitik aber kritisiert.

Jüngste unpopuläre Maßnahme Sarneys ist ein zweimonatiges Einfrieren der Gehälter der Staatsbediensteten. Für die Bezieher kleiner Einkommen soll ein Ausgleich geschaffen werden. Doch die erwarteten Einkommensverluste von 30-40%¹⁸ können dadurch nicht aufgefangen werden. Inzwischen machte Sarney den Gläubigern ein Friedensangebot. Die Banken können jetzt in debt-swap-Geschäfte einsteigen, und Brasilien nahm die Verhandlungen mit dem IWF wieder auf.

Ähnlich wechselvoll sind auch die Beziehungen Argentiniens zu seinen Gläubigern. Nach dem Abtritt der Militärs im Dezember 1983 erklärte der gewählte Präsident, Raúl Alfonsín, das Land sei nicht bereit, die illegitimen Schulden der Diktatur zu zahlen. Er verkündete ein Moratorium und lehnte Verhandlungen mit dem IWF ab. Da sich die Banken jedoch ohne das IWF-Gütesiegel nicht zu Umschuldungsverhandlungen bereit erklärten, unterzeichnete Argentinien schließlich im Dezember 1984 ein Abkommen mit dem IWF. Im August 1985 sperrte dieser weitere Kreditauszahlungen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß Argentinien geforderte Maßnahmen nicht erfüllt hatte.

Um dem wirtschaftlichen Chaos zu begegnen, leitete die Regierung im Juni 1985 das Antiinflationsprogramm „Plan Austral“ ein. Die ausländischen Kredite flossen wieder, und die Verschuldung stieg auf 52 Mrd \$¹⁹ die Schuldenquote auf 76%. Das Vorbild Brasilien vor Augen, drohte Finanzminister



Ulises Culebro Bahena (Mexiko)

Brodersohn im Februar 1987 mit einem Zinszahlungsstopp, falls sich die Banken weiteren Finanzzusagen verweigern sollten. Er verordnete gleichzeitig „Notstandsmaßnahmen“ zur Senkung der Inflation.²⁰ Eingeschüchtert vom Gespenst des „Schuldenstreiks“ schnürten die Banken im April 1987 ein großzügiges Umschuldungspaket und sagten Neukredite zu.

Als im August 1987 ein Umschuldungsabkommen mit den Banken und dem IWF sowie Kreditzusagen durch internationale Finanzorganisationen und Privatbanken folgten, verfolgten Argentinien sämtliche Konfrontationsdrohungen. Alfonsín beeilte sich zu versichern, daß eine Zahlungseinstellung eine „Katastrophe für Argentinien wäre“.²¹ Die wirtschaftliche Lage des Landes verschlechterte sich trotzdem, und führende Nationalökonomien prophezeien für dieses Jahr ein noch größeres Desaster.²²

Von den Gläubigern enttäuscht und mit schwindender Hoffnung auf eine baldige Besserung der Finanz- und Handelsbeziehungen mit den Industrienationen, starteten Brasilien und Argentinien im August 1986 einen weithin beachteten Versuch, einen eigenen Ausweg aus der Krise zu suchen. Beide Länder unterzeichneten im Dezember 1986 bilaterale Integrationsverträge, die im Februar des darauffolgenden Jahres in Kraft traten. Im Februar 1988 schloß sich Uruguay den Integrationsbemühungen an.

Um die Handelsbeziehungen zwischen den drei Staaten auf einer relativ gleichberechtigten Basis zu entwickeln, wurde nicht nur der Zollabbau für bestimmte Produkte beschlossen und als Verrechnungseinheit der „Gaucho“ (statt des Dollars) eingeführt, sondern es wurden auch Ausgleichsmechanismen geschaffen, die einen gemeinsamen Investitionsfonds zur Finanzierung von nationalen Investitionen beinhalteten. Dieser Zusammenschluß könnte die Grundlage für die Einbeziehung weiterer Staaten abgeben.

Auf dem Acapulco-Gipfel war die Notwendigkeit der regionalen Integration unterstrichen worden. Sie ergibt sich u.a. aus den schwindenden Exportmöglichkeiten auf dem Weltmarkt. Außerdem ermöglicht die Wirtschaftsintegration eine Reduzierung der Importe aus den Industriestaaten. Damit steht zwar noch keine Lösung der Schuldenkrise an, ihre Auswirkungen könnten jedoch abgefedert und die Verhandlungsposition der lateinamerikanischen Staaten vereinheitlicht und gestärkt werden.

Anmerkungen:

- 1) Jahresbericht 1986 der CEPAL, zit nach: Frankfurter Rundschau (FR), 26.1.1987
- 2) The World Bank, World Debt Tables. External Debt of Developing Countries, Washington 1987-88, Jg. I, S. ix
- 3) Siehe: Balance preliminar de la economía latinoamericana 1987, in: CEPAL, Notas sobre la economía y el desarrollo, Santiago, Nr. 455/456, Dezember 1987
- 4) Vgl. ebenda
- 5) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 3.3.1988 und Die Wirtschaftswoche, Düsseldorf, Nr. 4/22.1.1988
- 6) Vgl. Handelsblatt (HB), Düsseldorf, 17.3.1988
- 7) Siehe Erklärung in: D. Boris u.a. (Hg.), Schuldenkrise und Dritte Welt. Stimmen aus der Peripherie, Köln 1987, S. 212f.
- 8) Siehe: Th. Hurlienne in: E. Altvater u.a., Die Armut der Nationen, West-Berlin 1987, S. 128-149
- 9) Siehe: Compromiso de Acapulco, in: Nueva Sociedad, Caracas, Nr. 94/März-April 1988, S. 81ff.
- 10) Vgl. Peru-Report, Hamburg, Juli 1987, S. 3. Der peruanische Zentralbankpräsident nannte für 1988 20% (vgl. epd-Entwicklungspolitik, Frankfurt, Nr. 9/1987, S. 20)
- 11) Vgl. FR, 20.1.1988
- 12) Angaben nach: HB, 28.3.1988
- 13) Vgl. die tageszeitung, West-Berlin, 27.4.1988
- 14) Vgl. International Herald Tribune, Paris, 27.2.1987 und FAZ, 6.4.1987
- 15) Vgl. The World Bank, World Debt Tables., a.a.O., S. xiv
- 16) Vgl. FAZ, 5.3.1988
- 17) Zusammenschluß der Gläubigerstaaten
- 18) Vgl. FAZ, 22.3.1988
- 19) Vgl. FR, 16.6.1986
- 20) Vgl. FR, 27.2.1988
- 21) FAZ, 5.9.1987
- 22) Siehe: FR, 20.1.1988



Die moderne Geißel Afrikas

Trotz „übermenschlicher“ Anstrengungen drohen den Ländern des afrikanischen Kontinents neue Hungerkatastrophen und verstärkte Verarmung. Diesen pessimistischen Schluß zieht der Bericht von UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar über die wirtschaftliche Zukunft Afrikas im Oktober 1987.¹ Es sind nicht nur die biblischen Plagen Dürre und Heuschrecken, unter denen der Kontinent leidet. Die moderne Geißel Afrikas heißt Verschuldung.

Der Schuldenberg Afrikas ist so schnell gewachsen wie in keinem anderen Erdteil. In den vergangenen 10 Jahren hat er sich vervielfacht. Nach Angaben der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) waren die Länder Afrikas Ende 1987 mit mehr als 200 Mrd \$ im Ausland verschuldet.² Die Schuldenbürde blockiert die wirtschaftliche Entwicklung des Kontinents.

Zwischen 1970 und 1980 erhöhte sich die Auslandsschuld der subsaharischen Länder jährlich um über 23%. In einigen Ländern verzehnfachten sich gar die Schulden in diesem Zeitraum. Nach dem ersten Ölpreisschock im Jahre 1973 versuchten viele Länder die daraus resultierenden wirtschaftlichen Probleme mit einer erhöhten Kreditaufnahme auszugleichen. Zinsgünstige Kredite waren aufgrund der Kapitalüberschüsse der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) bei den westlichen Banken leicht zu bekommen. Die Zinsen schossen erst seit 1979 in die Höhe. Die jährliche Zuwachsrates der Schulden ist dann seit 1980 beträchtlich gesunken, nämlich auf etwa 9%.³

Der Schuldenberg steht im völligen Miß-

verhältnis zur realen Wirtschaftskraft Afrikas. Nach Angaben der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) entsprachen die Schulden des Kontinents 1986 durchschnittlich 54% des Bruttoinlandprodukts (BIP), d.h. etwa der Hälfte dessen, was die einzelnen Länder jährlich zu produzieren und zu leisten imstande sind. Die gesamte Auslandsschuld Afrikas überstieg 1986 die jährlichen Exporteinkünfte der afrikanischen Länder um fast 440%. Für die Gruppe der 29 einkommensschwachen Länder mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von in der Regel unter 400 \$⁴ sind die Schulden eine noch drückendere Last: Hier haben sie durchschnittlich eine Höhe von 75-100% des BIP erreicht, in Einzelfällen wie Gambia, Mauretanien, Sambia und Zaire sogar von weit über 150%.⁵

In keinem anderen Kontinent ist das Verhältnis von Schuldendienst und Exporten so hoch wie in Afrika. 1986 wendeten die afrikanischen Länder etwa 15 Mrd \$ für den Schuldendienst auf, d.h. für Zinsen und die Tilgung von Krediten. Dadurch flossen durchschnittlich über 59% ihrer Deviseneinnahmen aus Export-

ten direkt in den Schuldendienst. Bei Ländern wie Somalia und Guinea-Bissau erreicht diese Schuldendienststrategie fast die 100%-Marke. Sudan mußte 1986/87 die irrealen Summe von 150% der Exporteinkünfte für den Schuldendienst aufbringen.⁶

Die Zusammensetzung der afrikanischen Schulden zeigt, daß Afrika als Anlagemarkt von den privaten Banken weitgehend verschmäht wird. Nur etwa ein Viertel des aktuellen Schuldendienstes der ärmeren Länder des subsaharischen Afrika geht an private Gläubiger. Rund 75% ihres Schuldendienstes entrichten die 29 einkommensschwachen Staaten an multilaterale öffentliche Kreditgeber, davon 20% an den IWF.

Anders verhält es sich bei den wirtschaftlich stärker entwickelten Ländern wie Elfenbeinküste, Gabun, Kongo oder Nigeria: Diese stehen zu etwa 70% bei Privatbanken in der Pflicht. Bei den bilateralen Kreditabkommen gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Geldgeber — ein Umstand, der die Bildung eines afrikanischen Schuldnerkartells erschwert.⁷

Tatsächlich können die afrikanischen Länder ihren Verpflichtungen kaum noch nachkommen. Die meisten Länder des subsaharischen Afrika mußten in den vergangenen Jahren vorübergehend ihren Schuldendienst einstellen bzw. beschränken.

Das Schuldenproblem ist indes nur Teil einer umfassenden „afrikanischen Krise“. Seit Jahren erlebt der ganze Kontinent einen dramatischen wirtschaftlichen Niedergang. Immer weniger sind die afrikanischen Länder in der Lage, mit eigenen Kräften und Mitteln zur Lösung ihrer Wirtschaftsprobleme beizutragen. 1986 sind die Preise zahlreicher Rohstoffe erneut drastisch gefallen. Dadurch gingen Afrikas Exporteinnahmen von 64 Mrd \$ 1985 auf 45,6 Mrd \$ 1986 zurück.⁸ Und dieser Trend setzt sich fort. Die Weltbank schätzt, daß 1990 der Index der Terms of Trade um ein Drittel niedriger liegen wird als 1970.⁹

Aufgrund der schweren Dürre der Jahre 1983-85, vor allem im Südlichen und in Ostafrika sowie in der Sahelzone, ist die Nahrungsmittelproduktion in diesen Ländern teilweise zusammengebrochen. Dank guter Regenfälle und einer stärkeren Konzentration der vorhandenen Ressourcen auf die Landwirtschaft verbesserte sich die Lage in den Jahren 1985

Der Export von Erdnüssen erwirtschaftet immer weniger Devisen in der Elfenbeinküste



und 1986. Für 1988 werden allerdings schon wieder Katastrophenwarnungen ausgegeben. Durch ungünstige Witterung und Bürgerkriege ist die Nahrungsmittelversorgung in Äthiopien, Niger, Tschad, Angola und Mosambik problematisch geworden.¹⁰

Seit Anfang dieses Jahrzehnts ist das Pro-Kopf-Einkommen in den einkommensschwachen Ländern Afrikas um 12% gesunken, in Ländern wie Tschad, Niger, Tansania und Togo sogar um 30%. Die Weltbank bringt die Situation auf eine schlechte Formel: „Das einkommensschwache Afrika ist heute ärmer als 1960.“¹¹

Afrikas Entwicklungsperspektiven sind also denkbar schlecht. Ohne umfangreiche Wirtschafts- und Finanzhilfe von außen können die afrikanischen Staaten die Krise nicht bewältigen. In einer Modellrechnung kam die Weltbank 1986



Äthiopische Hungerflüchtlinge

Netto-Rückfluß von 1 Mrd \$ verbuchen.¹⁵

Über die Ursachen der Krise urteilt der ehemalige tansanische Staatschef Julius K. Nyerere: „Die schwere Schuldenlast der Dritten Welt ist durch die Kombination bescheidener Entwicklungsambitionen und eine Reihe äußerer Faktoren entstanden, die außerhalb der Kontrolle der Entwicklungsländer lagen.“¹⁶

In Afrika ist das vor allem die kolonial deformierte Wirtschaftsstruktur, deren Folge eine Exportorientierung auf wenige agrarische und mineralische Rohstoffe ist. Die Preise und Absatzchancen für diese Produkte haben sich zuungunsten der afrikanischen Staaten entwickelt, die weiterhin industrielle Fertigprodukte zum Großteil importieren müssen.

Die negative wirtschaftliche Entwicklung wurde zudem von afrikanischen Regierungen verschärft, „die unter dem Einfluß derjenigen sozialen Gruppen und herrschenden Eliten (standen), die nicht unmittelbar produktiv sind und ihren Reichtum durch Ausbeutung, Spekulation und Mißbrauch öffentlicher Gelder erlangten“.¹⁷

Für die Finanzinstitutionen der westlichen Industrieländer hingegen ist die „afrikanische Krise“ ausschließlich „hausgemacht“. Insbesondere der IWF hält den afrikanischen Staaten ein ganzes „Sündenregister“ vor: Die Staatsapparate seien aufgebläht, staatlicher Dirigismus und Subventionismus hemme die freie Entfaltung der Marktkräfte, in den Staatsbetrieben herrsche Mißwirtschaft, der Agrarsektor werde vernachlässigt und die nationalen Währungen seien überbewertet.

Zur Behebung ihrer wirtschaftlichen Probleme verordnet der IWF denn auch allen afrikanischen Regierungen, die Kredite wollen, ganz schematisch ein Patentrezept. Seine Zauberformel heißt „strukturelle Anpassung“. Ihre Kernpunkte sind:

- Abwertung der Währungen und Einführung freier Wechselkurse;
- Liberalisierung und Privatisierung der Wirtschaft und des Handels;

- Abschaffung bzw. Reduzierung der staatlichen Subventionen, insbesondere für Massenkonsumgüter;
- Sparpolitik im Staatshaushalt;
- Aufhebung von Preiskontrollen bei gleichzeitigem Lohnstopp.

Mit diesen „Strukturanpassungsprogrammen“ sollen die Außenhandelsbilanzdefizite der afrikanischen Länder gesenkt, die Produktion für den Export gefördert und die nationalen Märkte attraktiver für ausländisches Kapital gemacht werden. Dadurch soll das Wachstum gefördert werden.

Nur Staaten, die sich diesen harten Auflagen unterwerfen, erhalten das „Gütesiegel“ des IWF – heute die entscheidende Voraussetzung, um Kredite des IWF selbst, der Weltbank und praktisch auch aller anderen Geldgeber zu bekommen.

Die sozialen Folgen der „Strukturanpassungsprogramme“ lassen sich unschwer vorhersagen. In der Regel führen sie zu einem Einbruch bei den sozialen Dienstleistungen. Eine Studie kommt zu dem Ergebnis: „Alle Stimmen (sind sich) einig, daß die Anpassungskosten bisher hauptsächlich zu Lasten der sozial Schwachen gehen, (...) und zwar nicht nur der städtischen (Bevölkerung), sondern gerade auch der ländlichen.“¹⁸

In den Ländern wie Ägypten 1977, Sudan 1985 und Sambia 1986 hat die Streichung der staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel zu „Brotrevolten“ geführt. Heiß umstritten ist der „Canossa-Gang“ zum IWF überall: Nigeria hat nach langen öffentlichen Diskussionen im Herbst 1985 einen Kredit des IWF wegen der damit verbundenen Auflagen abgelehnt. Die Regierung von General Babangida verabschiedete im Sommer 1986 jedoch ein eigenes Reformpaket, das sogar noch über die Vorgaben des IWF hinausging.

Sitzen die Staaten erst einmal in der Schuldenklemme, müssen sie sich wohl oder übel dem IWF beugen. Unter dem Druck dringend benötigter Devisenspritzen stimmten inzwischen über 25 afrikanische Länder den IWF-Auflagen zu, nach langem Widerstand z.B. auch Sam-

Die Auszehrung Afrikas



zu dem Ergebnis, daß für Strukturanpassungsprogramme allein den 29 einkommensschwachen Ländern Afrikas bis 1990 jährlich 2,5 Mrd \$ fehlen – selbst unter optimalen Bedingungen.¹² Das „Prioritätsprogramm“ der OAU nennt einen zusätzlichen Kapitalbedarf von insgesamt 44,5 Mrd \$ für die Jahre 1986-90.¹³

Doch finanzielle Hilfen der Industrieländer in dem notwendigen Umfang sind bislang ausgeblieben. Der Exekutivsekretär der ECA, A. Adedeji (Nigeria), konstatierte Anfang 1987 sogar einen realen Rückgang der internationalen Entwicklungshilfe.¹⁴

Eine Bilanz der Wirtschaftshilfe ist erschreckend: Denn unterm Strich muß Afrika weit mehr bezahlen, als es bekommt. Tatsächlich flossen die Finanzströme in den letzten Jahren hauptsächlich von Süden nach Norden. 1986 betrug der Nettofinanztransfer von Afrika in die Industrieländer 16 Mrd \$ (siehe Schaubild). Der IWF konnte dabei einen

bia und Tansania. „Dies alles läuft auf eine wachsende Tendenz einer Art internationalen Autoritarismus hinaus. Wirtschaftliche Macht wird als Ersatz für Kanonenboote eingesetzt“, klagt Nyerere den IWF an.¹⁹

Die wirtschaftlichen Erfolge der „strukturellen Anpassung“ sind dabei zweifelhaft: Aufgrund der monetaristischen Politik von Geldabwertung und beschränktem Geldmengenverkehr fehlt in vielen Ländern nach der Strukturreform das nötige Kapital für die angestrebten Investitionen. Die Schocktherapie des IWF setzt auf eine schnelle Regulierung der Handelsbilanzen – was dann kurzfristig als Erfolg gefeiert werden kann. Die fast ausschließliche Stimulierung der exportorientierten Wirtschaftssektoren verfestigt aber noch die alten Abhängig-

gen die Lasten des Wiederaufbauprogramms vornehmlich jene, in deren Namen der PNDC (Provisorischer Nationaler Verteidigungsrat; C.S.) die Revolution ausgerufen hatte: Arbeiter, untere Lohnbezieher und an den Rand Gedrängte.²³

Profilierte afrikanische Politiker wie der Tansanier Nyerere haben die afrikanischen Schuldnerländer aufgefordert, ihre Zahlungen an die Gläubigerländer gänzlich einzustellen. Eine Streichung der Schulden bzw. ihre Umwandlung in Entwicklungshilfe forderte im Dezember 1987 auch ein Kongreß von 26 nationalen Gewerkschaften.²⁴ Der sambische Staatspräsident Kenneth Kaunda hat im Mai 1987 verkündet, die Schulden zwar weiter zu bedienen, aber höchstens 10% der Exporterlöse für den Schuldendienst bereitzustellen.

Ein afrikanisches Schuldnerkartell gibt es aber nicht, und in ihren gemeinsam formulierten Forderungen an die Gläubigerländer sind die afrikanischen Staaten bislang recht gemäßigt geblieben. Auf ihrem „Schuldengipfel“ Anfang Dezember 1987 forderte die OAU: Die Gläubiger sollen auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten, die Schulden für die ärmsten Staaten generell erlassen. Für die übrigen Länder soll der Schuldendienst für 10 Jahre ausgesetzt werden. Kredite sollen künftig auch in lokaler Währung rückzahlbar sein. Die bisherige „Kooperation statt Konfrontation“ mit den Gläubigern, so der amtierende OAU-Präsident Kaunda, gelte allerdings nur bis zu der für 1988 geforderten „internationalen afrikanischen Schuldenkonferenz“, die die großen Geldgeber bislang ablehnen.²⁵

Immerhin hat die OAU es geschafft, mit einer Reihe von Konferenzen die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf die drängenden afrikanischen Probleme zu lenken.²⁶ Da die Schuldenkrise den wirtschaftlichen Niedergang verstärkt und bei vielen Staaten auch langfristig keine Schuldendienstzahlungen mehr zu erwarten sind, läßt sich in letzter Zeit in Einzelfällen ein Einlenken der Gläubiger feststellen.

Kanada, Großbritannien und auch die Bundesrepublik haben einen Teil der Schulden der ärmsten Staaten in Schenkungen verwandelt. Der Pariser Club, der Zusammenschluß der öffentlichen Kreditgeber, räumte Anfang 1988 u.a. Mosambik und Senegal mit Laufzeiten von bis zu 20 Jahren und bis zu 10 Freijahren die bislang günstigsten Umschuldungskonditionen ein. Im Dezember 1987 stellte die Weltbank zusätzliche 6,4 Mrd \$ für die nächsten drei Jahre zur Verfügung.

Ein grundlegender Wandel wird mit solchen kurzfristigen Finanzspritzen jeden-

falls nicht eingeleitet. In einer „Erklärung von Zaria“ forderten deshalb afrikanische Sozialwissenschaftler „einen radikalen Bruch mit dem IWF und der Weltbank, was die Verpflichtung zu einer grundlegenden Veränderung der existierenden internationalen Arbeitsteilung und die ernsthafte Suche nach alternativen Entwicklungsmodellen bedeutet, basierend auf regionaler, kontinentaler und 'Süd-Süd-Kooperation'“.²⁷

Anmerkungen:

- 1) Siehe: „One year later“-Report of Secretary-General on the economic crisis in Africa a year after the UN-Special Session, UN-New York, 1.10.1987
- 2) Vgl. Frankfurter Rundschau (FR), 2.12.1987
- 3) Siehe: World Bank-Report, Financing Adjustment with Growth in Sub-Saharan Africa, 1986-90, Washington D.C. 1986, S. 49ff.
- 4) So die Definition der Weltbank
- 5) Angaben nach: „One year later“, S. 12
- 6) Angaben nach: World Bank-Report, S. 54f.
- 7) Siehe: World Bank-Report, S. 49ff.
- 8) Angaben nach: „One year later“, S. 11
- 9) Angaben nach: World Bank-Report, S. 9f.
- 10) Vgl. „One year later“, S. 10
- 11) World Bank-Report, S. 9
- 12) Vgl. World Bank-Report, S. 40. Für die Staaten mit mittlerem Einkommen errechnete die Weltbank einen zusätzlichen Fehlbetrag von etwa 1-3 Mrd \$, ebd., S. 43
- 13) Vgl. epd-Entwicklungspolitik, Frankfurt, Nr. 9/1987
- 14) Siehe: Die tageszeitung, West-Berlin, 7.1.1987
- 15) Vgl. South, London, Dezember 1987
- 16) J. K. Nyerere, Afrika und die Schuldenkrise, in: D. Boris u.a. (Hg.), Schuldenkrise und Dritte Welt. Stimmen aus der Peripherie, Köln 1987, S. 142
- 17) Die Erklärung afrikanischer Sozialwissenschaftler von Zaria über „Anpassung der afrikanischen Ökonomien gegenüber der Wirtschaftskrise“, in: ebd., S. 153
- 18) G. Lachenmann, Die gesellschaftliche Problematik der Strukturanpassungspolitik in Afrika, in: epd-Entwicklungspolitik, Materialien VII/87 „Zur Verschuldungsproblematik der Dritten Welt“, S. 29
- 19) J.K. Nyerere, Afrika..., a.a.O., S. 147
- 20) Indirekt übt auch der World Bank-Report Kritik an der Exportorientierung, da er bezweifelt, daß eine schnelle Expansion der Exporte zu erreichen ist. Ebd., S. 38
- 21) F. Lachenmann, Die gesellschaftliche Problematik..., a.a.O. S. 37
- 22) Vgl. dazu den Artikel in der IWF-Zeitschrift Finanzierung & Entwicklung, Hamburg, Nr. 3/1988
- 23) T. Siebold, Testfall Ghana. IWF und Weltbank in Ghana – eine Zwischenbilanz, in: der überblick, Stuttgart, Nr. 1/1988, S. 68
- 24) Siehe: Gewerkschaftserklärung von Addis Abeba zu Schulden und Schuldendienst in Afrika, in: Weltgewerkschaftsbewegung, Prag, 2/1988
- 25) FR, 2.12.1987
- 26) Siehe z.B. die 13. UNO-Sondergeneralversammlung (27. Mai - 1. Juni 1986) und das dort angenommene „Aktionsprogramm der Vereinten Nationen für die Wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas (1986-1990)“
- 27) Die Erklärung afrikanischer Sozialwissenschaftler..., a.a.O., S. 160f.



Die ghanaische Regierung verspricht Produktionsanreize für das Exportgut Kakao

keiten vom Weltmarkt. Die Binnenmarktstrukturen werden nicht erweitert.²⁰

Die gesellschaftlichen Folgen der „Strukturanpassung“ werden immer deutlicher: Einheimische Staatsfunktionäre werden z.T. durch eine externe Bürokratie ersetzt. „Autoritäre Reimes werden tendenziell eher stabilisiert und noch repressiver, während reformerische politisch eher destabilisiert werden, da sie ihre Programme einschränken müssen.“²¹

In Ghana – momentan vom IWF als Musterschüler hochgelobt²² – gab die Regierung von Jerry Rawlings unter dem Druck des IWF offenkundig ihre revolutionären Ambitionen auf. Sie wendet sich heute den Mittelklassen zu. „So tru-



Zwei Seiten einer Medaille: Verelendung in der Dritten Welt und Arbeitslosigkeit in den Metropolen

Rainer Falk

Die Schulden der Dritten Welt als Problem der Ersten

Gemeinsam gilt die Verschuldungskrise – auch unter Linken – nahezu ausschließlich als Problem der Dritten Welt. Dort werden Industrialisierungs- und Entwicklungsprozesse blockiert, dort nehmen soziale Verelendung und ökologische Zerstörungen unter der Last des Schuldendienstes kaum mehr ermeßliche Dimensionen an. Die Rückwirkungen auf die Metropolen wurden bisher kaum thematisiert.

Der Aderlaß der Dritten Welt im wirtschaftlichen und finanziellen „Austausch“ mit dem kapitalistischen Norden steigt in Größenordnungen, die alles bisher dagewesene übertreffen: „Seit 1982, dem Beginn der Schuldenkrise“, so bilanziert selbst die gutbürgerliche

100 Mrd als Gewinne und Abgaben an ausländische Investoren oder für den Einsatz ausländischer Technologien zahlen. In der Summe macht das rund 500 Mrd \$, die im Verlauf von fünf Jahren transferiert wurden.“¹

Als Problem für die Erste Welt wurde die Schuldenkrise allenfalls dort wahrgenommen, wo sich im Gefolge von Zahlungsunfähigkeiten der Schuldnerländer Stockungen in diesem gigantischen Finanzfluß von Süd und Nord (oder besser: West) abzeichneten. Dies ging und geht bis hin zu periodisch wiederkehrenden Warnungen (seien sie jetzt realistisch oder nicht), der ausbleibende Schuldendienst könnte den großen Crash auslösen und über den Zusammenbruch einzelner Großbanken den Bestand des gesamten herrschenden Finanzsystems gefährden – ein Szenario, von dem dann alle Beteiligten (mehr oder weniger) negativ getroffen würden.

Doch die Zusammenhänge liegen tiefer. Ungeachtet globaler Gefahren- und Widerspruchspotentiale, die es hervorbringt, funktioniert das herrschende Weltwirtschafts- und Finanzsystem nicht einfach zugunsten der Ersten Welt (ebensowenig übrigens wie schlechthin zum Schaden der Dritten Welt). Lasten und Nutzen, Kosten und Vorteile waren auch innerhalb dieser „Welten“ schon immer ungleich verteilt.

Und sollte diese simple Erkenntnis während der langen Prosperitätsperiode nach dem 2. Weltkrieg aufgrund sozialstaat-

licher Vergünstigungen und Zugeständnisse, die das System für die Masse der Bevölkerung in den Metropolen bereit hielt, abhanden gekommen sein – die wirtschaftliche und soziale Entwicklung seit dem krisenhaften Einschnitt Mitte der 70er Jahre hat sie wieder ins Bewußtsein gerückt: Der Widerspruch zwischen Reichtum und Armut – auch in krassen Formen, die lange Zeit in die Dritte Welt verbannt schienen – ist in die Metropolen zurückgekehrt. Die Bundesrepublik macht hier keine Ausnahme. Und: Nicht zufällig verläuft diese Rückkehr parallel zur Zuspitzung der Schuldenproblematik und der damit einhergehenden Ausbreitung von Elend in der Entwicklungswelt.²

Schon die Entstehung der Schuldenkrise kann nicht losgelöst von der realwirtschaftlichen und monetären (d.h. „geldlichen“) Struktur des Weltmarktes und der diesen Weltmarkt dominierenden Akkumulationsdynamik in den kapitalistischen Metropolen analysiert werden.³ Denn die Verschuldung der Dritten Welt setzte wachsende Kapitalüberschüsse in der Ersten Welt voraus, die von den Banken verliehen werden konnten. Die Schuldenproblematik ist so gesehen vor allem ein Moment weltwirtschaftlicher Umbruchtendenzen, die die kapitalistische Entwicklungsdynamik seit Mitte der 70er Jahre prägen.

Dieser krisenhafte Umbruch drückte sich vor allem in einem grundlegenden Wandel des Investitionsverhaltens des Kapi-

Die Zunahme der Armut in den Metropolen verläuft nicht zufällig parallel zur Zuspitzung der Schuldenkrise

„Wirtschaftswoche“, „hat die Dritte Welt einen Netto-Transfer von ungefähr 200 Mrd \$ geleistet. Davon mußte Lateinamerika 135 Mrd, Afrika 50 Mrd aufbringen. Hinzu kam Kapitalflucht in Höhe von schätzungsweise 100 Mrd \$... Außerdem mußte die Dritte Welt 100 Mrd \$ Einkommenseinbußen durch gesunkene Exportpreise und verschlechterte Terms of Trade hinnehmen und

tals aus, und zwar in doppelter Weise: Vor dem Hintergrund rückläufiger Profitraten, abnehmender Gewinnerwartungen und stagnativer Grundtendenzen kommt es zunächst auf der Ebene der Realinvestitionen zu einer Gewichtsverlagerung; statt wie bisher auf vorrangig „extensivem“ Weg, d.h. über echte Kapazitätserweiterungen, Produktions- und Nachfragesteigerungen, versuchen vor allem die Großunternehmen das Ziel der Gewinnmaximierung jetzt mehr und mehr auf „intensivem“ Weg zu erreichen.

In den Mittelpunkt der unternehmerischen Investitionspolitik rücken Kostensenkung und Flexibilisierung. Dazu gehören der bevorzugte Einsatz arbeits- und kapitalsparender Technologie, die tendenzielle Beschränkung auf die Vornahme von Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen, aber auch der beschleunigte Aufbau von Produktionspotentialen im Ausland und die wachsende Nutzung kostengünstiger Produktionsstandorte in einer Reihe von Ländern der Dritten Welt.

Schon dieser Wandel war in den meisten kapitalistischen Zentren mit der Herausbildung von struktureller Massenarbeitslosigkeit verbunden, die unabhängig von zwischenzeitlichen konjunkturellen Belebungsstendenzen auf hohem Niveau verblieb bzw. bei erneuten Konjunktur-einbrüchen noch stärker anstieg. Der „Entkoppelung von Konjunktur und Beschäftigung“ (Huffschmid) in den meisten Industrieländern schien in vielen Ländern der Dritten Welt die Einleitung von Teilindustrialisierungsprozessen zu entsprechen, die diesen einen neuen

Die Schulden zahlt die Natur: Regenwaldabholzung in Kamerun



Platz in der internationalen Arbeitsteilung verhielt.

Doch beide Tendenzen wurden zusätzlich beeinflusst durch eine weitere Veränderung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses in der Krise: die Verlagerung der Gewichte von der realwirtschaftlichen (produktionsmäßigen) auf die monetäre (geldliche) Ebene. Dies spiegelt sich wider in der Aufblähung des internationalen Kreditsystems, über das die Kapitalüberschüsse der erdölexportierenden Staaten und die Gewinnüberschüsse der Metropolen gewinnbringend in die Dritte Welt kanalisiert wurden, und im Anwachsen aller möglichen Formen der vornehmlich zinstragenden Kapitalanlage, von der Zunahme der Spekulationsgeschäfte bis hin zum tönernen Börsenboom der 80er Jahre.

Es ist also vor allem dieser auf doppelte Weise veränderte Akkumulations- und Investitionstyp des Kapitals selbst, der das soziale Schicksal der abhängigen Mehrheiten in den kapitalistischen Industrieländern mit der wirtschaftlichen und sozialen Krisenentwicklung in der Dritten Welt verknüpft: Während er in den Metropolen die Krise des Beschäftigungssystems, das Auftreten „neuer Armut“ und die Aushöhlung traditioneller sozialer Sicherungssysteme als soziale Dauerprobleme hervorbringt, wird spätestens seit Anfang der 80er Jahre unübersehbar, daß er auch in der Dritten Welt jene Hoffnungen auf einen durchgreifenden Wachstumsimpuls enttäuscht, die in die kreditfinanzierten Modelle nachholender Industrialisierung gesetzt worden waren.

Die auf das explosionsartige Wachstum der Auslandsverschuldung gestützte Industrialisierung von Entwicklungsländern konnte nur so lange „gutgehen“, wie diese in der Lage waren, die damit verbundenen hohen Kosten (in Form von Tilgungen und Zinsleistungen, die ihnen das internationale Bankensystem abverlangte) auch zu tragen. Spätestens mit dem Ausbruch der Verschuldungskrise (Mexiko 1982!) war jedoch klar, daß auf dem Weg der „verschuldeten Industrialisierung“ (J. Frieden) die strukturellen Deformationen und Abhängigkeiten der wirtschaftlichen Systeme der Dritten Welt nicht überwunden worden waren. Vielmehr hatte sich die Anfälligkeit der meisten von ihnen für von außen kommende Störungen sogar noch erhöht.

Natürlich werden die Parameter dieser Tendenz, in der sich die neuen sozialen Krisenphänomene in der Ersten Welt als Kehrseite von Verschuldung und Verelendung in der Dritten Welt herausstellen, nicht mit zwangsläufig durchschlagender Logik durch die weltweite Bewegung der kapitalistischen Akkumulation bestimmt. Sie werden vielmehr auf viel-

fältige Weise nationalstaatlich und politisch vermittelt.

Der aktuelle Ausbruch der Verschuldungskrise war ebenso durch politische Faktoren veranlaßt wie das nachfolgende Krisenmanagement weitgehend von politischen Entscheidungen geprägt. Und auch die gegenwärtig hohe Arbeitslosigkeit in der Ersten Welt „stellt kein universelles Phänomen unter Ländern mit vergleichbarem Entwicklungsstand und vergleichbarer Systemgrundlage dar“, sondern ist „weitgehend politisch bestimmt“.⁴

In beiderlei Hinsicht wirkte verschärfend der Politikwechsel in den größten kapitalistischen Industrieländern: Übergang vom (zuletzt nur noch halbherzig praktizierten) Keynesianismus zum Monetarismus, von nachfragegesteuerten zu angebotsorientierten Wachstumskonzeptionen. Dazu gehörten die Aufgabe des Vollbeschäftigungsziels und wachsender staatlicher Druck auf Löhne und gewerkschaftliche Bewegungsspielräume, vorrangige Orientierung auf die Modernisierung der „eigenen“ Volkswirtschaft, die Erhöhung der „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ und die Steigerung der privaten Kapitalrentabilität und wachsender Protektionismus. Diese Merkmale kennzeichneten eine betont aggressive wirtschaftspolitische Linie nach innen und außen, die – mit gewissen Abstufungen – sukzessive in Großbritannien, den USA, der BRD, Japan und auch Frankreich dominant wurde. Die Dritte Welt bekam die Konsequenzen dieses neuen Kurses unmittelbar in der Verdreifachung des Zinssatzes im Gefolge der Hochzinspolitik der Reagan-Administration und im Abbruch des „Nord-Süd-Dialoges“ zu spüren. Dem folgte, auch weil damit allen Bemühungen um eine Stabilisierung der Rohstoffpreise eine Absage erteilt worden war, ein beispielloser Niedergang der Exportpreise der Entwicklungsländer. Beides führte unmittelbar zum Ausbruch der Schuldenkrise.

In den größten kapitalistischen Industrieländern wurden die abhängig Beschäftigten jetzt mit Politikkonzepten konfrontiert, die in den 70er Jahren ihr Testfeld – wenngleich dort unter ungleich brutaleren Bedingungen – unter Militärdiktaturen vom Schlage Pinochets oder der argentinischen Militärjunta gefunden hatten. Sozialpartnerschaftliches Konsensbemühen wurde vielfach abgelöst von sozialreaktionärem Konfrontationskurs, sozialstaatliche Absicherungssysteme durch eine Politik des gezielten Sozialabbaus bedroht.

Neue Formen der Segmentierung und der sozialen Ausgrenzung relevanter Bevölkerungsgruppen traten an die Stelle vormals (zumindest verbal) deklarerter Beschäftigungssicherheit für alle. Unge-



schützte, „flexibilisierte“ Beschäftigungsverhältnisse nahmen ebenso zu wie Formen der absoluten Verarmung und Verelendung.

Es kann nachgewiesen werden, daß der Trend in die „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, die große Teile der Bevölkerung auf Dauer ins soziale Abseits stellt, in den Ländern der Ersten Welt am krassen zutage tritt, in denen die Konzepte des Monetarismus und der sozialreaktionären Konfrontation am rücksichtslosesten verfolgt worden sind. Und nicht zufällig sind dies jene Länder, deren Regierungen gegenüber den Schuldnerländern der Dritten Welt den härtesten und unnachgiebigsten Kurs verfolgen.

Die Schuldenkrise der Dritten Welt ist also auch ein Problem der Ersten Welt, vor allem ihrer abhängigen Mehrheit. Es ist falsch zu behaupten, daß diese automatisch von gesteigerter Ausbeutung der Dritten Welt profitiert.⁵ Im Gegenteil: Stagnierende oder rückläufige Reallöhne und die Ausbreitung neuer Formen und Dimensionen sozialer Armut in den Metropolen zeigen, daß auch hier die Masse der Bevölkerung von der im Zuge der Schuldenkrise auf die Spitze getriebenen Ausplünderung der Dritten Welt nichts abbekommen hat.

Wachsende Internationalisierung der Produktion und internationale Konzentration des Kapitals bringen Interdependenzen hervor, die sich unter den gegebenen Verhältnissen offensichtlich ganz anders auswirken: als zunehmende soziale Unsicherheit, als Belastung der Masse der Bevölkerung hier wie dort mit den

Risiken unkontrollierter und ungeplanter internationaler Verflechtung.

Die Schuldenkrise hat so gesehen wie kaum ein anderes weltwirtschaftliches Krisenproblem internationale Regulierungsdefizite sichtbar werden lassen. Diese wiegen umso schwerer, als gleichzeitig sowohl die objektive Fähigkeit als auch der subjektive politische Wille zur nationalstaatlichen Regulierung abgenommen haben (Stichwort: Deregulierung). Sie erweist sich als erstrangiges und ernsthaftes Problem mangelnder nationalstaatlicher und internationaler Steuerungskapazität.

Die Rückwirkungen sind beträchtlich; sie betreffen nicht nur die erwähnten neuen sozialen Krisenprozesse, sondern das Gesamtsystem:

- Auch ökonomisch macht es keinen Sinn, wenn Schuldnerländer lebenswichtige Importe streichen und fast nur noch für den Export produzieren müssen. Die „ordnungsgemäße“ Bedienung der aufgelaufenen Auslandsschulden setzt bei den gegebenen Dimensionen die Erwirtschaftung außenwirtschaftlicher Überschüsse durch die Entwicklungsländer auf lange Sicht voraus. Deren Kehrseite wären notwendigerweise dauerhafte Defizite im Außenhandel der Industrieländer.

Wachsende Arbeitslosigkeit, internationale Ungleichgewichte und chaotischer Handelsprotektionismus, wie sie heute schon Störfaktoren ersten Ranges für die Stabilität und Ausgewogenheit der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind, wären die Folge. Die Gefahren ergeben sich also nicht nur aus plötzlichen Zusammenbrüchen einzelner Banken infolge des Ausbleibens von Zins- und Til-

**Da die Auswirkungen
der Schuldenkrise heute
schon global negativ zu Buche
schlagen, kann die Alternative
nicht in Zusammenbruchsvisionen gesucht
werden**

gungsleistungen von Großschuldern, sondern auch langfristig gerade aus der „ordnungsgemäßen“ Abwicklung des Schuldendienstes.

- Die Schulden sind auch ein Faktor wachsender politischer Instabilität und Kriegsgefahr. Wenn der Zwang zum Schuldendienst wie bei dem gegenwärtigen Auflagenregime des Internationalen Währungsfonds auf Kosten der Masse der Bevölkerung in den Schuldnerländern realisiert wird, sind Brotrevolten und Aufstände, wie wir sie in vielen Ländern beobachten können, unvermeidlich. Wirtschaftliche und soziale Instabilität in den Schuldnerländern aber erhöht den

Stellenwert militärischer Formen der Herrschaftssicherung innerhalb des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems mit der Folge zunehmender Interventions- und Eskalationsgefahren.

- o Die Schuldenkrise verschärft schließlich auch die ökologischen Gefahrenpotentiale der heutigen Weltentwicklung. Wenn zur Bezahlung der Auslandsschuld wie beispielsweise in Brasilien ganze Regenwälder abgeholzt werden, hat dies unwiderrufliche Rückwirkungen auf den Sauerstoffhaushalt und das Ökosystem der gesamten Welt.

Wenn aber die Schuldenkrise und die mit ihr verbundenen Gefahrenpotentiale heute schon weltweit negativ zu Buche schlagen, kann auch die Alternative nicht in kruden Zusammenbruchsvisionen und -visionen gesucht werden. Das gegenwärtige Krisenmanagement der internationalen Schulden hat die Probleme nur verschärft und neue Widerspruchskomplexe und Gefahren hervorgebracht.

Als zugespitzter Ausdruck globaler Umbruchprozesse stellt die Schuldenkrise nicht nur eine Bedrohung für die Existenz von Millionen Menschen in der Dritten Welt, sondern auch für die soziale Lebenslage der Mehrheiten in den Metropolen und die Stabilität der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen insgesamt dar. Insofern erhöht sie den objektiven Problemdruck auf das politische Handeln und birgt auch die Chance eines Neubeginns im Sinne alternativer Entwicklungslogiken.

Lösungen in diesem Sinne können von einer Politik, die auf Hochrüstung, wirtschaftlicher Ungleichheit, struktureller Abhängigkeit und neokolonialer Ausplünderung aufbaut, nicht erwartet werden, sondern erfordern die Mobilisierung der Betroffenen. Konkrete Alternativen müssen unter Anknüpfung an die offenkundigen Widersprüche und Defizite des herrschenden Systems der Schulden und der Weltwirtschaft entwickelt werden und über diese hinausweisen.

Solche Defizite liegen heute vor allem in den Bereichen unzureichender Planung und Regulierung, mangelnder Gleichheit und Demokratie. Die nächstliegende Perspektive der Diskussion um Alternativen zum herrschenden Status quo in der Weltwirtschaft liegt deshalb in der gemeinsamen Suche nach Konzepten der umfassenden weltpolitischen weltwirtschaftlichen Demokratisierung, bei der vermeintliche Systemzwänge, überkommene Privilegien und Asymmetrien zugunsten von mehr gleichberechtigter Kooperation und demokratischen Regulierungsmechanismen überwunden werden.

Eine solche Perspektive zielt noch nicht

auf den Bruch mit dem internationalen Kapitalismus, wohl aber auf die Erweiterung des politischen Spielraums auf dem Weg dahin.

Anmerkungen:

- 1) Wirtschaftswoche, Düsseldorf, 20.11.1987
- 2) Damit ist nicht gemeint, daß Armuts- und Verelendungstendenzen in „Erster“ und „Dritter“ Welt hinsichtlich ihrer Dimensionen und Qualitäten schlicht gleichgesetzt werden können, wohl aber, daß alle Hoffnungen auf dauerhafte Inseln auch rela-

tiven Wohlstands sich als Illusion erwiesen haben.

- 3) Dies kann hier nur thesenartig erfolgen, so wie sich der gesamte Beitrag in dem Sinne versteht, daß zur Diskussion über ein Problem angeregt werden soll, das die Solidari-tätsbewegung bislang zu wenig beachtet hat.
- 4) G. Therborn, Nationale Politik der internationalen Arbeitslosigkeit. Der Fall der Bundesrepublik im Lichte der OECD-Daten von 1973-1985, in: H. Abromeit/B. Blanke (Hg.), Arbeitsmarkt, Arbeitsbezie-

hungen und Politik in den 80er Jahren, Leviathan, Opladen, Sonderheft 8, S. 39f. Der Beitrag zeigt, daß kleinere kapitalistische Länder, deren Regierungen am Vollbeschäftigungsziel festhielten, auch in der Krise wesentlich bessere arbeitsmarktpolitische Ergebnisse erzielt haben als die großen Fünf.

- 5) So jetzt erneut die Behauptung bei: M. Mies, Die Krise ist eine Chance: Subsistenz statt „Entwicklung“, in: Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise, Hamburg 1988, S. 188ff.

Die Rolle von IWF und Weltbank



Weltbankpräsident Barber B. Conable und IWF-Exekutivdirektor Michel Camdessus

Im Juli 1944 wurde auf der Währungs- und Finanzkonferenz der Vereinten Nationen in Bretton Woods (USA) die Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, genauer der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), beschlossen. 1946 nahmen sie ihre Tätigkeiten auf. Beide Institutionen haben heute 151 Mitglieder. Die Sowjetunion und die meisten RGW-Länder sind nicht Mitglied.

Mit dem sog. Bretton-Woods-System wurde nach dem 2. Weltkrieg eine internationale Wirtschaftsordnung etabliert, bei der unter der Hegemonie der USA eine Ausweitung des Welthandels auf der Basis fester Wechselkurse und konvertibler Währungen angestrebt wurde. Die Wechselkurse aller Währungen standen in einem festen Verhältnis zum US-Dollar.

Die Aufgabe des IWF in diesem System bestand darin, bei Zahlungsbilanzdefiziten den Mitgliedsländern Überbrückungskredite in den gewünschten Währungen zur Verfügung zu stellen. Die Höhe der Kredite, die ein Land „ziehen“ kann, wird von der Höhe seiner Einzahlungen bestimmt.

Nach diesen Quoten, die nach der wirtschaftlichen Stärke eines Landes festgelegt wurden, richten sich auch die Stimmanteile der einzelnen Länder. Da für wichtige Entscheidungen 85% der Stimmen notwendig sind, besitzen die USA mit ihrem Anteil von knapp über 20% ebenso wie die EG-Länder eine Sperrminorität.

Als Anfang der 70er Jahre mit der Aufhebung der festen Wechselkurse und der Goldinlösepflicht des \$ das Bretton Woods-System zusammengebrochen war, verlor der IWF an Bedeutung. Die 1969 als künstliches Reservemedium geschaffenen Sonderziehungsrechte (SZR), mit denen unabhängig vom Gold oder von nationalen Währungen internationale Liquidität geschaffen werden sollte, blieben gegenüber dem \$ relativ unbedeutend. Angesichts des Wachstums des Euro-Dollar-Marktes war es für Länder mit Zahlungsbilanzdefiziten leicht, den IWF zu umgehen und Kredite bei

Privatbanken aufzunehmen.

Mit Ausbruch der Verschuldungskrise 1982 wurde der IWF wieder zu einer zentralen weltwirtschaftlichen Institution. Durch sein Krisenmanagement wurde die Bedienung der Kredite durch die Entwicklungsländer gewährleistet und so der mögliche Bankrott der Gläubigerbanken verhindert. Dabei spielte weniger die Höhe der vom IWF vergebenen Kredite eine Rolle als vielmehr die daran gebundenen wirtschaftspolitischen Auflagen.

Die von ihm verfaßten Stabilisierungsprogramme weisen meist folgendes Muster auf: Einschränkung der Staatsausgaben, Streichung von Lebensmittelsubventionen und Sozialleistungen, Einfrieren der Löhne, Aufhebung von Preiskontrollen, Liberalisierung der Importe und des Devisenverkehrs sowie Förderung des privatwirtschaftlichen Sektors.

Trotz der erheblichen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bevölkerung und der daraus folgenden sozialen Unruhen haben sich die Entwicklungsländer mit nur wenigen Ausnahmen diesem Diktat gebeugt, da die Gläubigerbanken eine Einigung mit dem IWF meist zur Voraussetzung für Umschuldungsabkommen und neue Kredite machte.

Der Weltbank war bei ihrer Gründung die Aufgabe zugeordnet, längerfristige Kredite für den Wiederaufbau des kriegszerstörten Europa und die Entwicklung der Dritten Welt zur Verfügung zu stellen. Nachdem Westeuropa ab 1948 vornehmlich mit Marshall-Plan-Geldern unterstützt wurde, konzentrierte sich die Weltbank ganz auf die Finanzierung von Entwicklungsprojekten. Sie wurde damit die einflussreichste multilaterale Entwicklungsinstitution.

Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Weltbank ist der Beitritt zum IWF. Wie bei diesem richtet sich die Stimmverteilung nach den eingezahlten Quoten der Mitgliedsländer. Auch bei der Weltbank haben die Industrieländer so eine deutliche Stimmenmehrheit. Das Grundkapital beläuft sich mittlerweile auf 174

Mrd. \$. Den Großteil der Finanzmittel beschafft sich die Weltbank jedoch durch Anleihen auf den internationalen Kapitalmärkten.

Die Kredite der Weltbank haben eine Laufzeit von maximal 20 Jahren bei fünf tilgungsfreien Jahren. Die Zinssätze orientieren sich an den Kosten für die Mittelbeschaffung. In den 60er Jahren wurden die Kredite hauptsächlich für Infrastrukturprojekte vergeben, wodurch v.a. die Voraussetzungen für private Investitionen verbessert werden sollten.

Da die Weltbank Kredite nur an Regierungen bzw. Zentralbanken vergeben kann, wurde 1956 die Internationale Finanzgesellschaft (IFC) als eine Tochtergesellschaft der Weltbank gegründet. Die IFC hat die Aufgabe, Privatinvestitionen in den kapitalistischen Weltmarkt direkt durch Kapitalbeteiligungen, Kreditvergabe, Vermittlung zusätzlichen Kapitals, Beratungsleistungen und technische Hilfe zu stimulieren.

Weder die Weltbank- noch die IFC-Kredite entsprachen aber den Finanzbedürfnissen der ärmeren Entwicklungsländer. Um deren Integration in den kapitalistischen Weltmarkt nicht zu gefährden, wurde 1960 die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) gegründet, die an diese Länder relativ günstige Kredite (unverzinslich, 50 Jahre Laufzeit, 10 tilgungsfreie Jahre) vergibt.

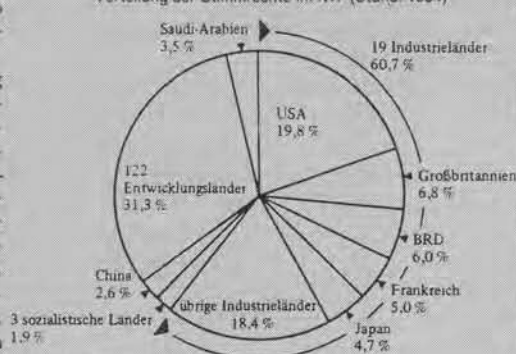
1973 verkündete der damalige Weltbankpräsident McNamara seine Strategie zur Bekämpfung der Armut und zur Befriedigung der Grundbedürfnisse, in deren Rahmen der landwirtschaftliche Sektor stärker gefördert wurde. Zu Beginn der 80er Jahre wurden die McNamara-Strategie und die Projektorientierung jedoch von den „Strukturanpassungsprogrammen“ abgelöst, mit denen die „Verzerrungen der Wirtschaftsstruktur“ abgebaut und marktwirtschaftliche Prinzipien wieder stärker zur Geltung gebracht werden sollten. Damit rückte die Weltbank von ihrer traditionellen Projektorientierung zugunsten umfangreicher gesamtwirtschaftlicher Interventionen ab.

Ähnlich wie beim IWF werden die Kreditzusagen an eine Erklärung des Empfängerlandes gebunden, in der es sich zur Umsetzung bestimmter Auflagen verpflichtet. Meistens ist diese Zusage sogar an den Abschluß eines IWF-Abkommens gebunden.

Als ein neues Instrument zur Förderung der privaten Investitionen in Entwicklungsländern wurde 1985 die Einrichtung der Multilateralen Investitionsgarantie Agentur (MIGA) beschlossen, die als dritte Weltbank-Tochter die Versicherung privater Auslandsinvestitionen gegen politische Risiken übernehmen und Informationen über Investitionsmöglichkeiten liefern soll.

Ute Kampmann

Verteilung der Stimmrechte im IWF (Stand: 1984)



(Quelle: Körner u. a. 1984: 65)

Neue Gläubigerstrategien

Wie das Ausschachten eines alten Autos

Baker Plan, Mexiko-Deal, debt-equity swaps sind nur einige Begriffe, mit denen neue Ansätze des Schuldenmanagements umschrieben werden. Im folgenden Beitrag sollen die Grundzüge der Gläubigerstrategien gegenüber den Ländern der Dritten Welt erläutert werden. Nicht technische Details, sondern die Funktionsweise der internationalen Finanzmärkte und die Auswirkungen auf die betroffenen Länder, stehen im Vordergrund.

Die Marktwirtschaft ist bekanntlich effektiv, sie funktioniert und sichert jedem ein Auskommen. Diese Lehrsätze der bürgerlichen Ökonomie werden nirgendwo so drastisch widerlegt wie im Bereich der Finanz- und Kapitalmarktbeziehungen zwischen Industrieländern und unterentwickelten Ländern.

Dabei ist der Bereich dieser Finanzbeziehungen keineswegs nebensächlich. Der Finanzsektor insgesamt, die Kreditvergabe, der Kapitalexport erhalten schon seit Beginn dieses Jahrhunderts eine zunehmende Bedeutung gegenüber den Warenexporten.

Nicht zuletzt der Börsencrash vom 19. Oktober 1987 hat gezeigt, daß heute Fragen der realen Produktion zeitweise in den Hintergrund treten. Die Anlage von Geldkapital, d.h. Spekulation, Aktien, Wertpapier- und Devisenhandel sowie Vergabe von Krediten bekommt im Gegensatz zur Anlage von Produktivkapital einen immer größeren Stellenwert. An den Weltbörsen waren vor dem 19. Oktober über 8.000 Mrd \$ in Aktien angelegt. Das ist etwa das Siebenfache des Bruttosozialprodukts der BRD.

Finanzanlagen in Form von Krediten wurden auch in den 70er Jahren ein wesentliches Geschäft im Verkehr mit der Dritten Welt. Während in diesen Ländern rund 100 Mrd \$ in produktiven Anlagen getätigt wurden, waren an Krediten von Banken über 400 Mrd \$ angelegt. Dazu kamen noch einmal rund 300 Mrd \$ an Regierungskrediten.

Die Abflüsse in Form von Zinsen waren erheblich und lagen Anfang der 80er Jahre bei etwa 70 Mrd \$ pro Jahr. Diese Zinszahlungen wurden zum hauptsächlichen Mittel, Mehrwert aus den verschuldeten Ländern zu ziehen.



Trotz der stets behaupteten Effektivität und Rationalität der Kapitalmärkte führten diese Finanzbeziehungen in die Krise. 1982 war Mexiko zahlungsunfähig, die Pleitenwelle breitete sich aus, führte zur Schuldenkrise. Die reale Wirtschaft der unterentwickelten Länder war nicht mehr in der Lage, die Zins- und Tilgungszahlungen auf die Kredite zu erarbeiten.

Das Finanzsystem hatte sich, was die unterentwickelten Länder angeht, in einen ersten Widerspruch begeben: Um die Kredite zurückzuzahlen oder auch nur die Zinsen leisten zu können, hätten unterentwickelte Länder auf dem Weltmarkt, d.h. in erster Linie auf den Märkten der Industriestaaten, verkaufen müssen. Aufgrund ihrer Produktivitätsrückstände sind sie jedoch nicht konkurrenzfähig.

Die Schuldner hatten trotz eines teilweisen Industrieaufbaus in den 60er und 70er Jahren keine Möglichkeit, die nötigen Devisen für die stark angestiegenen Kredite zu bezahlen, wozu die steigenden Zinssätze und Ölpreise verstärkend beitrugen. Seitdem beweist der Kapitalismus wieder seine Effektivität und Flexibilität — beim Schuldenmanagement.

Die erste Etappe des Krisenmanagements läßt sich als Zwang zu einer Austeritätspolitik (Sparpolitik) beschreiben, die vom Internationalen

Währungsfonds (IWF) koordiniert und kontrolliert wurde. Er setzte die wesentlichen Forderungen durch, die nach Meinung der Banken und Wirtschaftspolitiker geeignet sein sollten, die Zahlungsfähigkeit der Schuldner wiederherzustellen. Begleitet wurden die wirtschaftspolitischen Auflagen des IWF von kurzfristigen Zahlungsbilanzhilfen und Umschuldungen, in denen die Schuldnerückzahlungen gestreckt wurden und die Banken neue Kredite (fresh money) vergaben, mit denen die verschuldeten Länder dann denselben Banken ihre Zinsen zahlen konnten.

In dieser Phase, die sich bis etwa 1984/85 ansetzen läßt, herrschte noch vielfach die Ansicht vor, daß es kurzfristig möglich sein werde, die Zahlungsbilanzen zu sanieren und daß die geforderten wirtschaftspolitischen Umstellungen rasche Ergebnisse zeigen würden. Trotzdem zogen sich die Geschäftsbanken soweit als möglich aus der Neuvergabe von längerfristigen Krediten zurück (die Neuvergabe fiel von 66 Mrd 1981 auf 18 Mrd \$ 1983).

Dennoch war es den Banken unmöglich, gänzlich aus der Schuldenkrise „auszusteigen“. Sie mußten fresh money zur Verfügung stellen. Die Alternative dazu wäre gewesen, die vergebenen Kredite als verloren abzuschreiben. Das ging vor allem bei US-Banken nicht, da sie aufgrund fehlender Rücklagen und hoher

Südamerika-Kredite bei Ausfällen teilweise an den Rand des Ruins geraten wären. Also wurde der IWF vorge-schickt, um ganzen Völkern den Gürtel enger zu schnallen.

Die Regierungen hielten in dieser Situa-tion ihre Kreditvergabe im wesentlichen konstant. Sie verhielten sich so, daß die Forderungen der Banken und des IWF zur Geltung kommen konnten, da die unterentwickelten Länder von ihnen kei-nen Ersatz für die zurückgegangenen Bankausleihungen erwarten konnten.

Ab 1984/85 wurde klarer, daß eine kurz-fristige Austeritätspolitik nichts bewir-ken würde. Zwar konnten die Leistungs-bilanzdefizite und damit die Schulden-zunahme etwas gesenkt werden, aber um den Preis, daß die Wirtschaftskraft der

betroffenen Länder weiter ruiniert wur-de. Das Finanzkapital störte dabei nicht die Verelendung von Millionen, sondern die verschlechterten Investitionsmög-lichkeiten sowie die Tatsache, daß wirt-schaftliche Zusammenbrüche mit den entsprechenden politischen Konsequen-zen nicht förderlich für das Geschäft ge-wesen wären. Die Banken wären dadurch gezwungen worden, ihre dem jeweiligen Land vergebenen Kredite endgültig als Verluste abzubuchen.

In dieser Phase wurde dann entdeckt, daß wachstumsfördernde Programme zur Unterstützung der Sanierungspolitik nötig seien. Es war die Geburtsstunde der großen Pläne. Auf jeder internationalen Konferenz wurden neue weltum-spannende Strategien zum Schulden-management vorgelegt. Die bekannteste davon war der Baker-Plan, entwickelt vom amerikanischen Finanzminister James Baker. Er sah vor, für den Zeit-raum von 1986-88 29 Mrd \$ zusätzlich an Entwicklungsländer zu vergeben.

Die Bank für Internationalen Zahlungs-ausgleich (BIZ) definierte die Ziele des Baker-Plans folgendermaßen: „Die Er-kenntnis, daß mehrere Jahre der Be-schränkungen und Entbehrungen nicht vermochten die Schuldenquoten zu min-dern, und daß deshalb eine neue Stra-tegie zur Behandlung des internationalen Schuldenproblems notwendig sei, war auch einer der Hauptgründe hinter der neuen Initiative des US-Finanzministers. Anstelle kurzfristiger Zahlungsbilanzan-passungen, zu welchen Kosten auch immer, liegt der Schwerpunkt dieser neuen Strategie auf strukturellen Refor-men: Diese würden die Schuldnerländer auf einen höheren wirtschaftlichen Wachstumspfad heben und dabei das re-lative Gewicht ihrer Auslandsschulden schrittweise verringern.“¹

Der Zugang zu den Baker-Planmitteln ist an die Umsetzung weiterer wirtschaft-licher Auflagen gebunden. Der Plan setzt also da an, wo der IWF aufhört, und schreibt weitere strukturelle Umgestal-tungen vor. Das Ziel dabei ist „mehr Marktwirtschaft“, sprich mehr Investi-tions- und Gewinnmöglichkeiten für die Konzerne und eine verstärkte Einbin-dung in die imperialistische Form des Weltmarktes, in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung.

Dies ist der springende Punkt des gesam-ten Themenkomplexes Verschuldung und Entwicklung: Sollte die verstärkte Einbindung in den Weltmarkt gelingen, würde dies einen Verzicht auf alle Ver-suche der nachholenden Entwicklung bedeuten. Das Konzept der internatio-nalen Arbeitsteilung legt den Ländern nahe, durch Spezialisierung auf Güter, bei deren Produktion sie relative (kom-parative) Vorteile haben, wirtschaft-liches Wachstum zu erzielen. Faktisch

bedeutet das die Neuauflage und Neufor-mulierung der kolonialistischen Kon-zeption von der Dritten Welt als dem Lieferanten von Rohstoffen, billigen Ar-beitskräften, landwirtschaftlichen Pro-dukten und exotischen Gebrauchs-waren.

Eine so spezialisierte Wirtschaft ist zwangsläufig exportorientiert und soll, laut Theorie, in der Lage sein, Indus-triewaren und andere nicht produzierte Waren importieren zu können. Das Pro-blem besteht darin, daß unterentwickelte Länder damit unterentwickelt bleiben und sich auf Produktionen und Produkte spezialisieren, deren Märkte anteils-mäßig schrumpfen und die weltwirt-schaftlich unbedeutend sind. Ein Funk-tionieren der Konzeption der internatio-nalen Arbeitsteilung in dem Sinne, daß dadurch die Lebensumstände der Men-schen verbessert werden, ist demzufolge so gut wie ausgeschlossen.

In der Praxis scheiterten die Pläne zur Umstrukturierung der Dritten Welt sehr bald daran, daß es kaum interessante Be-reiche der Spezialisierung in größerem Umfang gab. Die Neue Zürcher Zeitung schrieb bereits vier Monate nach der groß angekündigten Baker-Initiative: „Verflo-gene Euphorie um den Bakerplan“.² Dabei blieb es bis heute. Das Problem war, daß die Banken ganz andere Vor-stellungen hatten, als weitere Milliarden in überschuldete Länder zu stecken.

Daß die Umstrukturierung des Welt-markts als Wachstums- und Entwick-lungskonzept weder praktisch noch theoretisch funktioniert, heißt aber nicht, daß überhaupt keine Umstruktu-rierung auf Weltmarkt- und Exportpro-duktion stattfände; allerdings hat das nichts mit Entwicklung zu tun und voll-zieht sich nur in wenigen Bereichen.

Der Baker-Plan verkündete, es würden mittels politischer Abmachungen Gelder zur Verfügung gestellt, um Umstruk-turierungen plus Wachstum zu schaffen – und es blieb bei der tönenden Erklä-rung. Da, wo wirklich umstrukturiert wird, erfolgt das nach den Gesetzen des Marktes und unter Verzicht auf eine nach innen gerichtete ökonomische und soziale Entwicklung.

Nachdem in fünf Jahren Krisen-management die Zahlungsfähigkeit der unterentwickelten Länder nicht wieder hergestellt werden konnte und auch kei-ne Anzeichen bestehen, daß dies in ab-sehbarer Zeit geschehen könnte, ver-suchen immer mehr Banken die wenigen verwertbaren Teile ihrer Kredite aus den Gesamtforderungen herauszulösen und zusammen mit internationalen Indus-triemonopolen oder Kapitalanlegern „marktmäßig“ zu verwerten.

Der Vorgang läßt sich mit dem Aus-schlachten alter Autos vergleichen, bei denen brauchbare Teile vor dem Ver-

Schuldenstrategien

Bei den „neuen Schuldenstrategien“ oder „neuen Instrumenten der Schuldenpolitik“ geht es in der Regel darum, daß Banken Forde-rungen, die sie gegenüber unterentwickelten Ländern haben, entweder gegen bar verkaufen, in andersgeartete Forderungen oder in Forde-rungen gegen andere Schuldner tauschen. Da-für gibt es unterschiedliche Möglichkeiten und Formen, die teilweise ineinander übergehen. Einige davon sollen hier kurz beschrieben wer-den.

- **Asset sales:** Verkauf von Forderungen gegen bar, normalerweise mit Abschlägen auf die ur-sprüngliche Forderungssumme. Oft sind die Versuche, Forderungen aus den Büchern zu bekommen mit einer Verbriefung (securisa-tion) verbunden, d.h. ein Kredit wird in eine Auflage von festverzinslichen und handelbaren Wertpapieren umgewandelt und diese Wert-papiere (Bonds) werden an den Kapitalmär-kten mit Abschlägen verkauft.

- **Asset swaps:** Tausch von Forderungen an das Land A gegen Forderungen an das Land B. Wird zwischen Banken abgewickelt, die ihre Forderungen umschichten wollen.

- **Debt-equity swaps:** Forderungen an unter-entwickelte Länder können mit Einverständ-nis der jeweiligen Regierung in Beteiligungen an einheimischen Firmen umgewandelt wer-den bzw. in einheimische Währung für die Er-richtung von Fabriken, Hotels, Handelsgesell-schaften usw. umgetauscht werden. Daneben entstehen Fabriken die die Neukre-ditvergabe an Privatkapital erleichtern.

- **Onlending:** Die Banken vergeben einen Kredit an den Staat, der sich verpflichtet, die Gelder an Privatfirmen weiterzuleiten. D.h. der Staat bürgt für den Kredit, der letztendlich einem Privatunternehmen, oft der Niederlas-sung eines multinationalen Konzerns, zufließt.

- **Relending:** Kredite, die ein Schuldnerstaat zurückzahlt, werden direkt an Privatkonzerne im jeweiligen Land weitergereicht.

- **Leaseback-Verfahren:** Leaseback wird ge-genüber Ländern angewendet, die den Erwerb von Beteiligungen durch Ausländer verbieten oder anderweitig den Kapitalverkehr ein-schränken. Statt direkt einen Kredit zu ver-geben oder eine Beteiligung zu zeichnen, wer-den Maschinen an ausländische Unternehmer verliehen. Die verleihende Bank bzw. der ver-leihende Konzern bekommt einen Teil des Ge-winns, die Abschreibungen, und bleibt recht-lich im Besitz der Maschinen.

Neues aus unserem Programm

Nicaragua-Solidaritäts-Hemden

Sie werden in der selbstverwalteten Frauencooperative NUEVA NICARAGUA in Managua hergestellt, welche als wichtiger Beitrag zu den Emanzipations-Anstrengungen der Frauen in Nicaragua eng mit dem Kulturministerium zusammenarbeitet. Zur Herstellung dieser Hemden hat die Cooperative von hier einen Zuschuß in Höhe von 6000 DM für die Anschaffung produktionsnotwendiger Materialien erhalten; insofern sind im Kaufpreis jeweils 3,- DM an Spende zur Unterstützung dieses Projekts enthalten. Die Hemden sind aus Baumwolle mit schwarzem Aufdruck „nicaragua libre“ und dem Symbol der zwei Hände. Es gibt davon drei Größen. **14,- DM**



NICARAGUA-RUM

„flor de canã“

Neu eingetroffen

0,75 l, 4 Sorten

23,- bis 28,- DM

**Original
Cordoba-
Solimünzen**

Wir werten den Cordoba auf und machen aus 5000 „wertlosen“ nicaragua-nischen 1-Cordoba-Münzen 10 000 DM Unterstützung für das Land! Sie sind mit einem Konterfei Sandinos von uns versilbert und mit einem Anhänger versehen worden. Im Verkaufspreis haben wir je 2,- DM Spende für Nicaragua einkalkuliert, so daß dann so 10 000 DM zusammenkommen können. **8,- DM**



An
**Solidaritätsshop
Dritte Welt**
Hamburger Allee 52

6000 Frankfurt/Main 90



AUS NICARAGUA

**3 Pfund im
Monats-Abo
35,- DM**

(incl. Versand)

Unsere Idee: **Nicaragua-Kaffee** im Soli-Abonnement, Regelmäßig und pünktlich – direkt ins Haus. Kein Vergessen, kein Suchen – und immer röstfrisch. Wir liefern zuverlässig.

Für Wiederverkäufer, Kneipen, Solidaritäts-Gruppen u. Initiativen

Ab 30 Pfd. genießen oder in Bütteln	250 g 500 g	5,15 DM 9,90 DM
Ab 100 Pfd. genießen oder in Bütteln	250 g 500 g	5,00 DM 9,60 DM

(incl. MwSt, Verpackung + Porto)

Absender:

Verfassung der Republik Nicaragua

Paperback, 60 Seiten

6,80 DM

Nicaragua-Plakatmappe

15 Original-Motive, DIN A3.

Sonderpreis 10,- DM

POSTKARTENSET Die Kinder des

freien Nicaragua 12 farbige Motive. 10,- DM

Südafrika-Kunstkarten-Set

7 verschiedene Postkarten (12 x 17 cm) nach Plakatmotiven von H. Schröter. 8,- DM

Nelson-Mandela-Motiv einzeln

1,50 DM

Kunstdruckposter

WINNIE MANDELA, farbig, DIN A2. 10,- DM

NELSON MANDELA, farbig, 61 x 43 cm. 6,- DM

Chile-Kochbuch

6,80 DM

Chile-Kunstdruckposter DIN A1 10,- DM

Briefkartenset

4 Motive, DIN A5, nach Vorlagen des chilenischen Malers Guillermo Duran (inkl. Umschlägen). 8,- DM

POSTER Die Welt des Ronald Reagan

farbig, DIN A2. 5,- DM

Solidaritätsshop Dritte Welt

Hamburger Allee 52 6000 Frankfurt/Main 90 Tel 069/77 88 63

Hiermit bestelle ich zu angeführten Lieferbedingungen folgendes Material an meine Adresse (s. u.):

Anzahl	Artikel	Preis
Versandkostenpauschale		3,50
plus Nachnahme/Rollenversand		

☐ Ich wünsche Nachnahmeversand für 2,50 DM Mehrkosten

☐ Rechnung

☐ Für den Versand meiner bestellten Plakate wünsche ich Rollenversand für 2,00 DM Mehrkosten

☐ Bankeinzug (siehe unten)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Telefon

Datum/Unterschrift

Ziehen Sie die Kosten zuzüglich Porto und Verpackung nach erfolgtem Versand von meinem Konto ein.

Die Einzugsermächtigung erteile ich hiermit

Konto-NR.

Bankleitzahl

Bank/Geldinstitut

Ort

Vertrauensgarantie: Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen gegenüber der Solishop GmbH, Hamburger Allee 52, 6000 Frankfurt, in schriftlicher Form zu widerrufen.

Datum/Unterschrift

Bestellung

Ich bestelle:

- ☐ ein Normal-Abo ab Nr.
☐ ein Probe-Abo
☐ ein Förder-Abo ab Nr.
☐ Expl. Sonderheft Nr.

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): DM.
 Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eingegangen sein.
 Probe-Abo: 4 Ausgaben für 10 DM; das Probe-Abo wird nicht automatisch verlängert, d. h. es muß nicht gekündigt werden. Sonderhefte: 2,50 DM; 33% Rabatt ab 10 Exemplaren.

Gewünschte Zahlungsweise (bitte ankreuzen):

- ☐ Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

- ☐ Rechnung

Name, Vorname

Straße Beruf

Postleitzahl, Ort, Nr. des Zustellpostamtes Tel.

Unterschrift

Datum

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei Dritte Welt, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.
 Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum



Geschenkabo

Ja, ich möchte die Dritte Welt zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab Nr. verschenken.

- ☐ befristet für ein Jahr ☐ unbefristet *

*) Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis zum 15. November des Jahres oder sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

Meine Adresse:

Name, Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Gewünschte Zahlungsweise (bitte ankreuzen):

- ☐ Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr. Bankleitzahl

Bank/Geldinstitut Ort

- ☐ Rechnung

Datum Unterschrift

Vertrauensgarantie: Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei Dritte Welt, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.
 Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Datum Unterschrift

Ich möchte folgende **Prämie** aus dem Dritte-Welt-Angebot:

Schicken Sie das **Geschenkabo** bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Ich bitte um Zusendung von Probe-
exemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen

**Dritte Welt
LeserInnenservice
Postfach 51 08 68**

5000 Köln 51

Ich möchte folgende **Prämie** aus dem Dritte-Welt-Angebot:

Mein Name:

Meine Adresse:

Der/Die umseitig aufgeführte neue Dritte-Welt-Abon-
nent/in wurde von mir geworben:

**Dritte Welt
LeserInnenservice
Postfach 51 08 68**

5000 Köln 51

Bitte mit
Postkartenporto
freimachen



US-Finanzminister Baker während einer IWF-Tagung

schrotten herausmontiert werden. Dabei findet dieses Ausschlichten in doppelter Weise statt: Einerseits bei den Forderungen, andererseits gegenüber den Industrien der verschuldeten Länder, denen mit ihren Schulden die letzten profitablen und brauchbaren Produktionsstätten abgekauft werden sollen. Vor allem seit letztem Jahr findet unter der Bezeichnung „neue Bankenstrategien“ ein Spekulieren, Tauschen und Verschleiern von Entwicklungsländerforderungen statt (siehe Kasten).

Der Hintergrund der beschriebenen Praxis des fresh money ist, daß Kredite, auf die längere Zeit keine Zinsen und Tilgungen geleistet werden, als Verluste abgeschrieben werden müssen. Im Verlauf der 80er Jahre konnten gerade im Bank- und Finanzsektor hohe Gewinne erzielt werden, die es ermöglichten, im Rahmen der Risikovorsorge bei westdeutschen Banken große Teile der Entwicklungsländerkredite mit Rücklagen abzudecken bzw. abzuschreiben. Die Deutsche Bank hat derzeit rund 70% ihrer Forderungen abgeschrieben, die Commerzbank rund 50%.

Im Mai 1987 zogen die US-Banken nach. Die Citibank, das größte Institut, nahm 3 Mrd \$ Rückstellungen vor. Die anderen Großbanken folgten innerhalb weniger Wochen und schrieben bis zu 25% ihrer Entwicklungsländerkredite auf einen Satz ab.

Dies bedeutet zunächst, daß Verluste ohne weitere Dividendenkürzungen aus den angesammelten Rücklagen abgedeckt werden können. Besonders erleichtert wird dieses Verfahren übrigens, weil die Bildung derartiger Rückstellungen steuerlich begünstigt wird. Politisch folgt daraus, daß die Kreditgeber weniger Rücksichten auf die unterentwickelten Länder nehmen müssen. Die Pleite und der endgültige Ruin des einen oder anderen Landes kann durchaus hin-

genommen werden. Es besteht kein Zwang mehr, neue Gelder an die Regierungen in der Dritten Welt zu vergeben. Die Umschuldungsverhandlungen sind damit nicht vom Tisch. Die Banken haben aber aufgrund ihrer Abschreibungen mehr Erpressungsmöglichkeiten. Theoretiker des Finanzkapitals formulieren das in der üblichen pseudowissenschaftlichen Verkleidung so: „Erstens haben diese Banken sich damit besser gegen Ausfallrisiken aus diesem Geschäft abgesichert und sind so explizit von der Fiktion der Unmöglichkeit einer Staatsschuldnerinsolvenz abgerückt. Zweitens wurde damit signalisiert, daß zukünftige Neukreditvergaben nicht zu den Bedingungen bestehender Kreditverträge erfolgen sollen.“³

Das soll heißen: Entweder ihr tut, was wir sagen, oder es gibt kein Geld mehr, und wenn überhaupt, dann zu höheren Zinsen als früher.

Daneben eröffnen Rücklagen die Möglichkeit, Forderungen mit Abschlägen zu verkaufen. Für die Banken hat das den Vorteil, daß sie für ihre in unterentwickelten Ländern festliegenden Kredite wieder Bares in die Kassen bekommen und damit arbeiten können.

Wie so etwas funktioniert und was es für Folgen für die Schuldner hat, läßt sich am besten anhand der debt-equity swaps erklären: Eine Bank verkauft eine 10 Mio Forderung gegenüber einem Land X an einen Industriekonzern mit einem Abschlag von 20% (also für 8 Mio). Die Bank hat damit zumindest 80% ihres Geldes wieder, der Rest von 20% ist über Rückstellungen abgedeckt.

Der Industriekonzern läßt sich die 10-Mio-Forderung, die er für 8 Mio gekauft hat, von der Regierung des Landes X in Landeswährung umtauschen und errichtet mit diesem Geld einen Betrieb in X oder kauft dort Aktien usw. Er hat bei diesem Swap-Geschäft 2 Mio eingespart.

Für die Regierung von X springt dabei heraus: 10 Mio weniger Schulden in Auslandswährung, ohne dafür Auslandswährung zurückgezahlt zu haben.

Ähnlich funktionieren andere „neue Schuldenstrategien“ wie beispielsweise der um die Jahreswende viel diskutierte Mexiko-Plan, bei dem Kredite in markt-

gängige Wertpapiere umgewandelt wurden. Ihre spätere Rückzahlung wird durch die US-Regierung abgesichert.

In der laufenden Diskussion wurden verschiedentlich auch von fortschrittlicher Seite diese „neuen Instrumente als Anzeichen der Entspannung an der Schuldenfront“ gedeutet und vermutet, die Banken gingen damit von ihrer harten Linie ab.

Dem widerspricht, daß die Banken nach wie vor erhebliche Forderungen in ihren Büchern halten und durch Rückstellungen prinzipiell die Möglichkeit zu härterem Vorgehen geschaffen haben. Außerdem lehnen Banken und westliche Regierungen Schuldenstreichungen unverändert ab. Ausnahmen gelten lediglich für öffentliche Schulden der am wenigsten entwickelten Länder Afrikas, da hier auch langfristig mit einer Rückzahlung nicht gerechnet werden kann.

Vor allem die debt-equity swaps zeigen auch, daß es bei diesen Instrumenten darum geht, die wirtschaftspolitischen Umstellungen, die durch die IWF-Programme erzwungen wurden, zu nutzen. Wenn aufgrund dieser Umstellungen Konzerne zu Investitionen bereit sind, stellen debt-equity swaps eine billige Finanzierung und damit einen zusätzlichen Investitionsanreiz dar. Sie gedeihen somit auf dem Boden der Verelendungspolitik und setzen diese fort, indem sie die ökonomische Beherrschung durch ausländisches Kapital erweitern. Sie stellen ein Mittel dar, sich die wenigen profitablen Bereiche der unterentwickelten Wirtschaften mittels des Schuldendrucks aneignen zu können.

Die gezielte Neuvergabe von Krediten an vorwiegend private Schuldner, auch durch Techniken wie „relending“ und „onlending“ (siehe Kasten), zielt auf denselben Punkt. Es werden ausgewählte, profitable Projekte gefördert. Eine eigenständige wirtschaftspolitische Ausrichtung, die auf den Großteil der Bevölkerung bezogene Entwicklungs-, Sozial- und Infrastrukturvorhaben anstrebt, wird damit von den Mechanismen der internationalen Finanzmärkte boykottiert. Finanziert wird lediglich die Orientierung auf die internationale Arbeitsteilung.

Die neuen Instrumente sind deshalb

Alljährliche Tagung von IWF und Weltbank



nicht Anzeichen einer Entspannung, sondern dienen zusammen mit den IWF-Programmen dem Prozeß der Neokolonialisierung. Überdies muß festgehalten werden, daß die neuen Schuldenstrategien aber auch für das Finanzkapital keineswegs eine ihm angemessene Lösung der Schuldenkrise darstellen. Eine solche Interpretation wäre ein Mißverständnis. Die swaps sind nicht wesentlich mehr als eine Randerscheinung. Viel Brauchbares ergibt sich nicht beim Ausschachten der Dritten Welt. Bei über 1000 Mrd \$ Schulden wird der gesamte Sekundärmarkt für 1987 auf etwa 14 Mrd \$ geschätzt.

Der neueste Hinweis auf diese Tatsache war das Ergebnis des Mexiko-Deals Ende Februar d.J.: statt der geplanten 20 Mrd \$ konnte Mexiko gerade 3,7 Mrd \$ in Wertpapiere umtauschen. Mit diesen Instrumenten kann die Schuldenkrise einer Lösung nicht nähergebracht werden. Derweilen ändert sich bei den internationalen Institutionen nicht sehr viel. Auf ihrer Frühjahrstagung Mitte April d.J. in Washington haben IWF und Weltbank erneut eine globale Reduzierung der Schulden abgelehnt. Die Tendenzen gehen auch hier in die Richtung auf Förderung der Weltmarktintegration. So überlegt der IWF, ob er neben seiner eher kurzfristig angelegten Zahlungsbi-

lanzfinanzierung nicht auch langfristige sog. Anpassungsprogramme finanzieren soll. Auf der Frühjahrstagung beschloß der Interimsausschuß des IWF, eine neue „Fazilität für Eventualfälle“ (ECM) zu schaffen, um die Durchsetzung der von ihm verordneten Anpassungsprogramme abzusichern, wenn ein Land durch plötzliche Veränderungen auf dem Weltmarkt in Zahlungsschwierigkeiten gerät.

Auch die Weltbank will neben ihrer bisherigen Schwerpunktsetzung, der Projektfinanzierung, verstärkt solche Programme durchsetzen, die in erster Linie dazu gedacht sind, die Infrastrukturen für exportorientierte Wirtschaftsprojekte und für ausländische Investitionen zu schaffen. Dabei ergibt sich jedoch, ähnlich wie beim privaten Finanzkapital, das Problem der mangelnden Gelegenheiten. Bei der Weltbank bleiben die Ausleihungen weit unter dem geplanten Niveau, beim IWF besteht derzeit sogar die Situation, daß die Rückzahlungen die Neukreditvergabe übersteigen. Deshalb will sie jetzt Geschäftsbanken eine spätere Tilgung von Krediten garantieren, wenn diese zur Finanzierung von Anpassungsprogrammen dienen. Die Rolle der Bundesregierung in der Schuldenkrise läßt sich durch den der-

zeitigen Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit charakterisieren. Der CSU-Mann Hans Klein scheint alle Vorstellungen von Souveränität oder sozialen Veränderungen endgültig ad acta gelegt zu haben und sieht Entwicklungshilfe verstärkt unter dem Aspekt, daß sie dazu beizutragen habe, die Welt nach den politischen und wirtschaftlichen Wünschen des hiesigen Kapitals zuzurichten.

Dies machte Klein in einem Spiegel-Interview deutlich. Auf den Vorwurf: „Sie verteilen Entwicklungshilfe nach politischem Gusto, Herr Klein!“ antwortete er: „Es ist doch keine Frage des Westschwenks, sondern einer vernünftigen Wirtschaftspolitik ... in dem Sinne, sich stärker marktwirtschaftlich zu orientieren... Ich wünsche mir nichts lieber, als in Angola, Mosambik, in Äthiopien, in Nicaragua Verhältnisse zu haben, in denen es Sinn macht, staatliche Entwicklungszusammenarbeit zu treiben.“⁴

Anmerkungen:

- 1) Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 56. Jahresbericht, Basel 1986, S. 125ff.
- 2) Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 19.12.1986
- 3) W. Berger in: Sparkasse, Stuttgart, Nr. 3/1988, S. 123
- 4) Spiegel, Hamburg, 4.1.1988

Ungebremstes Wachstum des Schuldenbergs

Die Auslandsschulden der Entwicklungsländer sind nach einer ersten Schätzung der Weltbank 1987 um 6,25% auf 1.190 Mrd \$ angewachsen.¹ Trotz Anpassungsanstrengungen hat sich die Lage der meisten Länder in der Dritten Welt seit 1982 weiter verschlechtert. In ihrer Lagebeurteilung befürchtet die Weltbank eine „Periode der Konfrontation zwischen Schuldnern und Gläubigern“.² Für Weltbankdirektor Jean Baneth, der die „World Debt Tables“ in ihrer jüngsten Auflage für 1987/88 präsentierte, ist dies eine düstere

Bilanz. Sie bedeutet, daß die Schuldner nach fünf Jahren Krisenmanagement noch keine signifikanten Fortschritte zur Wiederankurbelung ihrer Kreditwürdigkeit gemacht haben.

Der Nettokapitalfluß, d.h. die Neukredite, minus Amortisationen, in die 109 Berichtsländer ging von 66,8 Mrd \$ (1982) auf 25,0 Mrd \$ zurück (oder 62,6%). Besonders dramatisch verlief dieser Trend bei den 17 am höchsten verschuldeten Ländern, der sog. „Baker-Gruppe“, in der Hauptsache Lateinamerika, Marokko, Nigeria, Jugoslawien und die Philippinen: Erhielten sie 1982 noch netto 34,6 Mrd \$ an frischen Krediten, so sank das Darlehensvolumen bis 1986 auf nur noch 5,2 Mrd \$ ab. Das entspricht einem Rückgang von 85%.

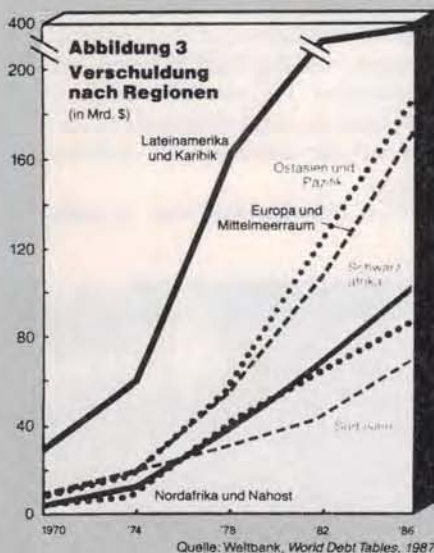
Die Zinslast der Entwicklungsländer nahm, trotz des rapiden Kreditvergabestopps und der seit 1981 (18,5% Libor-Satz) um zwei Drittel gesunkenen Kreditkosten (1986 6% Libor-Rate)³, um 17,3% zu (von 48,9 Mrd \$ auf 55,6 Mrd \$). Die „Baker-Länder“ zahlten trotz des 85%igen Kreditrückgangs nur 2,4% weniger Zinsen als 1982 (30,0 Mrd \$ statt 30,8 Mrd \$).⁴ Der Grund: Die Gesamtverschuldung der Dritten Welt stieg von 1982 bis 1986 um 245 Mrd \$.⁵ Die „Baker-Gruppe“ hatte seit 1981 einen Schuldenanstieg von 105,7 Mrd \$ zu verzeichnen.⁶

Der Netto-Ressourcentransfer zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wurde erneut negativ: Blieben 1982 von den netto geleisteten 66,8 Mrd \$ Krediten abzüglich 48,9 Mrd \$ Zinsen noch 17,8 Mrd \$ in den Schuldnerländern, so wurden sie seit 1983 zu Nettokapi-

talexporturen. 30,6 Mrd \$ flossen allein 1986 in die Gläubigerländer. Der Kapitalexport der „Baker-Länder“ machte dabei allein 24,8 Mrd \$ (oder 81%) der gesamten Kapitalabflüsse aus. Im Zentrum der internationalen Schuldenkrise stehen nach wie vor die hochverschuldeten Länder, die in der Hauptsache in Lateinamerika liegen. Nach einer Kalkulation der CEPAL (UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik) betrug die Schuldenlast Lateinamerikas 1987 rund 410 Mrd \$.⁷ Neu-Krediten von 37,8 Mrd \$ (1982-88) standen Zahlungsmittelabflüsse (Zinsen und Gewinntransfer) in Höhe von 144 Mrd \$ gegenüber, d.h. ein Nettoexport von Finanzmitteln von 106,3 Mrd \$.⁸ 1987 flossen zwischen 35-40% der Exporterlöse des Subkontinents direkt in den externen Schuldendienst.⁹

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 20.1.1988
- 2) Zit. nach: NZZ, 20.1.1988
- 3) Vgl. Die Zeit, Hamburg, 5.6.1987
- 4) Vgl. NZZ, 20.1.1988
- 5) Vgl. IWF-Tabelle von Ende 1986
- 6) Vgl. Die Zeit, 5.6.1987
- 7) Vgl. Handelsblatt (HB), Düsseldorf, 8.2.1988
- 8) Vgl. Die Dritte Welt in der Schuldenkrise. Rolle der Bundesrepublik – Diskussion um Alternativen, hg. von IMSF und ASK, Frankfurt/M. 1986, S. 16; vgl. auch: CEPAL-Review, Nr. 30, Dezember 1986, S. 69
- 9) Vgl. Frankfurter Rundschau, 15.3.1988



Wege aus der Krise



Protestdemonstration im Hauptschuldnerland Brasilien gegen die Auflagenpolitik des IWF

Seit Ausbruch der Verschuldungskrise macht man sich nicht nur bei Gläubigern, Geschäftsbanken, IWF und Weltbank Gedanken, wie ihre Auswirkungen in den Griff zu bekommen sind. Es wurden auch weltweit alternative Vorschläge erarbeitet, wie die Krise im Interesse der Dritten Welt gelöst werden könnte.

Diese Ansätze, die in deutlichem Gegensatz zum herrschenden Krisenmanagement stehen, reichen von reformistischen Vorschlägen, etwa der hiesigen Sozialdemokratie, bis hin zu radikaleren Konzeptionen, wie sie von Fidel Castro, den GRÜNEN, der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, dem ASK und dem BUKO (siehe Dokumentation) vertreten werden.

All diesen Konzeptionen ist gemein, daß sie einen Großteil der Schulden für nicht rückzahlbar erachten, daß sie keine Umwälzung der vorherrschenden Produktionsverhältnisse voraussetzen, und daß von einer Lösung der Schuldenkrise die Menschen in den unterentwickelten und industrialisierten Ländern profitieren würden – wenn auch in unterschiedlichem Maße.

Unterschiede ergeben sich vor allem darin, wer und inwieweit die Kosten einer Lösung tragen soll, wie weit eine Umgestaltung des Weltwirtschaftssystems gehen muß und wie die Forderungen

durchgesetzt werden sollen. Schließlich unterschieden sich die Konzeptionen auch hinsichtlich der Frage, ob sie zu einer dauerhaften Lösung der Verschuldungskrise und der Probleme der Unterentwicklung beitragen können und inwieweit sie durchsetzbar sind.

Stellvertretend für sozialdemokratische Positionen wird hier der Antrag der SPD-Fraktion diskutiert, der am 8.10.1987 im Bundestag behandelt wurde (siehe Dokumentation).¹ Er geht davon aus, daß die Verschuldung den sozialen Fortschritt in den Entwicklungsländern, ihre politische Stabilität und das internationale Finanzsystem gefährdet. Um zu einer Lösung der Verschuldungskrise zu kommen, hält er einen Schuldenerlaß für die am wenigsten entwickelten Länder (v.a. jene südlich der Sahara) und eine teilweise Streichung für andere Entwicklungsländer für notwendig. Die verbleibende Auslandsschuld soll umgeschuldet, die Rückzahlungsfristen verlängert und die Zinssätze begrenzt werden. Für den Schuldendienst wird eine Obergrenze als Anteil an den Exporterlösen festgesetzt, der bei höchstens 20% liegen soll.

Im Rahmen dieses Konzepts finden auch Einzelmaßnahmen wie die Übertragung von Gläubigerrechten auf nationale Entwicklungsfonds und die Umwandlung von Kreditforderungen in Beteiligungen ihren Platz. Um eine Lösung in diesem

Sinn zu realisieren, hält die SPD eine internationale Schuldenkonferenz für erforderlich.

Schließlich sollen die Schuldnerländer eine Politik verfolgen, die auf die Erfüllung der Grundbedürfnisse der Menschen abzielt, und die Gläubigerländer die Absatzchancen von Waren der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt verbessern. Die Möglichkeiten von IWF und Weltbank zur Lösung müßten ebenfalls verbessert werden (Ausrichtung der Außenpolitik an den langfristigen Wachstumsbedingungen, Erhöhung ihrer finanziellen Ausstattung, Verbesserung des Stimmrechts der Entwicklungsländer usw.). Die privaten Banken sollen v.a. neue Finanzmittel bereitstellen und auf Zinsen und Tilgungen teilweise verzichten.

Quasi als Sofortprogramm soll die BRD öffentliche Schulden von Fall zu Fall erlassen und auf Tilgungsbeträge aus der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit verzichten. Schließlich sollen durch Einsparungen im Verteidigungshaushalt 1 Mrd. DM der Weltbanktochter Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) zur Verfügung gestellt werden, bis ein „Internationaler Sonderfonds“ für durch Abrüstung in Ost und West freiwerdende Mittel eingerichtet ist.

Was hier zunächst wie ein Ansatz zur Veränderung aussieht, erweist sich bei näherem Hinsehen als Beitrag zur Stabilisierung der beklagten Verhältnisse. Die Ursachen der Verschuldungskrise werden nicht benannt und folglich fehlen auch Forderungen nach einer grundlegenden Umgestaltung der Weltwirtschaftsordnung. Der Antrag sieht allenfalls eine Reihe von wünschenswerten Reformen des Weltwirtschaftssystems

Der SPD-Vorschlag kann allenfalls eine Erleichterung der Krise zur Folge haben, ist aber leichter durchsetzbar

vor, die die Hauptprobleme jedoch nicht beseitigen können. Die Notwendigkeit der Rückzahlung der Schulden wird anerkannt, nur soll sie unter günstigeren Bedingungen erfolgen.

Besonders deutlich wird die Ablehnung einer Umstrukturierung der Beziehun-

gen zwischen Dritter Welt und Metropolen auch an Vorschlägen wie der Übertragung von Gläubigerrechten und debt-equity-swaps, die tendenziell auf den Ausverkauf der Dritten Welt hinauslaufen.

Auch die Begrenzung des Schuldendienstes auf 20% der Exporterlöse ist nicht unbedingt im Interesse der Entwicklungsländer. Viele Länder sind nicht einmal in der Lage dies aufzubringen. Da die SPD aber auch die von den Gläubigern diktierte Exportorientierung nicht in Frage stellt, ergibt sich ein weiteres Problem. Damit der Anteil von 20% real möglichst hoch ausfällt, dürften IWF und Gläubiger mit allen Mitteln die Weltmarktintegration und damit den Export der Entwicklungsländer fördern. Damit könnte eine stärkere Binnenorientierung verhindert werden.

Dementsprechend sieht der Antrag bei den flankierenden Maßnahmen vor, daß die Industrieländer den Welthandel beleben sollen und daß die Banken neue Mittel bereitstellen, um der Dritten Welt zunächst einmal wieder auf die Füße zu helfen.

Eine von der SPD geforderte alternative Auflagenpolitik von IWF und Weltbank, die auf der Umgestaltung der Wirtschaft nach demokratischen, sozialen oder ökologischen Kriterien beruht, mag zwar vom Ziel her unterstützenswert sein, von den Methoden her ist sie jedoch fragwürdig.² Warum sollten IWF und Weltbank, die von den westlichen Industrieländern beherrscht werden, plötzlich eine völlige Umkehr der von ihnen in der Vergangenheit vertretenen Programme vollziehen? Die Voraussetzung hierfür wäre eine Veränderung des Stimmrechts in diesen Organisationen nach dem Prinzip „Ein Land – eine Stimme“. Die SPD fordert aber lediglich eine Verbesserung des Stimmrechts – was immer das heißen mag.

Wenn aber der äußere Druck auf diese Institutionen ausreicht, um das Stimmrecht zu verändern und um sie zum Eingeständnis des Bankrotts ihrer Politik zu bewegen, müßte man sich allerdings fragen, warum dann nicht auch die Chance zur Veränderung weltwirtschaftlicher Strukturen genutzt werden soll, anstatt sich mit immanenten Reformen zufriedenzugeben.

Zudem wirft auch eine alternative Konditionalität das Problem auf, daß in die Souveränität eines Staates eingegriffen wird. Selbst die auf den ersten Blick sinnvolle Auflage, den Rüstungshaushalt zu begrenzen, kann sich in ihr Gegenteil verkehren, wenn dies etwa von Nicaragua gefordert wird.

Gerade, weil der SPD-Vorschlag keine grundlegenden Reformen verlangt, besitzt er größere Durchsetzungschancen als die folgenden Vorschläge. Er hat reale

Anknüpfungspunkte mit Konzeptionen aus dem Schuldnerlager, die angesichts der Krise der Dritten Welt ihre Exportchancen schwinden sehen. Dadurch können Widersprüche im herrschenden Krisenmanagement ausgenutzt werden, da es bisher nicht gelungen ist, die Lage in den Griff zu bekommen.

Geringere Durchsetzungschancen dürfte bereits der Vorschlag von Wilhelm Hankel, ehemaliger Chef der Hessischen Landesbank und keynesianischer Währungsspezialist, haben.³ Er setzt sich für eine Streichung der Schulden ein. Seine Grundüberlegung ist, daß Auslandsschulden real immer nur aus Exportüberschüssen getilgt werden können. Ein Schuldendienst im derzeitigen Ausmaß muß bei Gläubigerländern Beschäftigungsrückgänge zur Folge haben. Eine Schuldentilgung sei aus volks- und weltwirtschaftlichen Gründen nicht zu verantworten.

Nach Hankel müssen die Kredite, die die Dritte Welt erhalten hat, als das begriffen werden, was sie ihrer Funktion nach sind, nämlich Entwicklungshilfe. Daher

**Die Forderung nach
Schuldenstreichung ist für
die GRÜNEN der erste Schritt für
den Einstieg in eine Neue
Weltwirtschaftsordnung**

sollte der Schuldendienst für eine gewisse Zeit von den Entwicklungshilfebudgets der Industrieländer übernommen werden. Außerdem sollen die Banken auf die Eintreibung der Schulden verzichten, die sie bereits abgeschrieben haben. Hankel beziffert die damit erreichbare jährliche Entschuldung auf jeweils 50 Mrd \$.

Die Schulden sollen nicht erlassen werden. Vielmehr soll der Schuldendienst in einheimischer Währung an die eigene Regierung bzw. deren Entwicklungsbank in einen nationalen „Gegenwertfonds“ eingebracht werden.

Die Gegenwertfonds könnten die Grundlage für einen funktionsfähigen nationalen Kapitalmarkt bilden und die finanzielle Abhängigkeit der Entwicklungsländer verringern. Ein „Lernschock“ der Dritten Welt würde eine zukünftige Wiederholung der Verschuldungskrise verhindern.

Etwas spärlich erscheinen hier die Maßnahmen zur zukünftigen Verhinderung von Verschuldungskrisen. Hankel hat jedoch an anderer Stelle auch für eine stärkere Kontrolle der Eurogeldmärkte und damit der Aktivitäten der transnationalen Banken plädiert.

Ob es tatsächlich so etwas wie einen Lernschock gegeben hat, der zur freiwilligen Begrenzung der Kreditaufnahme



führt, kann trefflich bezweifelt werden, da diejenigen, die über Entwicklungspfade und Wirtschaftsprozesse entscheiden, nicht Leidtragende im eigentlichen Sinne sind bzw. waren. Sieht man mal vom Plädoyer gegen eine exportorientierte Entwicklung ab, kommen Vorschläge für eine Reform der Weltwirtschaft in Richtung auf eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung (NIWO), die wahrscheinlich ein weit effektiveres Mittel zur zukünftigen Verhinderung von Verschuldungskrisen wären als eine freiwillige Selbstbeschränkung, zu kurz.

Bleibt als reale Entlastung nur der Verzicht der Banken auf die Forderungen, die sie bereits abgeschrieben haben. Diese werden sich dann in Zukunft hüten, weitere Forderungen abzuschreiben, zumal die Entwicklungshilfe den Schuldendienst übernehmen soll. Konkret heißt dies, daß die Dritte Welt keine Entwicklungshilfe mehr erhält, dafür aber den gesamten Schuldendienst, den sie ohnehin nicht aufbringen kann, für die eigene Entwicklung verwendet.

Was die Folgen einer Schuldenrückzahlung angeht, vertritt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memo-Gruppe) ähnliche Positionen, wobei ihre Lösungsvorschläge jedoch weit realistischer erscheinen (siehe Dokumentation).⁴ Sie geht davon aus, daß die Schulden nicht zu bedienen sind, da dies jährliche Leistungsbilanzüberschüsse in Höhe von 160 Mrd \$ erfordern würde, denen gleich hohe Defizite in den Industrieländern gegenüber stehen würden. Dies würde die Entwicklung der Dritten Welt hemmen und hierzulande beschäftigungs- und wachstumsdämpfend wirken. Gegenüber den gegenwärtigen Fall-zu-Fall-Lösungen schlägt die Memo-Gruppe eine multilaterale Regelung der Schuldenkrise vor, die in ein international ausgehandeltes Gesamtkonzept eingebettet wird, das mindestens die folgenden Punkte umfaßt: Die öffentlich vergebenen Kredite werden weitgehend gestrichen, wobei die Kosten die Entwicklungshilfeeats der Gläubigerländer zu tragen hätten. Im Gegensatz zum Hankel-Vorschlag sollen diese jedoch entsprechend aufgestockt werden.

Die Entschuldung privater Kredite wird

von einer neu einzurichtenden internationalen Organisation übernommen. Diese Organisation würde die Forderungen der Privatbanken mit einem Abschlag von 50% erwerben. Die Refinanzierung der Bankforderungen erfolgt durch Wertpapiere, die in Form unverzinslicher Zwangsanleihen durch jene Personen und Unternehmen in den Entwicklungsländern erworben werden müssen, welche Auslandsvermögen in den Gläubigerländern halten. Die beträchtlichen Kapitalfluchtgelder sollen vorrangig zur Lösung der Verschuldungskrise eingesetzt werden.

Durch diese Maßnahmen würden die Schulden auf etwa 240 Mrd \$ und der Schuldendienst auf ca. 24 Mrd \$ jährlich verringert werden. Die Teilnahme an diesem Entschuldungsplan soll erst möglich sein, wenn vom betreffenden Land die UN-Menschenrechtscharta eingehalten wird.

Die Reduzierung des Schuldendienstes stellt nach Meinung der Memo-Gruppe zwar für die Lösung der Krise eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung dar, da damit zukünftigen Verschuldungskrisen keineswegs vorgebeugt würde. Dafür müssen die hohen Leistungsbilanzüberschüsse einiger Industrieländer abgebaut und die internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen neu reguliert werden, um zu einer Stabilisierung der Rohstoff- und Agrarpreise zu kommen.

Der auch weiterhin hohe Bedarf an neuen Krediten für den Aufbau eines Investitionsgütersektors soll ausschließlich aus öffentlichen Quellen stammen. Projektbezogene Auflagen, die eine sinnvolle investive bzw. soziale Verwendung der Kredite sicherstellen, sollen zusammen mit demokratischen Institutionen des Schuldnerlandes erarbeitet werden. Obwohl dieses Konzept sicherlich die Schuldenkrise und auch die Entwicklungsprobleme einer Lösung näher bringen würde, bleiben einige Fragen offen. Der Vorschlag enthält keine Hinweise darauf, wie die Forderungen durchgesetzt werden können. Außerdem wird nicht erklärt, wie die Aufstockung der Entwicklungshilfeeats zur Bedienung der öffentlichen Schulden finanziert werden soll.

Problematisch sind aber auch einige darin enthaltene Punkte. Dazu gehört die Koppelung von Teilnahme am Entschuldungsplan und Einhaltung der UN-Menschenrechtscharta. Natürlich wäre die Einhaltung der Menschenrechte durch Dritte-Welt-Regierungen ein großer Fortschritt. Doch wer soll bewerten, welches Entwicklungsland bis zu welchem Grad die UN-Charta eingehalten hat?

Diese Art von Koppelung weist einen weiteren Mangel auf. Sie beinhaltet

nämlich die Drohung, die zur Not auch wahrgemacht werden müßte, die Entwicklungsländer nicht am Entschuldungsplan teilnehmen zu lassen und auf die Schuldenstreichungen zu verzichten. Dem liegt offensichtlich die falsche Vorstellung zugrunde, daß die Nichtgewährung der Streichung die herrschenden Klassen selbst treffe. Da aber die Kosten von Anpassung und Krise auf die Bevölkerung überwälzbar sind, würden sich deren Lebensbedingungen weiter verschlechtern. Damit hätte sich der humanistische Anspruch dieses Konzepts in sein Gegenteil verkehrt.⁵

Die Entscheidung, ob ein Land von der Entschuldung ausgenommen wird, sollte deshalb den dort lebenden Menschen und ihren demokratischen Organisationen vorbehalten werden. Nur in Fällen wie Südafrika, wo die Opposition eindeutig Wirtschaftssanktionen fordert, sollte auf eine Schuldenstreichung verzichtet werden.

Um zu verhindern, daß volksfeindliche Regimes in der Dritten Welt von einer Entschuldung profitieren, wäre es sinnvoll, die Befreiungskräfte in den jeweiligen Ländern stärker zu unterstützen, wie dies etwa von den GRÜNEN vorgeschlagen wird.⁷

In einem Antrag, den sie dem Bundestag unterbreitet haben, plädieren sie für eine umfassende Streichung der Schulden, da diese zu einer Überlebensfrage für breite Schichten der Bevölkerung geworden sei. Zielpunkt für eine alternative Lösungsstrategie ist hier die Befriedigung der Grundbedürfnisse der armen Schichten.

Um Alternativen zum herrschenden Schuldenmanagement durchzusetzen, ist auch in den Metropolen eine breite Mobilisierung notwendig

Die Streichung der Schulden sei für die Banken über ihre hohen Gewinne und Abschreibungen finanzierbar. Falls der Staat einspringen muß, soll dies nur gegen die Überlassung von Kontroll- und Eigentumsrechten durch die Banken geschehen. Die öffentliche Hand könnte die Streichung durch entsprechende Kürzungen im Rüstungsbudget leicht verkraften.

Diese Forderung bedeutet nach Ansicht des grünen Abgeordneten Ludger Vollmer (siehe Dokumentation) nur eine Chance, nicht aber die Gewißheit, daß sich nach der Überwindung der Krise eine grundbedürfnis- und binnenmarkt-orientierte Art des Wirtschaftens durchsetzt.⁷ Zum anderen zielt der Vorschlag zunächst auf die Überwindung einer besonderen Art internationaler Ausbeu-

tung — des finanzpolitischen Neokolonialismus — ab.

Unberührt bleiben die „normalen“ kapitalistischen Ausbeutungsformen. Für die GRÜNEN ist deshalb die Schuldenstreichung ein strategischer Ansatzpunkt zur Veränderung weltwirtschaftlicher Strukturen in Richtung auf eine Neue Weltwirtschaftsordnung.

„Die Schulden“, so Vollmer, „sollen (also) global nach einem einheitlichen Muster umfassend gestrichen werden, wobei länderspezifische Varianten möglich sein sollen.“ Der globale Ansatz bedeutet nach seiner Ansicht immanent, daß die von den Industrieländern kontrollierte Weltwirtschaft nachteilig für alle Entwicklungsländer ist. Durch die umfassende Schuldenstreichung wendet er sich gleichzeitig gegen die herrschende Methode, erst dann Zugeständnisse zu machen, wenn alle Erpressungsmethoden ausgereizt sind. Er setzt somit die Notwendigkeit der Streichung eines Großteils der Schulden voraus. Die Streichung bildet die Ausgangsprämisse von Verhandlungen, der sich andere Elemente flankierend bei- und unterordnen. Bei der Streichung der Schulden soll aber ein politisch festzulegender Restbetrag offenbleiben, der nicht ohne weiteres mitgestrichen wird. Dieser Punkt zielt auf die Mitschuld zahlreicher Dritte-Welt-Regierungen an der Verschärfung der Krise.

Vordringlich für eine solche Lösungsstrategie erscheinen den GRÜNEN ein sofortiges Moratorium, eine internationale Entschuldungskonferenz, die unter gleichberechtigter Teilnahme die Modalitäten für eine Streichung festlegt, eine Reform des IWF hin zum Prinzip „ein Land — eine Stimme“ und die Dezentralisierung der Weltbank. Beide sollen schließlich einen eigenständigen binnenorientierten Entwicklungsweg fördern.⁸

Die Strategie beinhaltet laut Vollmer die Umkehr der Entwicklungsrichtung von maximaler Weltmarktintegration hin zu einer Binnenmarktorientierung und zu regionaler wirtschaftlicher Integration. Die zum Aufbau einer tragfähigen Industriestruktur benötigten externen Mittel wären geringer als heute, da ein Teil des Schuldendienstes investiert werden könnte. Der Rest müßte als Kompensation für die jahrhundertelange Ausbeutung aus den Industrieländern kommen. Die Mittel könnten durch Abrüstung leicht finanziert werden.

Ob eine Schuldenstreichung durchgesetzt werden kann und die sich daraus ergebenden Chancen für die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in der Dritten Welt und für eine NIWO genutzt werden können, hängt laut Vollmer von den Kräfteverhältnissen in den Entwicklungs- und Industrieländern und

denen auf internationaler Ebene ab. Vollmer, der es versteht, seine Forderung nach globaler Schuldenstreichung gegen Kritik von rechts und links zu verteidigen, und der die Notwendigkeit des Zusammenwirkens der Oppositionskräfte weltweit betont, versäumt es jedoch, genauer den Nutzen herauszuarbeiten, den die Menschen in den Metropolen von einer Schuldenstreichung haben. Dies ist notwendig, um breitere Kreise für den Kampf gegen die jetzige Verschuldungspolitik zu gewinnen.

Obwohl der kubanische Staatschef Fidel Castro bei seinen Vorschlägen zur Lösung der Verschuldungskrise von den Interessen der Dritten Welt ausgeht, hat er zwei wichtige Punkte ausgemacht, wieso eine umfassende Schuldenstreichung auch im Interesse der Einwohner der Metropolen ist (siehe Dokumentation).⁹ Durch ihre Finanzierung über den Rüstungshaushalt würde der Frieden sicherer. Außerdem würden dann die Importe der Dritten Welt steigen und damit Ar-

schlag". Dieser nichtlegitime Schuldenanteil beziffert den durch Wucherzinsen entstandenen Zuwachs sowie den durch die künstliche Aufwertung des Dollar hervorgerufenen Teil. Eine globale Neuverhandlung der Schulden auf Regierungsebene – womit der politische Charakter der Verschuldungskrise herausgestrichen wird – muß dahingehend geführt werden, daß ersterer bezahlt, letzterer annulliert wird.

Nach Castro müßten und könnten die Verluste nicht nur aus Rücklagen und Gewinnen der Banken finanziert werden, ohne daß das internationale Finanzsystem in Mitleidenschaft gezogen würde, sondern auch durch eine Kürzung der Militärausgaben um 12%. Damit würde zudem die Grundlage für eine neue internationale Entspannungsphase geschaffen. Mittel- und langfristig müßte eine neue, gerechtere Weltwirtschaftsordnung geschaffen werden, damit nicht die alten Verschuldungsmechanismen wieder einsetzten. Ebenso wie bei Vollmer soll in einer NIWO der IWF beibehalten, jedoch grundlegend reformiert werden.

Ob der von Castro vorgeschlagene Weg durchsetzbar ist, (dies gilt für die Vorschläge der Memo-Gruppe und der GRÜNEN), hängt nicht nur von den internen Kräfteverhältnissen in den Entwicklungsländern selbst und der breiten Mobilisierung für eine alternative Wirtschaftspolitik ab. Es hängt auch ab von der Vereinheitlichung der Lösungsvorstellungen unter den einzelnen Entwicklungsländern.

Schließlich müßte sich eine solche Strategie zwischenimperialistische Widersprüche und Differenzen, wie sie etwa zwischen US- und europäischen Kapitalen bestehen, zunutze machen. Nicht zuletzt hat dieser Vorschlag eine weltpolitische Dimension. Er erfordert nämlich die globale Verringerung von Vernichtungskapazitäten, die ein erster Schritt zu einer vollständigen Abrüstung in Ost und West darstellen könnte.¹⁰

Vorschläge wie die von Castro, Vollmer und teilweise auch der Memo-Gruppe sehen in einer radikalen Entschuldung, die vor allem auf Kosten der Banken und der Rüstungshaushalte gehen soll, den Einstieg in eine Neue Weltwirtschaftsordnung. Die Perspektive ist ein Kapitalismus, der ohne Neokolonialismus auskommen müßte. Aus diesen Gründen sind sie auch schwer durchsetzbar, obwohl sie unabdingbar sind für eine Lösung der Verschuldungskrise.

Nicht nur hier, sondern auch in den Ländern der Dritten Welt müßten die Bewegungen, die für eine solche Perspektive eintreten, eine weit größere Kraft erlangen. So wird z.B. zwar in Lateinamerika die Forderung nach Schulden-

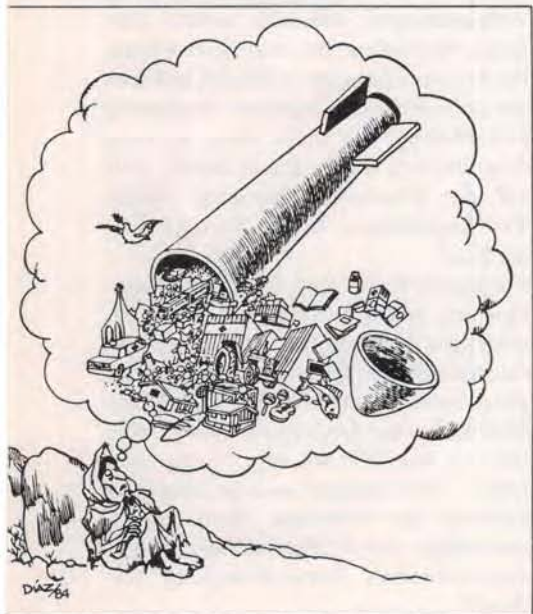
streichung und Ablehnung der IWF-Politik von Linksparteien und Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen erhoben, jedoch hat deren Kraft bisher nicht ausgereicht, ihre jeweiligen Regierungen zu kollektiver Gegenwehr zu drängen. Zwischenlösungen, wie sie etwa in Peru praktiziert oder von der SPD vorgeschlagen werden, haben somit größere Realisierungschancen.

Aber auch sie werden nur durchzusetzen sein, wenn hier entsprechender Druck ausgeübt wird und die Gegenkräfte in der Dritten Welt unterstützt werden. Dazu ist es jedoch notwendig, daß unterschiedliche soziale Bewegungen – Gewerkschaften, Friedensbewegung, Ökologie-, Frauen- und Solidaritätsbewegung – stärker zusammenarbeiten. Voraussetzung ist, daß die Betroffenheit der Metropolen durch die Schuldenkrise und die Vorteile, die sich bei einer Lösung ergeben würden, genauer analysiert werden. Die verschiedenen Lösungsvorschläge krankten vor allem daran, daß bisher kaum Analysen über die Zusammenhänge zwischen ökologischer Zerstörung und Verschuldung, zwischen Abrüstung und Entschuldung sowie über die Auswirkungen einer Schuldenstreichung auf die Entwicklungsländer und die Metropolen vorliegen.

Eine Präzisierung der alternativen Konzepte in diesen Punkten könnte zur Stärkung und Vereinheitlichung der Bewegung gegen die Verschuldungs- und IWF-Politik beitragen.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Antrag der Abgeordneten Hauchler u.a. und der SPD-Fraktion in: Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/826, 17.9.1987
- 2) Vgl. L. Vollmer, Schulden streichen! Plädoyer für einen strategischen Schritt zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung, in: Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise, Hamburg 1988, S. 149-168, hier S. 159f.
- 3) Vgl. W. Hankel, Schulden streichen, bevor der Kessel platzt, in: Der Gewerkschafter, Köln, Nr. 10/1987
- 4) Vgl. Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '88. Im Abschwung: Gegensteuern statt Steuerreform – Alternativen der Wirtschaftspolitik. Kurzfassung, Bremen 1988, S. 7-8
- 5) Vgl. L. Vollmer, Die Schulden streichen! ebd.
- 6) Vgl. Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Bundesdeutsche Beiträge zu Lösungsansätzen für die internationale Verschuldungskrise, in: Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/893, 6.10.1987
- 7) Vgl. L. Vollmer, Die Schulden streichen! ebd.
- 8) Vgl. Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, ebd.
- 9) F. Castro, Die Verschuldungskrise der Weltwirtschaft und die aufhaltsame Zerstörung des Kapitalismus durch die Banken, in: Leviathan, Opladen, Nr. 4/1985
- 10) Vgl. D. Boris, in: D. Boris u.a., Schuldenkrise und Dritte Welt, Köln 1987, S. 49



beitsplätze in den entwickelten Ländern gesichert.

Castro hat nachgewiesen, daß die Bedienung der Schulden der Dritten Welt schon rechnerisch und ökonomisch unmöglich ist. Sie von ihren hauptsächlichen Entstehungsmomenten her zu legitimieren und ihre Eintreibung durch die Gläubigerländer sei nicht zuletzt völlig unmoralisch, da dies das Elend breiter Bevölkerungsschichten in der Dritten Welt vergrößern würde. Die Rückzahlung der Schulden beinhalte einen mehrjährigen einseitigen Ressourcentransfer aus den Entwicklungsländern in die kapitalistischen Industrieländer, der negative Auswirkungen auf den Welthandel haben müsse.

Castro unterteilt die Schulden in einen legitimen Betrag und einen – weit größeren – nicht zu legitimierenden „Zu-

Alternativen zur Schuldenkrise

Wilhelm Hankel

Die Entwicklungshilfe soll den Schuldendienst übernehmen

Dr. Wilhelm Hankel, ehemaliger Präsident der Hessischen Landesbank, hat einen Vorschlag zur Lösung der Schuldenkrise unterbreitet, der im wesentlichen eine Entschuldung über den Entwicklungshilfshaushalt und die Abschreibungen der Banken vorsieht. Im folgenden Interview erläutert er sein Konzept.

FRAGE: Über 1000 Milliarden Dollar Auslandsschulden der Dritten Welt, eine Eins mit zwölf Nullen, einfach streichen – wie kann das im Interesse der Gläubigerländer liegen?

W. HANKEL: Das ist eine sehr einfache Überlegung, die noch nicht einmal viel mit Selbstlosigkeit zu tun hat. Man muß sich nur an die ökonomischen Gesetze erinnern.

Schulden von Nation zu Nation lassen sich nur über Exportüberschüsse tilgen. Wenn jetzt von der Dritten Welt in unvorstellbarem Maße Schuldendienst verlangt wird, heißt das: Sie soll Exportüberschüsse in dieser Höhe erzielen. Wenn wir darauf beharren, daß die Dritte Welt ihre Schulden bezahlt, müßten wir nicht nur auf eigene Exportüberschüsse verzichten, sondern auch auf Arbeitsplätze in allen Produktionsbereichen, in denen die Dritte Welt liefern kann oder könnte. (...)

FRAGE: Wenn die Dritte Welt die Schulden nicht begleicht – wer übernimmt die gigantische Zeche?

W. HANKEL: Ich habe vorgeschlagen, daß die öffentliche Entwicklungshilfe für eine begrenzte Zeit den Schuldendienst übernimmt, statt immer neue Projekte in den Sand der Entwicklungsländer zu setzen, was ja doch so etwas wie Industrieförderung für die Erste Welt darstellt.

FRAGE: Dadurch würden die Außenstände der Banken erst einmal wieder sicher.

W. HANKEL: Das hätte nicht nur segensreiche Folgen für die Bankwelt, sondern auch für die Weltwirtschaft. Die in den internationalen Zinsen verpackten Risikozuschläge fielen weg, und wir hätten mit einem Schlag die Möglichkeit, das Weltzinsniveau zu senken.

FRAGE: Und die Banken sollen ungeschoren aus dem von ihnen mitverursachten Desaster hervorgehen?

W. HANKEL: Wenn die Entwicklungshilfe auf diese Weise zu einer Art Hilfe für die Gläubigerbanken wird, dann sollen die dafür auch etwas zahlen, und zwar mindestens diejenigen Kredite, die sie bereits abgeschrieben haben. Viele Banken – besonders in Deutschland – schreiben ja notleidende Kredite an die Dritte Welt zu Lasten des Fiskus, also der Steuerzahler, ab. (...)

FRAGE: Würden die so beschafften Mittel zur Entschuldung der Dritten Welt ausreichen?

W. HANKEL: Die Weltentwicklungshilfe hat seit Jahren ziemlich konstant ein Nominalvolumen von etwa 50 Milliarden Dollar. Wenn ich dazu noch einmal 50 Milliarden nehme, die

die Banken aus ihren abgeschrieben, also bereits voll finanzierten Forderungen einschießen, kämen wir auf ein ganz beachtliches Entschuldungsprogramm mit einem Jahresvolumen von 100 Milliarden Dollar. Das deckt ziemlich genau den Schuldendienst, den die Dritte Welt inzwischen allein bei den Privatbanken zu leisten hat.

FRAGE: Wenn die Entwicklungshilfe voll in den Schuldendienst flösse, wäre die Dritte Welt zwar entlastet. Aber neues Geld käme dort dann nicht mehr an.

W. HANKEL: Um hier einen Ersatz zu schaffen, habe ich vorgeschlagen, nach dem Muster des Marshall-Plans zu verfahren, der ja ein hervorragendes Modell zum Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg war.

Das heißt: Die Entwicklungshilfe soll den Devisentransfer an die Banken übernehmen, aber der Schuldner im Entwicklungsland, der früher irgendwann den Kredit erhalten hat, soll seine Schulden nicht erlassen bekommen. Er soll Zins und Tilgung nur nicht mehr an die Gläubigerbank im Ausland zahlen, sondern an die eigene Regierung oder deren Entwicklungsbank.

FRAGE: Was soll mit diesem Geld geschehen?

W. HANKEL: Damit ließen sich nationale Entwicklungsbudgets speisen, aus denen die Regierungen der Dritten Welt eine in inländischer Währung finanzierte Aufbauarbeit leisten könnten. (...)

FRAGE: Die entschuldeten Länder wären wieder kreditwürdig. Wie wollen Sie sicherstellen, daß dann nicht alles von vorn beginnt?

W. HANKEL: Dieses alte Schuldenspiel darf sich nie wiederholen. Aber ich glaube, die Drit-

te Welt hat einen Lernschock erlebt. Außerdem gehört zu dem Modell der Entschuldung neben der Gegenwertbildung noch ein zweites Element: Die Dritte Welt müßte als Gegenleistung dafür, daß ihr die Schulden abgenommen werden, bereit sein, ihren Schuldenstand künftig zu begrenzen.

Das ist die Lehre aus der Schuldenkrise, und ich meine, daß die Dritte Welt heute mehr Verständnis hat für eine solche Kontrollbestimmung als vor der Krise.

FRAGE: Ihr Entschuldungsmodell würde bedeuten, daß die meisten Entwicklungsländer eine völlig andere Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik betreiben müßten, als es heute mit Hilfe und auch auf Druck des Westens geschieht.

W. HANKEL: Ja, ich würde sagen: eine wesentlich vernünftigeren Politik. Denn dadurch, daß die Entwicklungshilfe in Devisen gegeben wurde, ist in fast allen Entwicklungsländern ein Drall zu devisenaufwendigen Investitionen entstanden.

Es ist sehr fraglich, ob das richtig und vernünftig war. Es war schon immer falsch zu glauben, daß Entwicklung mit Weltmarktintegration beginne. Unsere eigene Entwicklung zeigt, daß keines der heutigen Industrieländer sich vom Export her entwickelt hat. Alle haben erst einmal Binnenwirtschaften aufbauen müssen. Erst als unsere Binnenproduktion größer wurde, als wir selbst zu Hause aufnehmen konnten, wurden wir zu Exportnationen.

In der Dritten Welt verhält es sich kein bißchen anders. Sie muß sich von innen her entwickeln, sie muß leistungsfähige Binnenmärkte aufbauen. Und sie darf auch nicht durch die Schuldenkrise dazu gezwungen werden, Exportüberschüsse zu machen. Eigentlich steht dahinter etwas ganz Schreckliches, nämlich der Zugriff auf die Ressourcen der Dritten Welt, die ihr durch die herrschende Schuldendienst-Philosophie weggenommen und den Kreditgläubigern nutzbar gemacht werden. (...)

(Quelle: Der Gewerkschafter, Köln, Nr. 10/1987)

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik Wege zur Lösung der internationalen Schuldenkrise

In ihrem diesjährigen Memorandum '88 unterbreitet die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik auch einen Vorschlag zur Lösung der Schuldenkrise. Wir dokumentieren den entsprechenden Abschnitt (Nr. 9) der Kurzfassung des Memorandums.

Dringend erforderlich ist eine Initiative der Bundesrepublik zur Lösung der internationalen Schuldenkrise. Eine vollständige Bedienung der Auslandsschulden durch die hochverschuldeten Entwicklungsländer ist nicht zu erwarten und würde die Weltwirtschaft auf lange Sicht belasten.

Die Entwicklungsländer müßten hierzu jährliche Leistungsbilanzüberschüsse von ca. 160 Mrd US-Dollar erzielen. Ein solcher Ressourcenabfluß aus den Schuldnerländern, wie er durch die Außenpolitik des Internationalen Währungsfonds gegenwärtig erzwungen wird, ist sozial nicht vertretbar und aus entwicklungspolitischer Sicht absurd. Während in den hochentwickelten Industrieländern Exportüberschüsse einkommens- und beschäftigungsfördernd wirken, behindern sie in den Entwicklungsländern den Entwicklungsprozeß. Statt die knappen Produktionskapazitäten und das relativ geringe Potential qualifizierter Arbeitskräfte für den Ausbau der nationalen

Produktions- und Infrastruktur und für die Verbesserung der inneren Güterversorgung nutzen zu können, müßten diese Länder ihre Waren auf überfüllten Märkten in den Industrieländern verschleudern und den Devisenerlös an die Gläubigerbanken abführen.

Umgekehrt müßten die Gläubigerländer über Jahrzehnte hohe wachstumsdämpfende Importüberschüsse im Handel mit den Entwicklungsländern hinnehmen, bei gleichzeitig unausgelasteten Produktionskapazitäten im Innern. Große Teile der Welt würden mit dieser Strategie der wirtschaftlichen Stagnation und sozialen Verelendung preisgegeben. Dies hätte verheerende Wirkungen für die wirtschaftliche und politische Stabilität der Weltwirtschaft und bedeutete eine langfristige Hypothek für den Welthandel.

Eine Rückzahlung und Bedienung der Schulden wäre somit zum Nachteil sowohl der Schuldner- als auch der Gläubigerländer. Dies wird zunehmend auch von Seiten einiger Regierungen und von Teilen der Gläubigerbanken erkannt. Erste praktische Konsequenzen hieraus wurden z.B. im sogenannten „Mexiko-Deal“ gezogen. Solange es jedoch bei solchen Fall-zu-Fall-Lösungen bleibt, durch die jeweils nur die akutesten Problemfälle angegangen werden, muß mit einem langfristigen „Dahinschweben“ der Schuldenkrise mit negativen Auswirkungen für die Weltwirtschaft gerechnet werden.

Erforderlich ist demgegenüber eine multilaterale Regelung der Schuldenkrise im Rahmen eines international ausgehandelten Gesamtkonzepts, das im wesentlichen folgende Punkte enthalten muß:

- Öffentlich vergebene Kredite an die Entwicklungsländer müssen weitgehend gestrichen werden. Die Kosten tragen die Entwicklungshilfeeinrichtungen der Gläubigerländer, die entsprechend aufzustocken sind.

- Die Entschuldung von privat vergebenen Krediten wird einer neu einzurichtenden internationalen Organisation übertragen. Das Verhalten der Vertreter der Regierungen in dieser Institution wird unmittelbar von den nationalen Parlamenten kontrolliert.

- Diese internationale Organisation erwirbt alle gegenüber den Entwicklungsländern bestehenden Forderungen der Privatbanken. Diese geben ihre Forderungen mit einem Abschlag ab, der ca. 50% des ursprünglichen Buchwertes beträgt.

- Die Refinanzierung der Bankenforderungen (bei einem Abschlag von 50% sind das ca. 270 Mrd \$) erfolgt durch die Ausgabe von Wertpapieren. Diese Papiere sind vorrangig in Form von unverzinslichen Zwangsanleihen durch jene Personen bzw. Unternehmen in den Schuldnerländern zu erwerben, die Auslandsvermögen in den Gläubigerländern halten. Vor allem infolge von Kapitalflucht ist z.B. das Auslandsvermögen Lateinamerikas auf ca. 200 Mrd \$ angewachsen, bei ca. 400 Mrd \$ Schulden. Diese Mittel müssen vorrangig zur Lösung der Schuldenkrise mobilisiert werden.

- Durch diese und einige weitere Maßnahmen reduzieren sich die Verbindlichkeiten der Entwicklungsländer auf ca. 240 Mrd \$. Der erforderliche Schuldendienst hierauf dürfte die Größenordnung von 24 Mrd \$ nicht überschreiten und für die meisten Schuldnerländer finanzierbar sein.

- Die Teilnahme eines Schuldnerlandes an diesem Entschuldungsplan setzt voraus, daß die UN-Menschenrechtscharta eingehalten wird. Andere Bedingungen, wie sie z.B. bisher vom Internationalen Währungsfonds gestellt werden, sind nicht zulässig.

Die drastische Reduzierung der Schuldenlast der Entwicklungsländer stellt eine notwendige Voraussetzung für die Einleitung eines neuen Entwicklungsprozesses dar. Dieser muß mit

Maßnahmen verbunden werden, die zukünftig das Entstehen einer neuen Verschuldungskrise verhindern. Die wichtigsten Ursachen dieser Krise liegen in weltwirtschaftlichen Fehlentwicklungen (u.a. drastische Schwankungen von Rohstoffpreisen, Wechselkursen und Zinsen, Protektionismus der Industrieländer), die von den einzelnen Entwicklungsländern nicht zu beeinflussen waren.

Eine Beendigung der Politik der hohen Leistungsbilanzüberschüsse — hier sind insbesondere die Bundesrepublik und Japan gefordert — und eine Neuorganisation des internationalen Währungs- und Finanzsystems sind zentrale Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Außenwirtschaftsbeziehungen der Entwicklungsländer und der Weltwirtschaft insgesamt. Notwendig ist zudem eine Stabilisierung der Rohstoff- und Agrarpreise (Ausgleichsfonds) und ein Abbau von Handelshemmnissen für Produkte aus den Entwicklungsländern insbesondere im Rahmen der EG. Dies soll nicht der Förderung von Exportoffensiven der Entwicklungsländer dienen, sondern ihnen eine längerfristige Kalkulation und Absicherung ihrer Exporterlöse ermöglichen.

Damit werden die Voraussetzungen für eine kontrollierte Einbindung dieser Länder in die internationale Arbeitsteilung verbessert. Dabei können für die Mehrzahl der Entwicklungslän-

der Exporte nur ein begrenztes Mittel zur Finanzierung einer inneren Entwicklung darstellen. Die sozialen Verhältnisse im Inneren erfordern vor allem eine Versorgung mit Gütern zur Befriedigung von Grundbedürfnissen (Stärkung der inneren Absorption). Hinzu kommt ein erheblicher Importbedarf bei Investitionsgütern. Deshalb ist auch langfristig mit Handelsbilanzdefiziten und damit Bedarf an neuen Krediten zu rechnen.

Eine wesentliche Lehre aus der gegenwärtigen Verschuldungskrise ist, daß diese Neukredite zukünftig ausschließlich aus öffentlichen, möglichst internationalen Finanzquellen stammen und mit festen und niedrigen (subventionierten) Zinsen ausgestattet sein müssen. Auflagen, die eine allgemeine Steuerung der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Kreditnehmerländer beinhalten, sind dabei unzulässig. Projektbezogene Auflagen hingegen, die eine sinnvolle investive, infrastrukturelle bzw. soziale Verwendung der Kredite gewährleisten, müssen in Zusammenarbeit mit demokratischen Institutionen des Schuldnerlandes erarbeitet werden.

(Quelle: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum '88. Im Abschwung: Gegensteuern statt Steuerreform — Alternativen der Wirtschaftspolitik. Kurzfassung, Bremen 1988, S. 7-8)

SPD-Bundestagsfraktion

Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen verändern

Im Rahmen einer Bundestagsdebatte am 8.10.1987 über die Verschuldungskrise hat die SPD-Fraktion einen Antrag eingebracht, in dem Lösungsvorschläge unterbreitet wurden. Wir dokumentieren ihn in Auszügen.

Die Verschuldung der Dritten Welt hat sich zu einer globalen Herausforderung entwickelt. Sie belastet die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, beeinträchtigt die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in vielen Ländern des Südens und gefährdet das internationale Finanzsystem. (...)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Zusammenwirken mit der Europäischen Gemeinschaft die Initiative zu ergreifen, um unverzüglich Grundzüge zur Lösung der Schuldenkrise zu vereinbaren. Dazu gehören:

- Erlass der Schulden für am wenigsten entwickelte Länder, vor allem der südlich der Sahara gelegenen, sowie — in besonders begründeten Fällen — ein teilweiser Erlass der Schulden anderer Entwicklungsländer.

- Umschuldung der noch verbleibenden Auslandsschuld der Dritten Welt durch Verlängerung der Rückzahlungsfristen; (...)

- Einführung einer Obergrenze der Zinssätze ggfs. auch unterhalb des jeweiligen Marktzins für die Schulden der Entwicklungsländer; (...)

- Festlegung einer festen oberen Grenze für den Anteil der Exporterlöse, der für den Schuldendienst verwendet werden soll. Diese obere Grenze sollte in Anlehnung an die noch in den 70er Jahren typische Relation bei höchstens 20% der Exporterlöse liegen;

- Wahlmöglichkeiten für die Schuldnerländer, ihre Verbindlichkeiten in anderen als den ursprünglich vereinbarten Währungen zu erfüllen (z.B. ECU anstelle von US-Dollar). (...)

Im Rahmen eines solchen umfassenden Konzeptes können auch Einzelmaßnahmen wie die Übertragung von Gläubigerrechten auf nationale Entwicklungsfonds, die Umwandlung von Kreditforderungen in Beteiligungen, die Umwandlung von kurzfristigen Forderungen in langfristig verbrieftete Schuldtitel usw. hilfreich sein.

Der beste Weg zur Realisierung eines umfassenden Konzeptes zur Lösung der Schuldenkrise ist eine Internationale Schuldenkonferenz. An ihr sollten neben den Schuldner- und Gläubigerstaaten die Gläubigerbanken, der IWF, die Entwicklungsbanken sowie der Wirtschaftsausschuß der Vereinten Nationen teilnehmen. Dessenungeachtet müssen wirksamere institutionelle Voraussetzungen für eine Lösung der Schuldenkrise geschaffen werden.

II. Die Schuldnerländer sollten eine Politik verfolgen, die die Einhaltung der Umschuldungsabkommen sichert. Die Abkommen müssen die Erfüllung der Grundbedürfnisse der betroffenen Menschen und die Entwicklungsnotwendigkeiten der jeweiligen Länder berücksichtigen. Den Entwicklungsländern sollen keine Bedingungen gestellt werden, mit denen letztlich die Freiheit des Schuldnerlandes eingeschränkt würde, über sein Wirtschaftssystem selbst zu entscheiden. Die notwendigen Effizienz-Kriterien müssen jedoch beachtet werden. (...)

Die Schuldnerländer sollten auch Maßnahmen ergreifen, um soziale Mindeststandards einzuführen und Rüstungsausgaben zu begrenzen. (...)

Erhebliche Probleme sind der Kapitalexport und die Kapitalflucht aus den Entwicklungsländern. Eine wirtschaftliche Erholung in den Entwicklungsländern würde von selbst zu einem teilweisen Rückfluß von Kapital führen. Den Entwicklungsländern fällt die Aufgabe zu, dafür durch ihre Wirtschaftspolitik die Voraus-

setzungen zu schaffen. Sie müssen zugleich durch geeignete gesetzliche Maßnahmen die Kapitalflucht bekämpfen. Die Gläubigerländer müssen diese Maßnahmen unterstützen.

III. Die Gläubigerländer sollten durch eine ökologisch untermauerte und sozial verträgliche Wachstumsstrategie zur Belebung des Welthandels beitragen. Dadurch würden sich auch die Absatzchancen der Entwicklungsländer verbessern. Darüber hinaus müssen sie ihre Märkte für die Erzeugnisse der Entwicklungsländer, vor allem auch auf den Sektoren der verarbeiteten und landwirtschaftlichen Produkte, öffnen und Maßnahmen zur Stabilisierung der Rohstoffpreise unterstützen. (...) Die Gläubigerländer sollten die Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit steigern... (...)

IV. Die Möglichkeiten von IWF, Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken zur Lösung der Schuldenkrise beizutragen, müssen gestärkt werden. Dazu gehören insbesondere:

- Der IWF muß bei seiner Auflagenpolitik die Verbesserung der langfristigen Wachstumsbedingungen und damit die Voraussetzungen für mehr Beschäftigung in den Mittelpunkt stellen. Die Auflagen des IWF müssen sozial verträglich sein;

- der IWF muß stärker als bisher die Politik der Gläubigerländer in seine Kontrolle einbeziehen;

- die Rüstungshaushalte der Schuldnerländer müssen stärker als bisher in die Auflagenpolitik des IWF einbezogen werden;

- die finanzielle Ausstattung von Weltbank, Internationaler Entwicklungsorganisation (IDA) und der regionalen Entwicklungsbanken ist zu erweitern.

Das Stimmrecht der Entwicklungsländer in diesen internationalen Institutionen ist zu verbessern.

V. Die privaten Kreditinstitute müssen ihr finanzielles Engagement zur Lösung der Schuldenkrise verstärken. (...)

VI. Wenn diese Maßnahmen nicht nur eine akute Krise abwenden, sondern langfristig dazu beitragen sollen, das internationale Verschuldungsproblem zu lösen, so müssen die finanzpolitischen und technischen Vorkehrungen durch eine Verbesserung der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der entwicklungspolitischen Strategie flankiert werden. (...)

Die zukünftige Zahlungs- und Kreditfähigkeit der Schuldner hinsichtlich der alten Schulden wie auch neuer Kredite wird nur zu erreichen sein, wenn die bisherigen strukturellen Nachteile der Entwicklungsländer abgebaut wer-

den. Dies erfordert nicht nur ein Überdenken der Formen der Hilfe, sondern auch eine Verbesserung der Handelsbedingungen für die Dritte Welt. (...)

Letzten Endes muß ein langfristiger Werttransfer von Norden nach Süden in Gang kommen, der nicht allein an der kurzfristigen Rentabilität einzelner Maßnahmen ansetzt, sondern auf die gesamtwirtschaftliche Effizienz von Wirtschaftspotential, -strukturen und -prozessen in den Entwicklungsländern ausgerichtet ist. Dazu gehören vor allen Dingen ein höheres Know-how, mehr Unternehmens- und Markteffizienz, Ausbau der Infrastruktur und effektiver Verwaltung.

Bei der Vergabe neuer Kredite sollte im Unterschied zu der Praxis der 70er und 80er Jahre von realistischen Wachstums- und Rentabilitätsmaßnahmen ausgegangen werden. Die Zinsen und die Tilgungsfristen sind entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Entwicklungslandes festzusetzen. Neue Finanzmittel müssen in produktive Verwendungen und nicht in ein finanzielles Recycling von Forderungen gesteckt werden.

VII. Unabhängig von den erforderlichen internationalen Vereinbarungen zur Lösung der Schuldenkrise soll die Bundesrepublik Deutschland jetzt schon folgende Maßnahmen ergreifen:

- Die Bundesregierung soll von der jetzt schon haushaltsrechtlich bestehenden Möglichkeit, über den Kreis der ärmsten Länder (LDC) hinaus öffentliche Schulden von Fall zu Fall zu erlassen, entschiedener Gebrauch machen und dies auch in die Verhandlungen des Pariser Clubs entsprechend einbringen.

- Die Rückflüsse aus der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit (FZ) in den Bundeshaushalt sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Die Tilgungsbeträge und die Zinsen aus Darlehen sollen nach Prüfung im Einzelfalle erlassen oder nationalen Entwicklungsfonds der betreffenden Länder zur Förderung von vereinbarten Vorhaben zugeführt werden.

- Entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion „Zukunftsprogramm Dritte Welt“ sollen durch Einsparungen im Verteidigungshaushalt Mittel in Höhe von 1 Mrd DM in einen Nationalen Fonds der Bundesrepublik eingebracht werden, der der Internationalen Entwicklungsorganisation IDA zur Verfügung gestellt wird, solange der im „Zukunftsprogramm Dritte Welt“ vorgesehene Internationale Sonderfonds, in den durch Abrüstung in Ost und West freiwerdende Mittel fließen sollen, noch nicht errichtet ist.

(Quelle: Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/826, 17.9.1987)

ASK

Was kann getan werden?

In einem zum Start der IWF-Kampagne erstellten Informationsblatt bezieht das Antimperialistische Solidaritätskomitee für Asien, Afrika und Lateinamerika (ASK) Detailpositionen zu seinen Lösungsvorstellungen in Sachen Schuldenkrise.

Die Schulden der Dritten Welt sind unbezahlbar. Darin sind sich Experten und Politiker einig, von Helmut Schmidt bis Fidel Castro. Umstritten ist nur, wer die Kosten der Krisenbereinigung tragen soll. Ob die Probleme auf Kosten oder zum Nutzen der Mehrheit gelöst werden, hängt deshalb auch von unserem eigenen Handeln ab!

Klar ist: Lösungen im Interesse von Mehrheiten können nicht von einer Politik erwartet werden, die auf Hochrüstung, wirtschaftlicher Abhängigkeit und Ausbeutung, sozialer Ungerechtigkeit und politischer Erpressung gegründet ist. Solche Lösungen sind nur möglich, wenn überkommene Privilegien und Diskriminierungen zugunsten von mehr Gleichheit und gleichberechtigter Zusammenarbeit zwischen Völkern und Staaten überwunden werden. Was innerhalb einzelner Länder als erstrebenswert gilt, muß auch international durchgesetzt werden: Notwendig ist deshalb eine umfassende Demokratisierung der Weltpolitik und Weltwirtschaft. Die von den Entwicklungsländern seit Jahren geforderte Neue Weltwirtschafts-

AIB-Sonderhefte



3-4/1987: Südliches Afrika



1/1988: Mittelamerika



2/1988: Korea

Preis: 2,50 DM (zzgl. 0,60 DM Porto); ab 10 Expl. 33% Rabatt; Bestellungen unter 10 DM gegen Vorauszahlung (z. B. in Briefmarken oder mit Abbuchungsvollmacht); bitte Bestellkarte im Heft benutzen!

ordnung wäre ein Schritt in diese Richtung. Doch ohne eine Streichung der Auslandsschulden müssen solche Perspektiven auf Dauer eine Illusion bleiben. Die Forderung nach einem globalen Schuldenerlaß gewinnt deshalb bei immer mehr Menschen an Popularität und Unterstützung.

- Globaler Schuldenerlaß bedeutet: Im Unterschied zu der bislang vorherrschenden Fall-zu-Fall-Praxis, bei der die Entwicklungsländer gegeneinander ausgespielt werden, muß die Schuldenfrage auf politischem Wege geklärt, d.h. global neu ausgehandelt werden. Als einziges universell anerkanntes Forum kommt dafür die UNO in Frage; nur hier können die Entwicklungsländer ihre Interessen gleichberechtigt in die Waagschale werfen.

- Die Zinssätze müssen wieder auf das Niveau der siebziger Jahre zurückgeführt werden. Das ist auch mit Blick auf die Neubestimmung der Auslandsschuld und die Unterscheidung von „legitimen“ und „illegitimen“ Schulden unverzichtbar.

- Der IWF und die Weltbank dürfen nicht länger als ordnungspolitische Interventions- und Erpressungsinstrumente gegen die Ent-

wicklungsländer benutzt werden. Ihre Doktrinen müssen revidiert, ihre Strukturen nach dem Prinzip „Ein Land – eine Stimme“ gründlich demokratisiert werden.

- Um eine Abwälzung der Kosten der unabdingbaren „Entschuldung“ auf die Bevölkerung in den Industriestaaten zu verhindern, sind diese aus eingesparten Rüstungsausgaben zu finanzieren. Der begonnene Abrüstungsprozeß muß also auch aus diesem Grund energisch vorangetrieben werden. Die dabei freierwerdenden Finanzmittel sind für Entwicklungszwecke einzusetzen.

Die Verwirklichung solcher Vorstellungen wird bislang durch ein Machtkartell aus privaten Großbanken, Regierungen und internationalen Finanzorganisationen blockiert. Notwendig ist deshalb politischer Druck von unten, in Industrieländern ebenso wie in Entwicklungsländern. Nur wenn immer mehr Menschen begreifen, daß Fragen der Weltwirtschaftsordnung nicht nur eine Angelegenheit für Verhandlungen auf höchster Ebene sind, sondern ihre ureigensten Interessen berühren, können die überfälligen Veränderungen durchgesetzt werden.

wollten gar keine Schuldenstreichung, weil sie damit ihre Kreditwürdigkeit und so den Zugang zu neuen Krediten verlören. Dieser Einwand widerlegt sich selber, gibt er doch selbst den Grund für den vorgeblichen Verzicht der Entwicklungsländer an. Solange einem einzelnen Land Schulden gestrichen werden, führt dies tatsächlich zum Verlust der Kreditwürdigkeit. Das Bild sieht aber völlig anders aus, wenn es zu globalen Erlassen kommt. (...)

Die Behauptung der Konservativen, durch Schuldenstreichung belohne man die schlechten Schuldner und bestrafe indirekt und demotiviere die guten, ist abwegig. Sie unterstellt, daß Zahlungsrückstände reiner Bössartigkeit geschuldet seien. Und sie unterstellt, daß gute Schuldner immer gute bleiben. Für beides gibt es keine Belege. (...)

Das Lieblingsthema der Konservativen, aber auch angeblich Fortschrittlicher, ist die Kapitalflucht. Sie ist, zugegeben, ein wichtiges Element beim Zustandekommen der immensen Schulden gewesen, auch wenn die Höhe überhaupt nicht zu beziffern ist. Die von interessierter Seite vorgelegten Zahlen krankten mindestens daran, daß aus ihnen nicht hervorgeht, welche Gelder im einfachen, normalen, unanstoßigen Geschäftsverkehr ins Ausland gingen und welche spekulativ und zwecks eigener Bereicherung per Flucht transferiert wurden. Es gibt einen zweiten Haken: Warum wollen ausgerechnet diejenigen, die den als Marktwirtschaft bezeichneten Kapitalismus zur globalen Ordnungsform erklären wollen, anderen verbieten, sich genau entsprechend den kapitalistischen Maximen zu verhalten. Nämlich Gelder genau dort anzulegen, wo sie bei möglichst niedrigem Risiko maximale Rendite bringen. (...)

Und dann fragen die Konservativen, wer denn alles bezahlen soll, wenn die Banken ihrer Forderungen verlustig gingen. Hierauf kann es nur eine Antwort geben. Wenn das wirtschaftspolitische Credo der Konservativen gelten soll: „Wem das Risiko – dem der Gewinn“, muß auch umgekehrt klar sein: „Wem der Gewinn – dem das Risiko.“ Seit dem Börsencrash vom Oktober 1987 wissen wir, daß das Finanzsystem – mag man es begrüßen oder nicht – eine drastische Kapitalvernichtung nicht nur aushält, sondern hin und wieder geradezu sucht. Allein in den ersten beiden Tagen des Crashes wurden 1000 Mrd \$ vernichtet, exakt die Summe, mit der die „Dritte Welt“ verschuldet ist. Eine Schuldenstreichung dürfte eine erheblich konstruktivere Form der Kapitalvernichtung sein als der unregelmäßige Zusammenbruch spekulativ angehäufter Geldpyramiden. (...)

Ein mögliches Szenario – völlig utopisch?

Der in der Diskussion entwickelte Bedingungsrahmen für eine Schuldenstreichung muß operationalisiert werden. Es wäre z.B. folgendes grobe Rahmenszenario denkbar:

Ab sofort wird ein Moratorium für die Rückzahlung von Krediten und Zinsen beschlossen. Es wird eine internationale Entschuldungskonferenz einberufen, in der gleichberechtigten Gläubiger- und Schuldnerländer, Regierung und Opposition, Banken und IWF vertreten sind.

Die Vertretungen der Industrieländer gestehen ein, daß ihre aggressive Wirtschafts- und Finanzpolitik die Verschuldung wesentlich mit verschuldet hat. Man einigt sich darauf, diese Mitschuld mit einem hohen Prozentsatz an den gesamten Auslandsschulden der „Dritten Welt“ anzusetzen. Die Industrieländer erklären einen sofortigen Forderungsverzicht in dieser Höhe. Sie tragen das Problem der Verteilung der Kosten dieser Teilstreichung in ihre innenpolitische Diskussion.

Die Entwicklungsländerregierungen akzeptie-

Ludger Vollmer

Die Schulden streichen!

Ludger Vollmer, Bundestagsabgeordneter der GRÜNEN, sieht als Voraussetzung für eine Lösung der Schuldenkrise eine globale und umfassende Streichung der Schulden. Im folgenden Beitrag erläutert er die Notwendigkeit dieser Forderung.

So absurd kann die Realität sein: Ausgerechnet diejenigen, die wirklich überhaupt keine Schuld an der Verschuldung trifft, die armen Bevölkerungsschichten der „Dritten Welt“, sind die TrägerInnen von Last und Leiden. Deshalb kann jemand, der sich rigoros auf den Interessenstandpunkt dieser Menschen stellt, als Alternative zum herrschenden Krisenmanagement nur fordern: Die Schulden müssen umfassend gestrichen werden! (...)

Die Forderung nach globaler, umfassender Schuldenstreichung hat zwei Grenzen. Zunächst einmal bedeutet sie nur die Chance, nicht aber die Gewißheit, daß sich nach Überwindung der zugespitzten Krise in den „Dritte-Welt-Ländern“ eine grundbedürfnis- und binnensorientierte Wirtschaftsweise durchsetzen kann. (...)

Abgesehen von diesem Problem kann die Schuldenstreichung auch ein zweites nicht endgültig lösen. Sie beseitigt nur eine besondere Möglichkeit der Ausbeutung. Aber auch wenn diese Auswüchse des finanzpolitischen Neokolonialismus beseitigt sind, bleibt der ganz normale Kapitalismus, der über Handel und Direktinvestitionen dafür sorgt, daß die Armen ärmer und die Reichen reicher werden. Die Forderung nach Schuldenstreichung kann also nur der Einstieg in eine erneute umfassende Diskussion weltwirtschaftlicher Strukturen sein, die zu der erweiterten Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung führen muß.

In diesem Sinne aber ist die Forderung nach Streichung der Schulden ein zentraler strategischer Ansatz. Die Opposition darf sich nicht damit begnügen, einerseits Universalforderungen wie weltweite Abschaffung des Kapitalismus aufzustellen und andererseits an alternativen Detailkonzepten zum Umbau der bestehenden Institutionen zu basteln. Sie muß dort

mit Vorschlägen und Forderungen gezielt eingreifen, wo gerade an einer wichtigen strategischen Einzelfrage ein objektiver Entscheidungsbedarf besteht. Dies ist bei der Schuldenfrage der Fall. (...)

Diese Forderung unterscheidet sich sehr deutlich von dem Fall-zu-Fall-Ansatz des herrschenden Managements. Der hier vertretene globale Ansatz impliziert, daß die Industrieländer zugeben müssen, daß die von ihnen kontrollierten weltwirtschaftlichen Zusammenhänge für alle Entwicklungsländer gleichermaßen nachteilig sind. (...)

Die Forderung, Schulden umfassend zu streichen, wendet sich gegen die herrschende Methode, erst dann Abstriche an den Verbindlichkeiten zuzulassen, wenn alle Methoden der Erpressung ausgereizt sind. (...)

Der Begriff der umfassenden Streichung läßt einen politisch zu diskutierenden und festzulegenden Restbetrag offen, der nicht oder nicht ohne weiteres gestrichen wird. Dies reflektiert darauf, daß tatsächlich zahlreiche Entwicklungsländerregierungen eine deutliche Mitschuld an der Zuspitzung der Krise trifft. Korruption, Kapitalflucht, Waffenkäufe, hemmungslose Bereicherung sind nicht zu unterschätzende Größen. (...)

Während die Streichung der Schulden, also ein Verzicht von Seiten der Industrieländer, neue Entwicklungschancen eröffnet, ist die Frage, ob die Chancen auch wirklich im Sinne der Armutsbekämpfung genutzt werden, im wesentlichen abhängig von den Kräfteverhältnissen im betroffenen Land. Nur wenn demokratische, emanzipatorische Kräfte sich durchsetzen können, dürfte sich etwas Grundlegendes ändern. Gleichzeitig müssen fundamentale Strukturveränderungen in den Industrieländern vorgenommen werden, wenn von dort nicht wiederum Impulse ausgehen sollen, die erneut in dieselbe Misere führen. (...)

Kritik von rechts

Gegen den von konservativer Seite erhobenen Haupteinwand, die Probleme der Entwicklungsländer seien hausgemacht, wurde schon hinreichend argumentiert. Ein weiterer Einwand ist, die Entwicklungsländer selbst

ren, daß der Restbetrag ihrer Mißwirtschaft geschuldet ist. Sie bitten trotzdem auch um Erlaß eines Großteils dieses Betrages, weil sie nicht in der Lage sind, ihn zurückzuzahlen, sich aber von der Last der Zahlungsverpflichtungen lösen wollen, um die Entwicklung ihrer Länder endlich neu beginnen zu können. Die Industrieländer erklären sich grundsätzlich zu weiteren Forderungsverzichten bereit, wollen aber Sicherheiten für die Versprechungen der Schuldnerregierungen.

Es wird gemeinsam ein Plan entwickelt, wie Zug um Zug ein weiterer Teilschuldenerlaß und eine weitere Demokratisierung von Politik und Wirtschaft im Schuldnerland organisiert werden kann.

Die Konferenzteilnehmer werden sich einig, daß ein Rückfall in die Misere verhindert werden müsse. Sie akzeptieren deshalb erstens die prioritäre Orientierung der Volkswirtschaften der Entwicklungsländer auf die Versorgung der Bevölkerung mit Grundbedarfsmitteln. Die Industrieländer sagen zu diesem Zweck eine Ausweitung ihrer Entwicklungshilfeleistungen zu. Zweitens verständigen sie sich auf ein Recycling von Fluchtkapital. Unproduktive Ausgaben in den Entwicklungsländern für Kriegsgüter sollen drastisch gedrosselt werden; die Industrieländer verzichten völlig auf Waf-fenexporte.

Beide Seiten werden sich einig, daß die weltwirtschaftlichen Strukturen einer tiefgreifenden Neuordnung bedürfen, die in anderen Gremien forciert diskutiert werden muß. Die Neuordnung betrifft alle Felder der Finanz- und Währungs-, der Handels- und Investitionspolitik, die nach Kriterien von Solidarität und Gerechtigkeit ausgerichtet werden müssen. Auf der Nicht-Regierungsebene intensiviert sich der Austausch zwischen den emanzipatorischen Strömungen in Süd und Nord.

Umkehr der Entwicklungsrichtung — in Süd und Nord

Natürlich ist dieses Szenario unvollständig und reine Vision. Aber es bewegt sich auf der Ebene mittlerer Reichweite, auf der sich am ehesten die Kräfte organisieren lassen, die solchen Forderungen Nachdruck verleihen können.

Wo das Konzept der Schuldenstreichung Auswirkungen auf unsere Lebenssituation hat, ist das deutlich herauszuarbeiten. Falsche Verbrüderungen oder Verschwisterungen sind fehl am Platze. Eine Schuldenstreichung würde wahrscheinlich zu einem Anstieg der Weltmarktpreise für Produkte aus der „Dritten Welt“ führen. (...)

Doch dürfte die Schuldenstreichung auch Vorteile für eine Umgestaltung unserer eigenen Wirtschaftsstruktur mit sich bringen. Denn gleichzeitig würde das Investitionsklima für Firmen in der „Dritten Welt“ und damit die Verlagerung von Produktionsstätten unattraktiv. So mancher Betrieb würde hierbleiben — arbeitsplatzsichernd und im Einflußbereich der Gewerkschaften. Und nicht zuletzt würde sich wegen der teurer werdenden Rohstoffe die Notwendigkeit einer Ressourcen schonenden Produktion erhöhen. (...)

Ökologische und soziale Umbauprogramme für unser Wirtschaftssystem gewinnen an Realitätsgehalt.

Dies alles bedeutet nicht — wie manchmal fälschlicherweise unterstellt wird — eine Abkopplung vom Weltmarkt. Weder für die Entwicklungsländer, noch für die Bundesrepublik. Aber die Entwicklungsrichtung würde sich von maximaler Weltmarktintegration zu ihrer Minimierung umkehren. (...)

In der Anfangsphase, wenn Investitionsgüter importiert werden müssen und erweiterte Reproduktion noch nicht erreicht ist, mit der die

Importe finanziert werden könnten, wird eine Finanzierung durch zufließendes Geld nötig. Das Ausmaß wäre aber geringer als heute, weil das Geld, das heute für den Schuldendienst exportiert wird, im Lande selbst investiert werden könnte. Der Rest muß durch drastisch erhöhte Zuschüsse aus den Industrieländern finanziert werden. (...)

Auch ohne Bezug auf die „Dritte Welt“ ist Abrüstung ein lohnendes Ziel. Die freiwerdenden Gelder könnten der „Dritten Welt“ geschenkt werden. Der Zweck müßte aber eindeutig darin bestehen, eigenständige Entwicklungswege zu fördern, d.h. den Umbau der jeweiligen Volkswirtschaften mit dem Ziel von Grundbedarfssicherung, Armutsbekämpfung und Importsubstitution zu finanzieren.

Ob sich der reale politische Prozeß in eine

solche Richtung bewegen wird, ist einzig und allein von der Kraft der internationalen Oppositionskräfte abhängig, nicht zuletzt von den Kräfteverhältnissen in den Industrieländern selber. Hier gilt es, die kritische Öffentlichkeit zu einer starken Lobby zu organisieren. Dies ist der Ansatzpunkt, an dem die Interessen der verschiedenen sozialen Bewegungen in der Bundesrepublik nicht mehr nur theoretisch und moralisch aufeinander verwiesen sind. Die Schuldenkrise ist auch ein Medium, über das die Interdependenz von Ökologie und Ökonomie, Entwicklung und Frieden weltweit begriffen werden kann.

(Quelle: E. Altvater/R. Bunzenthall/W. Hankel u.a., Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise, Hamburg 1988, S. 149-168)

Fidel Castro

Entschuldung durch Abrüstung

In mehreren Interviews und Reden hat das kubanische Staatsoberhaupt Fidel Castro in den letzten Jahren gefordert, als Ausweg aus der Schuldenkrise die Schulden zu annullieren. Im hier dokumentierten Interview, das der brasilianische Journalist Joelmir Beting führte, erläutert er die Details seines Vorschlags.

FRAGE: Ökonomen sagen, daß die Weltwirtschaftskrise der 80er Jahre schlimmer als die der 30er Jahre sei...

F. CASTRO: Es ist notwendig, folgendes ganz klar zu sagen: Wir leben im 3. Weltkrieg, einem Wirtschaftskrieg. Es handelt sich um einen nicht-erklärten Krieg; es ist der Krieg der Wucherzinsen, des Preisverfalls und des ungleichen Austauschs. (...)

Die ferngesteuerten Raketen der Zinssätze und Terms of Trade töten bislang Millionen von Menschen in der ausgeplünderten Welt. Sie bringen sie um durch Hunger, Krankheit, Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Als wäre dieses Massaker der Schulden und des Handels nicht genug, werden die verschuldeten Länder auch noch zusätzlich von außen durch wirtschaftliche „Kurskorrekturen“ zu einer Rezession gezwungen, genau so, wie wenn ein Arzt mit den besten Absichten einen mageren Patienten zwängt, eine Abmagerungskur zu machen.

FRAGE: Ist der Arzt in diesem Beispiel der IWF?

F. CASTRO: Der IWF selbst — als Entscheidungszentrum von Regierungen und nicht von Banken — verdient es, gerettet zu werden. Aber die Methoden, Doktrinen und Statuten müssen revidiert werden. Sonst wird er weiterhin für die Krankheit der armen Länder die Medikamente anwenden, die zur Heilung der Grippe und Allergien der reichen Länder taugen. (...)

FRAGE: Das Defizit (Handelsdefizit der USA; d. Red.) fördert den Protektionismus, und die Schranken der Protektion unterscheiden nicht zwischen Gläubigerländern und Schuldnerländern, zwischen reich und arm, zwischen überschüssig und defizitär. Alles verkehrt, oder nicht?

F. CASTRO: Alles verkehrt, ja. Wir haben dagegen hier in Kuba ein bewährtes Modell entwickelt, das es in bezug auf die Auslandsverschuldung ermöglicht, zwischen einem legitimen und einem nichtlegitimen Teil der Verschuldung Kubas, Brasiliens und ganz Lateinamerikas zu unterscheiden.

Beispiel: Im letzten Jahr hat Lateinamerika insgesamt 70 Mrd \$ an die Gläubigerländer

zahlen müssen. Nach einer detaillierten Bewertung der Rechnung, die wir zahlen sollen, haben die Gläubiger einen legitimen Gesamtbetrag von 25 Mrd \$ und einen nicht-legitimen Zuschlag von 45 Mrd \$ zurückerhalten. Dabei verstehen wir unter nicht-legitimer Schuld den durch Wucherzinsen entstandenen Zuwachs. (...)

Zudem sollen wir uns mit Verlusten aus dem Außenhandel abfinden, die die Gläubigerländer den Schuldnerländern durch den scheinbar unschuldigen Mechanismus des freien Marktes aufbürden. (...)

FRAGE: (...) Wo liegt der politische Ausweg aus der Sackgasse der Verschuldung?

F. CASTRO: In einer globalen Neuverhandlung auf Regierungsebene — in einer Neuverhandlung, die politisch bei der Unterscheidung zwischen legitimer und nicht-legitimer Schuld beginnen muß. Erstere muß bezahlt, letztere annulliert werden. (...)

FRAGE: Sehr gut! Durch einen magischen Zaubertrick würde die Welt plötzlich, unterstützt von der UNO, zu einem Gipfeltreffen nach Genf oder zum Vatikan gehen, um über das Projekt endgültig abzustimmen. Die nicht-legitime Schuld würde annulliert, Lateinamerika unterließe in den nächsten 12 Monaten die Zahlungen von sagen wir 50 Mrd \$... Und der anschließende massenhafte Zusammenbruch der Banken?

F. CASTRO: Liegt das Problem beim Bankrott der Banken? Nun gut, wir werden die Banken retten. Die nicht einzubringende Schuld der Dritten Welt würde mit Billigung der jeweiligen Parlamente von den Regierungen übernommen und in jährliche Ratenzahlungen umgewandelt, finanziert durch folgende einfache Haushaltstransfusion: Ein kleiner Teil des Militärhaushalts würde in das Finanzsystem eingebracht, den Grundpfeiler des Kapitalismus und das Fundament selbst der nationalen Sicherheit.

FRAGE: Würden auch die Schuldnerländer, einschließlich Kuba, vergleichbare Kürzungen bei ihren Militärausgaben vornehmen?

F. CASTRO: Bei einem Szenarium, wo innere Umstrukturierung mit äußerer Entspannung einhergeht, ja.

FRAGE: Da jedoch die Gläubigerländer die Zinsen diktiert und die Preise festlegen, wird dann der Ausweg aus der Schuldenkrise nicht eher ein einseitiges Moratorium sein, um nicht Zahlungsverweigerung zu sagen? Und dann folgen die Repressalien?

F. CASTRO: Moratorium oder Zahlungsverweigerung, dies sind die letzten Auswege. Die

Alternativen einer Neuverhandlung müssen vollkommen ausgeschöpft werden. Oder sind wir keine souveränen Staaten?

Auch Repressalien ziehen nicht. Man verkräftet kommerzielle, finanzielle oder politische Repressalien eines oder mehrerer Gläubigerländer gegenüber einem isolierten Schuldnerland; aber nicht gegenüber allen Schuldnern. Die Industriestaaten benötigen unsere Rohstoffe und unsere Waren. Die transnationalen Firmen sind nicht zufällig transnational: Sie haben die Ökonomien der Schuldnerländer entsprechend durchdrungen, und es ist wichtig, diese strategische Gegebenheit nicht aus den Augen zu verlieren.

Insbesondere Europa und Japan hängen von der Dritten Welt ab, das fängt schon bei der Tasse Kakao oder beim Orangensaft an, die die Europäer und Japaner morgens trinken.

FRAGE: Wo liegt unter ökonomischen Aspekten der Vorteil der Gläubiger bei einem Nachlaß der Schulden der Dritten Welt?

F. CASTRO: In der Neuordnung der Ökonomien der Verschuldeten. Dies würde für die Industrieländer die Wiederherstellung der Wirtschaften bedeuten, die sie mit Rohstoffen versorgen, sowie einen größeren Handel mit den sich entwickelnden Ländern (die wieder zu wachsen beginnen würden) und eine Ausweitung der Geschäfte der Multinationals mit den aktuellen Schuldnern, den Kapital- und Technologieimporteuren. Lateinamerika könnte doppelt soviel wie jetzt auf dem amerikanischen Markt kaufen. Dies würde helfen, die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten – die größte politische Unannehmlichkeit der Reaganomics – zu reduzieren.

Nach meinen Berechnungen würde die Kaufkraft der Dritten Welt auf den europäischen, japanischen und amerikanischen Märkten in den nächsten 12 Jahren um fast 100 Mrd \$ zunehmen. Ein nicht zu verachtender Betrag.

FRAGE: Eine von den Banken erträumte Summe, legitim oder nicht. Wie wäre die Reaktion der Banken?

F. CASTRO: Die eines Vogels Strauß. Sie wollen bislang nicht in die Korrektur des Systems investieren. Sie glauben von sich, Passagiere eines anderen Bootes oder Bewohner eines anderen Planeten zu sein.

Nun, wir stellen uns nicht den Zusammenbruch der Banken vor, wir haben vielmehr die Absicht – wenn auch auf indirektem Weg – die Banken zu retten. Erstens müssen sie daher von den Regierungen, d.h. von den Steuerzahlern, die nicht-legitime Schuld – die durch ein internationales Übereinkommen annulliert werden würde – zurückerhalten. Mit einer Kürzung von nur 10 oder 12% der extensiven Militärausgaben würde dies ohne Steuererhöhungen bezahlbar sein. Und zweitens bedeutet der Frieden in der Zinsfrage auch Frieden in der Frage der ferngesteuerten Raketen. Ein Zehntel der Militärausgaben würde die Grundlage für eine internationale Entspannung schaffen.

FRAGE: Die Angelegenheit würde sich also durch eine einfache mathematische Operation erledigen lassen?

F. CASTRO: Das fast Tragikomische der Verschuldung liegt genau darin: Es ist ganz einfach eine rechnerische Verdrehung, die heute das Leben von mehr als einem Drittel der Menschheit zur Hölle macht. Die Lösung ist genauso einfach. Aber die einfachen Dinge werden nicht ernstgenommen.

Mit dem von mir gemachten Vorschlag werden wir gegen die schreckliche Allianz der Bankiers und Generäle anrennen müssen. Erstere wollen die Spielregeln nicht ändern und letztere wollen die Rechnungen nicht bezahlen.

(Quelle: Leviathan, Opladen, Heft 4/1985, S. 546ff.)

Rezension

Neuerscheinungen zur Schuldenkrise

Besondere politische Ereignisse werfen in der Regel auf dem Büchermarkt ihre Schatten voraus. Dies ist bei der kommenden Jahrestagung von IWF und Weltbank in West-Berlin nicht anders. Gegenwärtig prägnantestes Beispiel dafür ist:

Elmar Altvater/Kurt Hübner/Jochen Lorentzen/Raul Rojas (Hg.), Die Armut der Nationen. Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire, Rotbuch-Verlag, West-Berlin 1987, 298 Seiten, 28 DM,

das explizit einen Versuch darstellt, Material für die Diskussion über die Schuldenkrise, ihre Lösungsmodelle und die Zukunft der Weltwirtschaft zu liefern. Nach einer Einführung über Ursachen und Verlauf der internationalen Schuldenkrise folgen Beiträge über das internationale Schuldenkrisenmanagement, den Funktionswandel von IWF und Weltbank sowie über die Rolle der USA und der BRD in der Schuldenkrise.

Während C. Dziobek die binnenwirtschaftlichen Auswirkungen der Schuldenkrise auf den größten Schuldner der Welt und Umdenkungsversuche in den USA analysiert, sieht A. Schubert die BRD als Krisengewinnler, der durch hohe Leistungsbilanzüberschüsse zur Verschärfung der Krise beiträgt. U. Menzel untersucht die ökonomische Schwerpunktverlagerung und langfristige Umorientierung der US-Wirtschaft vom atlantischen Raum nach Südostasien und Japan hin, das inzwischen zur größten Gläubigernation geworden ist. Da die USA ihre Führungsrolle nicht mehr allein finanzieren können, müßten sie in immer stärkerem Ausmaß auf Japan zurückgreifen. Neben der NATO sei das Land zum zweiten tragenden Pfeiler der US-Globalstrategie geworden.

Über die sich verschlechternde Stellung der Dritten Welt in der internationalen Arbeitsteilung machen sich Fröbel/Heinrichs/Kreye Gedanken. Gut dargestellt werden von D. Mezger und G. Junne die Ursachen des langfristigen Niedergangs der terms-of-trade für die Entwicklungsländer. Der Ausverkauf der Bodenschätze und die kompensationslose Vernichtung nichterneuerbarer mineralischer Rohstoffe erweisen sich in der Schuldenfalle als Sackgasse. Die Agrexporte können nicht mit dem Preisverfall mithalten, weil für ihn strukturelle Ursachen verantwortlich sind. Eine dauerhafte Steigerung des Preisniveaus ist damit nahezu ausgeschlossen. Da für viele Länder landwirtschaftliche Exportprodukte die einzige Devisenquelle seien, müßten sie sich immer wieder verschulden, falls die Konzentration auf diese Produkte nicht durchbrochen würde.

Der Frage nach den Alternativen gehen W. Hein und T. Mutter mit einem Überblick über die neue entwicklungspolitische Diskussion nach. Die einzigen Hoffnungsschimmer in diesem etwas resignativen Aufsatz stellen für die Autoren eine gemischte Wirtschaft à la Nicaragua sowie Konzepte einer „moral economy“ dar. Das wichtigste Ziel sei die Durchsetzung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse. Auf der Suche nach neuen Wegen aus der Krise ist auch T. Hurtienne. Er versucht, eine konkrete Utopie für Entwicklung zu entwerfen und plädiert für demokratische Reformen, die die Überwindung der Strukturdefizite der Entwicklungsländer zum Ziel haben. Im Teil B finden sich schließlich 11 Länderbeispiele, die

unterschiedliche Ursachen, Verlaufsformen, Ausmaße und Folgen der Verschuldung verdeutlichen.

Die bereits früher vertretene These, daß die kontraktive Kreditpolitik der USA ein Schlüsselement der Verschuldungskrise sei und die Länder der Dritten Welt durch IWF-Programme für den Imperialismus sturmreif gemacht würden, versucht

Herbert Schui, Die Schuldenfalle. Schuldenkrise und Dritte-Welt-Politik der USA, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1988, 182 Seiten, 14,80 DM

mit Zahlen, Statements und interessanten Hintergrundinformationen zu belegen. Seine Hauptthese: Die US-Zinspolitik ist eine bewußte Strategie. Die Schulden werden als Waffe eingesetzt, um den Ausverkauf der Dritten Welt zu erzwingen und soziale Reformen zu vereiteln. Nach Schui liegt der US-Politik eine wohlgedachte Gesamtstrategie zugrunde, deren Ziel die Verbesserung der Operationen der bedeutendsten US-Finanz- und Industriegruppen ist. Denn diese konnten durch die Hochzinspolitik ihre Marktanteile ausweiten und ihre Expansionsmöglichkeiten auf dem US-Markt verbessern, wohingegen kleinere Kapitale ruiniert wurden.

Die durch die hohen Zinsen ausgelösten Fälle von Zahlungsunfähigkeit seien in Feuerwehreaktionen von Gläubigerbanken, Regierungen, IWF, BIZ so reguliert worden, daß es in den Entwicklungsländern zu einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise kam. Die lokalen Unternehmen wurden ruiniert bzw. geschwächt und stünden für einen geringen Preis zur Übernahme durch transnationale Konzerne bereit. Gesetzliche Regelungen, die dies verhinderten, würden beseitigt. Diese Art struktureller An-

ELMAR ALTVATER
KURT HÜBNER
JOCHEN LORENTZEN
RAUL ROJAS (Hg.)
ROTBUCH-VERLAG

**DIE ARMUT
DER NATIONEN**
HANDBUCH ZUR SCHULDENKRISE
VON ▲ ARGENTINIEN BIS ▼ ZAIRE

passung würde mit Weltbankkrediten belohnt oder sei Bedingung für neue Umschuldungen. Im Zusammenhang mit dem Schuldenmanagement spricht Schui von „organisierter Kapitalvernichtung und gründlich vorbereiteter und betreuter Plazierung von Kapital im Bereich von Produktion und Kredit“. Mittel und Ziele der Politik seien so ausgelegt, daß „das Big Business den Prozeß der Durchsetzung seiner endgültigen Vorteile“ schadlos übersteht. Verlierer seien kleine Kapitale, die abhängig Beschäftigten, die Armen und natürlich die Länder der Dritten Welt.

In diesem anregenden und materialreichen Buch erscheint die Verarbeitung der Schulden-

Räume sich überlagernde Schichten dar, die die Unterscheidung zwischen internen und externen Faktoren hinfällig mache. Da der Weltmarkt nicht außerhalb der nationalen Produktionsräume existiere, sondern als Bewegungsform des Kapitals in Ihnen, reproduzierten sich die Widersprüche, Ungleichzeitigkeiten und Krisen zwar von Land zu Land und von Region zu Region unterschiedlich, aber dennoch notwendig auf nationaler und regionaler Ebene. Die Region sei somit der eigentliche Ort der Widersprüche zwischen den Funktionsräumen.

Das ökonomische Prinzip des Weltmarkts ist nun allerdings gegenüber den nationalstaatlichen Prinzipien der Hegemoniesicherung und der ökologischen Transformation der Region so dominant, daß von einer Art Sachzwang gegenüber politischen Instanzen und ökologischen Reproduktionsbedingungen gesprochen werden könne. Dieser führe zur Ausbeutung von Ressourcen – zum Zwang der „Inwertsetzung“ –, der auf ökologische Gleichgewichte keine Rücksicht nimmt und die Umwelt hem-

tig ist – die thermodynamischen Gesetze bemüht, sollten sie auch richtig dargestellt und bahnbrechende Neuerungen in der Forschung nicht nur zitiert, sondern auch inhaltlich verarbeitet werden. Fragwürdig erscheint die Übertragung des Entropiekonzepts und thermodynamischer Gesetze auf gesellschaftliche Systeme.

Elmar Altvater/Roland Bunzenthall/Wilhelm Hankel u.a., **Soll und Haben. Strategien und Alternativen zur Lösung der Schuldenkrise**, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1988, 230 Seiten, 22 DM

kommt ebenfalls frisch aus der Druckerei und vereint allgemeine Themen zu Entstehung und Verlauf der Verschuldung(skrise) mit Länderbeispielen und alternativen Lösungsstrategien. Mit der Auswahl der Länder Peru, Südkorea und Ungarn ist eine interessante Zusammenstellung gelungen, die jeweils völlig unterschiedlich gelagerte Fälle behandelt.

H. Sangmeister untersucht mit Peru ein seit 1800 immer wieder überschuldetes Land. R. Werning und Du-Yul Song betten sachkundig die Verschuldung in die wirtschaftliche Entwicklung Koreas seit dem 2. Weltkrieg ein und beleuchten angesichts der bevorstehenden Olympiade Aspekte einer „Frontstaat-Ökonomie“. H. Knabe untersucht mit Ungarn einen bislang weniger beachteten, aber prekären Fall eines gegenüber westlichen Gläubigern verschuldeten sozialistischen Landes.

Die Vorschläge zur Lösung der Verschuldungskrise haben ganz unterschiedliche Qualität. Ein Plädoyer für einen umfassenden Forderungsverzicht der Banken, der gleichzeitig ein erster strategischer Schritt zu einer Neuen Weltwirtschaftsordnung sein soll, falls sich Verschuldungskrisen nicht zukünftig immer wiederholen sollen, hält L. Vollmer (siehe Dokumentation). Er setzt sich detailliert und weitgehend überzeugend mit oft vertretenen Argumenten und Lösungsvorschlägen rechter und linker Kritiker auseinander und kann so den eigenen Vorschlag zusätzlich legitimieren. Neben einer Schuldenstreichung erblickt W. Hankel v.a. in strukturellen Reformen in den Entwicklungsländern, wie dem Aufbau eines effizienten Investmentbanksystems, einen Ausweg aus der Krise, da die Abhängigkeit der Dritten Welt von Fremdfinanzierung und Auslandsbanken durchbrochen werden müsse.

Zu denjenigen, die selbst noch in der schwärzesten Nacht ein Licht sehen und die Krise als Chance begreifen, gehört M. Mies mit ihrer Forderung nach Subsistenz statt „Entwicklung“. Anstatt Szenarien zur Krisenlösung zu entwerfen, und die (von weißen Männern beherrschte) kapitalistische Wachstumsmaschine wieder flott zu machen, macht sie sich Gedanken über eine zukünftige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, deren Grundlage nicht mehr die Ausbeutung und Unterwerfung der drei Kolonien (Natur, Frauen und Entwicklungsländer) des weißen Mannes ist.

Im folgenden umreißt sie die Konturen einer „öko-feministischen“ Gesellschaft auf der Grundlage einer „moral economy“, in der Subsistenzproduktion das Ziel ist. Das Auseinanderbrechen des zwangintegrierten Weltmarkts müsse besonders für die Armen der Dritten Welt als Chance gesehen werden. Diese und insbesondere die Frauen seien nämlich von der Krise nur wenig betroffen. Oftmals ginge es ihnen seit der Krise besser als vorher, da „Entwicklung“ nur Raub, Krieg, Gewalt und Zerstörung bedeute.

Mit dem Scheitern der Entwicklungsprogramme und dem Rückzug internationaler Organisationen scheint sich eine geradezu bukolische Idylle auszubreiten. Warum dann noch gegen eine im Kern menschenverachtende Politik gekämpft werden sollte, wird nicht ganz klar.

Peter Imbusch



krise im Interesse des transnationalen Kapitals als zu glatt und eindeutig. Die Krisenprozesse des Schuldenmanagements werden als zu jeder Zeit vom internationalen Finanzkapital beherrscht dargestellt, heikle Situationen durch das „klare politische Konzept der USA“ gemeistert. „Lösungsstrategien“ tauchen immer dann auf, wenn sie gebraucht werden. Die widersprüchlichen Elemente werden einfach glattgebügelt.

Das Verhältnis von Ökologie und Verschuldung thematisiert

Elmar Altvater, **Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien**, VSA-Verlag, Hamburg 1987, 382 Seiten, 34 DM.

Er möchte „die Zusammenhänge zwischen ökonomischen Krisentendenzen des Weltmarkts, den politischen Interventionsmöglichkeiten des Nationalstaats, materiellen Lebensbedingungen und politischen Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung und den Bedingungen einer komplizierten und fragilen Ökologie einer Region“ am Beispiel Amazonien entfalten. Er versucht herauszufinden, was die Schuldenkrise mit der ökologischen Gefährdung einer Region zu tun hat. Für Altvater bildet die Verschuldung heute eine externe Schranke für eine nachholende Industrialisierung der Entwicklungsländer.

Die Vermittlungsschritte zwischen Weltmarkt, Nation und Region erklärt er mit der unterschiedlichen Reichweite von Wirkungszusammenhängen. Alle drei stellten als funktionale

mungslos zerstört. Dies wird im Buch eindrucksvoll an der Amazonas-Region aufgezeigt.

Um die Zerstörung aufzuhalten, scheint Altvater ein globaler Öko-Reformismus (Streichung der Schulden, Redimensionierung der Großprojekte, neue Weltwirtschaftsordnung, bessere Verteilung der Investitionen, Reduktion der Weltmarktabhängigkeit und Ausdehnung des Umweltschutzes) die einzig erfolgversprechende Strategie zu sein.

Ein Problem dieses lesenswerten Buches ist, daß es eigentlich drei Themen sind, die hier behandelt werden: die Verschuldungskrise und die Möglichkeiten nachholender Industrialisierung; das Potential und die Unterentwicklung Amazoniens; der Versuch eines Modellentwurfs, um Ökologie und Ökonomie in einer Theorie zusammenzubringen. Alle drei Bereiche stehen jedoch relativ unverbunden nebeneinander.

Probleme inhaltlicher Art liegen in der relativ fatalistischen Konstruktion der Sachzwang-Logik, die letztlich auf eine völlig Ohnmacht des bürgerlichen Nationalstaats hinausläuft. Unverständlich bleibt auch, warum Inwertsetzung immer nur für den Weltmarkt erfolgen können soll und nicht für den Nationalstaat, und warum es ohne internationale ökonomische keine nationale politische Integration geben soll. Was für Brasilien noch richtig erscheint, wird für andere Regionen der Welt falsch.

Schließlich noch etwas zu Naturgesetzen und Physik. Wenn man schon – was sicherlich rich-

Plattform der IWF/Weltbank-Kampagne '88

Auf dem Vorbereitungstreffen der IWF/Weltbank-Kampagne 1988 in Bonn wurde am 24. Januar d.J. die Plattform der Kampagne verabschiedet, die weitgehend mit der Fuldaer Erklärung des 11. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (28.-31. Mai 1987) identisch ist.

„Wohlstand und Frieden“ versprachen die Gründer der Weltbank den Menschen am Ende des Zweiten Weltkriegs und kündigten ein neues Zeitalter an. Doch Wohlstand wurde nur den Reichen und den Metropolen zuteil. Die ungehemmte Jagd der Banken und Konzerne nach immer höheren Gewinnen hat zu einer drastischen Wirtschaftskrise geführt. Die Krise hat katastrophale Konsequenzen für die Völker der „Dritten Welt“: Hunger, Armut, Krieg, Massenarbeitslosigkeit, weitere Zerstörung der bestehenden sozialen Beziehungen, der natürlichen Lebensgrundlagen wie auch der kulturellen Identität.

Betroffen sind auch wir, weil Arbeitslosigkeit und neue Armut in den Industrieländern nur ein anderer Ausdruck derselben Kapitalverwertungskrise sind, die die „Dritte Welt“ in den Ruin treibt.

Wir wissen

- Die Verantwortung für die Verschuldungskrise tragen die Metropolen, ihre Konzerne, Banken und ihre Statthalter in der „Dritten Welt“ und nicht die Bevölkerung in den Schuldnerländern.
- Mit der gegenwärtigen Situation findet ein neokolonialer Prozeß, der mit der Gründung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank in Bretton Woods 1944 auf die Hegemonialinteressen der USA zugeschnitten wurde, seinen vorläufigen Höhepunkt.
- Seit 1945 hat die wirtschaftliche Ausbeutung der „Dritten Welt“ mehr Tote durch Hunger, Armut und Elend gefordert als alle militärischen Auseinandersetzungen.
- Die Verschuldungskrise hat ihren Ursprung nicht nur im kapitalistischen Wirtschaftssystem und der Ausbeutung der Länder der „Dritten Welt“, sondern bedarf darüber hinaus einer weitergehenden Analyse der Verknüpfung mit patriarchalischen Ausbeutungsstrukturen. Die Wirtschaftsstruktur der Länder der „Dritten Welt“, sowohl im agrarischen als auch im industriellen Bereich, ist auf die Interessen der kapitalistischen Industrieländer ausgerichtet. Die ungerechten Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt manifestieren sich in niedrig gehaltenen Preisen für Produkte aus diesen Ländern und extrem hohen Preisen für Exportprodukte der kapitalistischen Industrieländer.
- Durch eine Politik zunächst billiger Kredite, die sich durch die US-Hochzinspolitik schlagartig änderte, verschärfte sich das Problem der Verschuldung und der ungerechten Austauschverhältnisse. Die Länder der „Dritten Welt“ sind heute sogar Nettokapitalexporteur.
- Die Hochzinspolitik trug dazu bei, die Aufrüstung der USA zu finanzieren. Die kapitalistischen Industrieländer setzen ihre Interessen gegenüber der „Dritten Welt“ im Zweifelsfall auch rücksichtslos militärisch durch (z.B. Grenada, Nicaragua). Die BRD integriert sich mehr und mehr in dieses Konzept militärischer



Vom BUKO 1987 ging der Aufruf aus zur IWF/Weltbank-Kampagne '88

Konfliktlösung.

- Die Weltbank und andere Finanzorganisationen verursachen durch die direkte Förderung von unverantwortbaren Projekten und eine auf Monokulturen ausgerichtete Landwirtschaft eine Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Länder der „Dritten Welt“ werden gezwungen, durch Rohstoff- und Agrarexporte (z.B. Tropenholz) Schulden und Zinsen zu bezahlen.
- Die Krise wurde von den Eliten in vielen Ländern der „Dritten Welt“ durch hohe Rüstungsausgaben, teure Prestigeobjekte und Kapitalflucht noch verschärft.
- Immer mehr Menschen der „Dritten Welt“ versuchen dieser Situation zu entfliehen und werden hier als (Wirtschafts-)Flüchtlinge erneut unterdrückt oder gar in Ausbeutung, Folter und Tod abgeschoben.
- Die Entwicklungshilfe der kapitalistischen Industrieländer ist in deren Interesse und dient dem Aufbau von Wirtschaftsstrukturen nach dem Muster der kapitalistischen Industrieländer. Dies führt zu einer systematischen Verelendung in den Ländern der „Dritten Welt“. Die Schulden der „Dritten Welt“ belaufen sich derzeit auf mehr als 1.000 Milliarden US-Dollar (= 1.000.000.000.000 US-Dollar). Durch die hohen Zinszahlungen wurden bereits Beträge in Höhe der ursprünglichen Ausleihungen an die Banken zurückgezahlt. Die BRD-Banken haben einen Großteil ihrer Kredite bereits abgeschrieben. Die Schulden sind nicht rückzahlbar, da häufig

die Exporterlöse nicht einmal zur Zinszahlung ausreichen. Das Krisenmanagement von IWF, Weltbank und Geschäftsbanken mit Umschuldungen, Neukrediten und Einzelfallbehandlung der Schuldnerländer festigt die Abhängigkeit und verschärft die Krise.

Deswegen unterstützen wir

die Forderungen nach Streichung der Schulden, die von der betroffenen Bevölkerung in der „Dritten Welt“ erhoben werden. Die Bildung eines Schuldnerkartells kann ein erster Schritt sein, um dem Gläubigerkartell eine Kraft entgegenzustellen. Die Lasten der Verschuldungskrise, die vor allem durch die IWF-Auflagen verstärkt werden, müssen nach dem Verursacherprinzip von denen getragen werden, die dafür verantwortlich sind und daran verdienen.

Doch dies wird nicht ohne eine tiefgreifende Veränderung der internationalen Beziehungen und gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu erreichen sein. Deshalb unterstützen wir die sozialen und politischen Bewegungen in der „Dritten Welt“ und in den Metropolen, die gegen das Machtkartell von Konzernen, IWF, Weltbank und Eliten kämpfen.

Eine Schuldenstreichung allein jedoch wird die Probleme langfristig nicht lösen. Solange die Beziehungen der Völker über den „freien“ Weltmarkt geregelt werden, solange also das Prinzip des größtmöglichen Gewinns das politische und ökonomische Handeln bestimmt, werden Mensch und Umwelt nur als Kostenfaktor darin auftauchen. Solange kann es auch keinen wirklichen Frieden geben, und die Kette der wirtschaftlichen Krisen mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Bevölkerung in der Peripherie und zunehmend auch in den Metropolen wird nicht abreißen.

Im September 1988 soll die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in West-Berlin stattfinden. Dort stellen die führenden Industriestaaten und Großbanken die Weichen für die Schuldenpolitik und das Krisenmanagement der nächsten Jahre.

Deshalb rufen wir zur IWF-/Weltbank-Kampagne 1988 auf.



IWF/Weltbank-Kampagne

Auf der 3. Aktionskonferenz der Kampagne, die am 23./24. April d.J. in West-Berlin tagte, wurde ein Fahrplan für die Aktionen gegen den Gipfel von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank (27.-30. September 1988 in West-Berlin) beschlossen. Er enthält folgende Elemente:

Gegenkongreß am 23./24. September

Der Gegenkongreß wird von einem internationalen Förderkreis vorbereitet, um Betroffenen aus der Dritten Welt die Möglichkeit zu geben, ihre Positionen darzustellen. An einem Tag sollen die Ursachen der Krise und am anderen Alternativen und Strategien diskutiert werden. Demonstration und Kundgebung am 25. September

Die Demonstration wird am Sonntag-Vormittag stattfinden, um so die Teilnahme von Gruppen aus der Bundesrepublik zu ermöglichen. Sie wird von einem offenen Trägerkreis mit Sitz in West-Berlin vorbereitet.

Internationales Tribunal vom 26.-29. September

Parallel zum IWF/Weltbank-Gipfel wird das „Internationale Tribunal zur Verteidigung der Rechte der Völker“, das von der italienischen Lelio-Basso-Stiftung getragen wird, tagen. Eine internationale Jury aus prominenten PolitikerInnen, JuristInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen wird über eine Anklageschrift befinden, die von der Lateinamerikanischen Juristenvereinigung erstellt wurde. Betroffene aus der Dritten Welt sind als Zeugen geladen.

Parallel zu den Veranstaltungen findet eine Aktionswoche statt, die von den einzelnen Gruppen und Organisationen eigenständig geplant und verantwortet wird. Mitte bis Ende Juni d.J. wird in West-Berlin die vierte Aktionskonferenz stattfinden, die die einzelnen Aktivitäten koordinieren soll.

Bücher

Neben den in diesem Heft rezensierten Neuerscheinungen zur Schuldenkrise sind in den beiden letzten Jahren eine Reihe von weiteren Büchern erschienen.

Nichts an Aktualität eingebüßt hat

D. Boris u.a. (Hg.), *Schuldenkrise und Dritte Welt*. Stimmen aus der Peripherie, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987, 240 S., 14,80 DM, das bisher als einzige deutschsprachige Publikation Stellungnahmen unterschiedlicher politischer Couleur aus der Dritten Welt zu Ursachen und Lösungsmöglichkeiten der Schuldenkrise dokumentiert. Hierzu zählen Beiträge bekannter Politiker, Wissenschaftler und Vertreter von Massenorganisationen ebenso wie Resolutionen und Erklärungen von internationalen Zusammenschlüssen von Staaten, Parteien und Gewerkschaften. In einer Einführung von Prof. Dieter Boris werden Ursachen der Verschuldung, die aufgezwungene Austeritätspolitik, Lösungsansätze aus der Dritten Welt und den Metropolen sowie Perspektiven der Krise diskutiert.

IMSF/ASK (Hg.), *Die Dritte Welt in der Schuldenkrise. Rolle der Bundesrepublik. Diskussion um Alternativen*, IMSF, Frankfurt 1986, 347 S., 38 DM

enthält die gesammelten Beiträge einer 1986 veranstalteten Konferenz. Es nimmt eine Bestandsaufnahme der Schuldenkrise vor und skizziert die hiesige Diskussion über Alternativen. Den Schwerpunkt bildet dabei die Politik der Bundesrepublik: Position in der Weltwirtschaft, Entwicklungspolitik, Strategie und Interessen der Banken.

Mit diesem Themenbereich befaßt sich auch S. Pater (Hg.), *Geld für die Welt. Bundesdeutsche Banken und Dritte Welt. Ein medico international Buch*, Lamuv Verlag, Bonn-Heimert 1987, 175 S., 16,80 DM

Es analysiert in verschiedenen Beiträgen die Rolle der bundesdeutschen Banken und Konzerne bei der Verschuldung. Weitere Aufsätze untersuchen, wie die Entwicklungshilfe zur verstärkten Ausbeutung der Dritten Welt beiträgt und wie durch die Verschuldung die Entwicklungsländer in noch stärkere Abhängigkeit von den Westmächten geraten.

J. Bortz/F. Castro/E. Mandel/W. Wolf, *Schuldenkrise*, isp-Verlag, Frankfurt/M. 1987, 124 S., 14,80 DM

vereint sehr unterschiedliche Beiträge. W. Wolf untersucht die einzelnen Mechanismen zur Ausbeutung der Dritten Welt. F. Castro beschreibt Auswirkungen der Schuldenkrise in Lateinamerika und erläutert seinen Lösungsvorschlag. E. Mandel untersucht den Einsatz des Kredites als Motor der spätkapitalistischen Wirtschaft. J. Bortz weist auf den Zusammenhang zwischen lateinamerikanischen Schulden und den Zyklen der Weltwirtschaft hin.

Drei Publikationen von Paul Sander und Michael Sommer liefern eine leicht verständliche Einstiegslektüre in die Verschuldungsproblematik.

P. Sander/M. Sommer, *Banken, Kredite und die 'Dritte Welt'*, Band I, Schmetterling Verlag, Stuttgart 1988, 128 S., 9,50 DM

erläutert die Entwicklung der Verschuldungskrise, ihre Ursachen und das Krisenmanagement. Der zweite Band

„Südkorea, Argentinien, Tansania – Länderbeispiele, ca. 125 S., 9,50 DM, der in Kürze erscheinen soll, beschreibt die Probleme anhand von Beispielen.

P. Sander/M. Sommer, *IWF-Weltbank, Entwicklungshilfe oder finanzpolitischer Knäuel für die 'Dritte Welt'*, Schmetterling Verlag, Stuttgart 1987, 128 S., 9,50 DM

enthält einen historischen Abriss, eine Beschreibung der organisatorischen Strukturen der beiden Finanzinstitutionen und stellt die politischen und finanztechnischen Bedingungen für die Kreditvergabe dar. Desweiteren werden die erzielten „Erfolge“ und neue Tendenzen analysiert. Wie die beiden anderen Bücher enthält es viele Tabellen und Graphiken sowie ein Glossarium.

U.K. Laaser/K.E. Wendt (Hg.), *Schuldenkrise und Armut in der Dritten Welt*, Argument-Verlag, West-Berlin/Hamburg 1988, 216 S., 22 DM

beinhaltet 11 Einzelbeiträge u.a. von E. Altwater, A.G. Frank, H. Schui, F. Fröbel und N. Peach, zu zwei Schwerpunkten: Genese, Strukturen und Konsequenzen der Schulden-

krise sowie Strukturwandel internationaler Beziehungen vor dem Hintergrund technologischer Innovation und globalisierter Diversifizierung von Produktion und Reproduktion.

Anfang Mai d.J. ist in deutscher Übersetzung S. George, *Sie sterben an unserem Geld. Die Verschuldung der Dritten Welt*, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1988, 384 S., 16,80 DM

erschienen. Leicht verständlich schildert Susan George anhand von vielen Beispielen Ursachen der Verschuldung und Auswirkungen der damit finanzierten Entwicklung in der Dritten Welt. Sie berichtet über die Verelendung, die durch die IWF-Programme ausgelöst wird und untersucht mögliche Wege aus der Krise.



Materialien

Eine knappe und verständliche Darstellung der Verschuldungsproblematik liefert „ASK aktuell. Die Schuldenbombe tickt“, ein vierseitiges Informationsblatt des Antimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK). Es enthält Beiträge zu Auswirkungen und Ursachen der Schuldenkrise sowie zu den Folgen für die Dritte Welt. Es erläutert die Rückwirkungen auf die Metropolen wie die Gefahren, die die Krise in sich birgt. Und es enthält einen Forderungskatalog für ihre Lösung.

Das Blatt kann zur Verteilung bei Veranstaltungen und anderen Gelegenheiten beim ASK, Hamburger Alle 52, 6000 Frankfurt 90, Tel. 069-709060 bezogen werden (Staffelpreise je nach Stückzahl).

Dieselben Themen wie das ASK-Info behandelt auch eine achtseitige Sonderausgabe des Publik-Forum, Zeitung kritischer Christen: „Die Schuldenbombe. Dem Elend ein Ende setzen“. 20 Expl. kosten 15 DM, 100 Expl. 40 DM und 1.000 Expl. 250 DM. Bezug: Publik-Forum, Postfach 2010, 6370 Oberursel.

Weiterhin erhältlich ist der Reader des BUKO „Elende Schuld – unverschuldetes Elend“, (170 S. (DIN A 4), 15 DM), der Länderanalysen, Beiträge zu den Ursachen und zur Beschreibung der Krise, zu Lösungsansätzen sowie Aktionsvorschläge enthält. Bezug: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Film

Argentinien – ein Volk zwischen Schulden und Schuldigen, Regisseur Bob Hof, Niederlande/BRD 1985, Farbe, 43 Minuten

schildert die Beziehungen zwischen der verheerenden Wirtschaftspolitik der Militärs und ihrer Unterdrückungspolitik. Er zeigt das Dilemma der demokratischen Regierung, die in die Fußstapfen des Militärs treten muß, wenn sie die Rückzahlung der 50 Mrd \$ Schulden, die ihr die Diktatur überlassen hat, auf Kosten des Volkes erzwingen will.

Wir verschenken

Bücher . . .

. . . an alle, die uns eine/n **neue/n Abonnenten/in** nennen oder das AIB verschenken.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Viktor Sukup
Zeitbombe Südamerika
Ein Kontinent zwischen
Diktatur und Demokratie
Pahl-Rugenstein
272 Seiten, 14,80 DM

Herbert Schui
Die Schuldenfalle
Schuldenkrise
und Dritte-Welt-Politik der USA
Pahl-Rugenstein
184 Seiten, 14,80 DM

Dieter Boris u. a. (Hg.)
Schuldenkrise und Dritte Welt
Stimmen aus der Peripherie
Pahl-Rugenstein
240 Seiten, 14,80 DM